Amtsblatt

L 37

der Europäischen Union



Ausgabe in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

65. Jahrgang

18. Februar 2022

Inhalt

I Gesetzgebungsakte

RICHTLINIEN

.

II Rechtsakte ohne Gesetzescharakter

VERORDNUNGEN

- **★** Verordnung (EU) 2022/212 des Rates vom 17. Februar 2022 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen gegen Belarus
- ★ Durchführungsverordnung (EU) 2022/213 der Kommission vom 8. Februar 2022 zur Löschung der Eintragung der geschützten geografischen Angabe "Salaisons fumées, marque nationale Grand-Duché de Luxembourg" (g. g. A.)
- ★ Durchführungsverordnung (EU) 2022/214 der Kommission vom 17. Februar 2022 zur Änderung bestimmter Anhänge der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 hinsichtlich der Genehmigung oder Aberkennung des Status "seuchenfrei" für bestimmte Mitgliedstaaten oder Zonen oder Kompartimente dieser Mitgliedstaaten in Bezug auf bestimmte gelistete Seuchen und hinsichtlich der Genehmigung von Tilgungsprogrammen für bestimmte gelistete Seuchen (¹)
- ★ Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 zur Änderung der Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 hinsichtlich der Einträge für Kanada und die Vereinigten Staaten von Amerika in den Listen der Drittländer, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel, Zuchtmaterial von Geflügel sowie frischem Fleisch von Geflügel und Federwild zulässig ist (¹)



Bei Rechtsakten, deren Titel in magerer Schrift gedruckt sind, handelt es sich um Rechtsakte der laufenden Verwaltung im Bereich der Agrarpolitik, die normalerweise nur eine begrenzte Geltungsdauer haben.

⁽¹) Text von Bedeutung für den EWR.

| * | Durchführungsbeschluss (EU) 2022/216 der Kommission vom 15. Februar 2022 zur Verlängerung der verstärkten Überwachung Griechenlands (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2022) 865) | 34 |
|---|--|-----|
| * | Beschluss (GASP) 2022/217 des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees vom 15. Februar 2022 zur Ernennung des Befehlshabers der EU-Einsatzkräfte für die Militäroperation der Europäischen Union als Beitrag zur Abschreckung, Verhütung und Bekämpfung von seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen vor der Küste Somalias (Atalanta) und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2022/41 (ATALANTA/3/2022) | 39 |
| * | Beschluss (GASP) 2022/218 des Rates vom 17. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2012/642/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus | 41 |
| * | Durchführungsbeschluss (EU) 2022/219 der Kommission vom 11. Februar 2022 zur Festlegung einer Verfahrensordnung für die nach Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 vorgesehene Prüfung der Rechtmäßigkeit von einem Dritten Schaden zufügenden Handlungen von Exekutivagenturen infolge einer diesbezüglichen Beschwerde bei der Kommission durch eine unmittelbar oder individuell betroffene Person | 46 |
| * | Beschluss (EU) 2022/220 der Kommission vom 15. Februar 2022 über den Standpunkt der Europäischen Union, der in dem durch die Kooperationsvereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Schaffung eines Rahmens für eine verstärkte Zusammenarbeit eingesetzten Gemeinsamen Ausschuss im Hinblick auf die Annahme einer Arbeitsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Meldung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt zu vertreten ist, sowie über die Ernennung eines Vorsitzenden für die Europäische Union im Gemeinsamen Ausschuss | 52 |
| * | Durchführungsbeschluss (EU) 2022/221 der Kommission vom 16. Februar 2022 über den Ausschluss bestimmter vom Vereinigten Königreich zulasten des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) getätigter Ausgaben von der Finanzierung durch die Europäische Union (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2022) 798) | 60 |
| * | Durchführungsbeschluss (EU) 2022/222 der Kommission vom 16. Februar 2022 über den Ausschluss bestimmter von den Mitgliedstaaten zulasten des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) getätigter Ausgaben von der Finanzierung durch die Europäische Union (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2022) 830) | 63 |
| * | Durchführungsbeschluss (EU) 2022/223 der Kommission vom 16. Februar 2022 zur Annahme einer fünfzehnten aktualisierten Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der alpinen biogeografischen Region (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2022) 845) | 79 |
| * | Durchführungsbeschluss (EU) 2022/224 der Kommission vom 16. Februar 2022 zur Annahme einer dreizehnten aktualisierten Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der pannonischen biogeografischen Region (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2022) 871) | 157 |

Ι

(Gesetzgebungsakte)

RICHTLINIEN

RICHTLINIE (EU) 2022/211 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 16. Februar 2022

zur Änderung des Rahmenbeschlusses 2002/465/JI des Rates im Hinblick auf dessen Angleichung an die Unionsvorschriften über den Schutz personenbezogener Daten

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 16 Absatz 2,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren (1),

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Artikel 62 Absatz 6 der Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates (²) überprüft die Kommission von der Union erlassene Rechtsakte mit Ausnahme der genannten Richtlinie über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden für die in Artikel 1 Absatz 1 der genannten Richtlinie genannten Zwecke. Zweck dieser Überprüfung ist es, festzustellen, inwieweit eine Anpassung dieser Rechtsakte an die genannte Richtlinie notwendig ist, und gegebenenfalls die erforderlichen Vorschläge zur Änderung dieser Rechtsakte zu unterbreiten, damit ein einheitliches Vorgehen beim Schutz personenbezogener Daten innerhalb des Anwendungsbereichs der genannten Richtlinie gewährleistet ist. Bei dieser Überprüfung ist der Rahmenbeschluss 2002/465/JI des Rates (³) als einer der zu ändernden Rechtsakte ermittelt worden.
- (2) Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen des Rahmenbeschlusses 2002/465/JI umfasst die Verarbeitung, den Austausch und die anschließende Nutzung einschlägiger Informationen für die in Artikel 82 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) genannten Zwecke. Im Interesse der Kohärenz und des wirksamen Schutzes personenbezogener Daten sollte die Verarbeitung personenbezogener Daten nach dem Rahmenbeschluss 2002/465/JI mit der Richtlinie (EU) 2016/680 im Einklang stehen. Personenbezogene Daten, die in den von einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe rechtmäßig erlangten Informationen enthalten sind, sollten für andere Zwecke als diejenigen, für die die Gruppe gebildet wurde, wie etwa nachfolgende Straf- oder mit ihr in Bezug stehende Verwaltungs- oder Zivilverfahren oder parlamentarische Kontrolle, nur unter den in der Richtlinie (EU) 2016/680 festgelegten Bedingungen verarbeitet werden können. Diese Verarbeitung personenbezogener Daten sollte ausschließlich im Einklang mit den in der Richtlinie (EU) 2016/680 festgelegten Bedingungen erfolgen, einschließlich der Bedingung, dass sie im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erfolgen und im Hinblick auf ihren Zweck notwendig und verhältnismäßig sein muss.

⁽¹) Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 14. Dezember 2021 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht) und Beschluss des Rates vom 25. Januar 2022.

⁽²⁾ Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 89).

⁽³⁾ Rahmenbeschluss 2002/465/JI des Rates vom 13. Juni 2002 über gemeinsame Ermittlungsgruppen (ABl. L 162 vom 20.6.2002, S. 1).

- (3) Nach Artikel 6a des dem Vertrag über die Europäische Union (EUV) und dem AEUV beigefügten Protokolls Nr. 21 über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ist Irland an den Rahmenbeschluss 2002/465/JI gebunden und beteiligt sich daher an der Annahme dieser Richtlinie.
- (4) Nach den Artikeln 1, 2 und 2a des dem EUV und dem AEUV beigefügten Protokolls Nr. 22 über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Annahme dieser Richtlinie und ist weder durch diese Richtlinie gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet.
- (5) Der Europäische Datenschutzbeauftragte wurde gemäß Artikel 42 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates (*) angehört und hat am 10. März 2021 eine Stellungnahme abgegeben.
- (6) Der Rahmenbeschluss 2002/465/JI sollte daher entsprechend geändert werden —

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung des Rahmenbeschlusses 2002/465/JI

In Artikel 1 Absatz 10 des Rahmenbeschlusses 2002/465/JI wird folgender Unterabsatz angefügt:

"Soweit die Informationen, die für die in Unterabsatz 1 Buchstaben b, c und d genannten Zwecke verwendet werden, personenbezogene Daten umfassen, dürfen sie nur im Einklang mit der Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates (*), insbesondere Artikel 4 Absatz 2 sowie Artikel 9 Absatz 1 und Absatz 3, verarbeitet werden.

(*) Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 89)."

Artikel 2

Umsetzung

(1) Die Mitgliedstaaten setzen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie bis zum 11. März 2023 nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

Bei Erlass dieser Vorschriften nehmen die Mitgliedstaaten in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten dieser Bezugnahme.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der nationalen Vorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

^(*) Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABI. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

Artikel 4

Adressaten

Diese Richtlinie ist gemäß den Verträgen an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Straßburg am 16. Februar 2022.

Im Namen des Europäischen Parlaments Die Präsidentin R. METSOLA Im Namen des Rates Der Präsident C. BEAUNE II

(Rechtsakte ohne Gesetzescharakter)

VERORDNUNGEN

VERORDNUNG (EU) 2022/212 DES RATES

vom 17. Februar 2022

zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen gegen Belarus

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 215,

gestützt auf den Beschluss 2012/642/GASP des Rates vom 15. Oktober 2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus (¹),

auf gemeinsamen Vorschlag des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EG) Nr. 765/2006 des Rates (²) sieht unter anderem das Einfrieren von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen von sowie das Verbot der Bereitstellung von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen für Personen, Organisationen oder Einrichtungen vor, die für schwere Menschenrechtsverletzungen oder Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition verantwortlich sind, oder deren Aktivitäten die Demokratie oder die Rechtsstaatlichkeit in Belarus auf andere Weise ernsthaft untergraben oder die Nutznießer des Lukaschenko-Regimes sind oder es unterstützen oder Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die Tätigkeiten des Lukaschenko-Regimes organisieren oder dazu beitragen, welche das rechtswidrige Überschreiten der Außengrenzen der Union oder die Weitergabe verbotener Güter und die rechtswidrige Weitergabe von Gütern, die Beschränkungen unterliegen, einschließlich gefährlicher Güter, in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats erleichtern
- (2) Mit der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 werden die im Beschluss 2012/642/GASP vorgesehenen Maßnahmen umgesetzt.
- (3) Der Rat erließ am 24. Juni 2021 den Beschluss (GASP) 2021/1031 (³), mit dem weitere gezielte wirtschaftliche restriktive Maßnahmen eingeführt wurden, und die Verordnung (EU) 2021/1030 (⁴), mit der die Verordnung (EG) Nr. 765/2006 geändert wurde. Im Beschluss (GASP) 2021/1031 und in der Verordnung (EU) 2021/1030 sind spezifische sektorale Beschränkungen festgelegt.
- (4) Am 17. Februar 2022 nahm der Rat den Beschluss (GASP) 2022/218 (5) an, mit dem bestimmte Änderungen eingeführt wurden, um die Wirksamkeit und die einheitliche Anwendung der Maßnahmen zu gewährleisten. Diese Änderungen müssen in der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 berücksichtigt werden, damit die Maßnahmen in der gesamten Union ordnungsgemäß und einheitlich umgesetzt werden können.
- (5) Die Verordnung (EG) Nr. 765/2006 sollte daher entsprechend geändert werden —

⁽¹⁾ ABl. L 285 vom 17.10.2012, S. 1.

⁽²⁾ Verordnung (EG) Nr. 765/2006 des Rates vom 18. Mai 2006 über restriktive Maßnahmen gegen Belarus (ABl. L 134 vom 20.5.2006, S. 1).

⁽³) Beschluss (GASP) 2021/1031 des Rates vom 24. Juni 2021 zur Änderung des Beschlusses 2012/642/GASP des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus (ABl. L 224 I vom 24.6.2021, S. 15).

⁽⁴⁾ Verordnung (EU) 2021/1030 des Rates vom 24. Juni 2021 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen gegen Belarus (ABl. L 224 I vom 24.6.2021, S. 1).

⁽⁵⁾ Beschluss (GASP) 2022/218 des Rates vom 17. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2012/642/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus (siehe Seite 41 dieses Amtsblatts).

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EG) Nr. 765/2006 wird wie folgt geändert:

- 1. Der Titel erhält folgende Fassung:
 - "Verordnung (EG) Nr. 765/2006 des Rates vom 18. Mai 2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus"
- 2. In Artikel 1 werden folgende Nummern angefügt:
 - "13. "Vermittlungsdienste"
 - i) die Aushandlung oder Veranlassung von Transaktionen zum Kauf, zum Verkauf oder zur Lieferung von Gütern oder Technologien oder von Finanzdienstleistungen oder technischen Dienstleistungen, auch von einem Drittland aus in ein anderes Drittland, oder
 - ii) den Verkauf oder Kauf von Gütern oder Technologien oder von Finanzdienstleistungen oder technischen Dienstleistungen, auch dann, wenn sie sich in Drittländern zur Verbringung in ein anderes Drittland befinden;
 - 14. "öffentliches Unternehmen" ein in Belarus niedergelassenes Unternehmen, das kein Kreditinstitut ist und sich am 1. Juni 2021 zu mehr als 50 % in öffentlicher Inhaberschaft oder unter öffentlicher Kontrolle befand.
 - 15. 'Anspruch' jede vor dem, am oder nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung erhobene Forderung, die mit der Durchführung eines Vertrags oder einer Transaktion im Zusammenhang steht, unabhängig davon, ob sie gerichtlich geltend gemacht wird oder wurde, und die insbesondere Folgendes umfasst:
 - Ansprüche auf Erfüllung einer Verpflichtung aus oder in Verbindung mit einem Vertrag oder einer Transaktion,
 - ii) Ansprüche auf Verlängerung oder Zahlung einer Obligation, einer finanziellen Garantie oder eines Schadensersatzanspruchs in jeder Form,
 - iii) Ansprüche auf Schadensersatz in Verbindung mit einem Vertrag oder einer Transaktion,
 - iv) Gegenansprüche,
 - v) Ansprüche auf Anerkennung oder Vollstreckung auch im Wege der Zwangsvollstreckung von Gerichtsurteilen, Schiedssprüchen oder gleichwertigen Entscheidungen, ungeachtet des Ortes, an dem sie ergangen sind;
 - 16. "Vertrag oder Transaktion' jede Transaktion, ungeachtet der Form und des anwendbaren Rechts, bei der dieselben oder verschiedene Parteien einen oder mehrere Verträge abschließen oder vergleichbare Verpflichtungen eingehen; als "Vertrag' gelten auch Obligationen, Garantien oder Schadensersatzansprüche, insbesondere finanzielle Garantien oder finanzielle Schadensersatzansprüche sowie ein Kredit, rechtlich unabhängig oder nicht, ebenso alle Nebenvereinbarungen, die auf einem solchen Geschäft beruhen oder mit diesem im Zusammenhang stehen;"
- 3. In Artikel 1e werden folgende Absätze angefügt:
 - "(3) Es ist verboten,
 - a) für natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Russland oder zur Verwendung in Belarus unmittelbar oder mittelbar technische Hilfe oder Vermittlungsdienste im Zusammenhang mit Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck oder im Zusammenhang mit der Bereitstellung, Herstellung, Wartung und Verwendung dieser Güter oder Technologien bereitzustellen, wenn die Güter und Technologien ganz oder teilweise für eine militärische Verwendung oder für einen militärischen Endnutzer bestimmt sind oder bestimmt sein könnten:
 - b) für natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Belarus oder zur Verwendung in Belarus unmittelbar oder mittelbar Finanzmittel oder Finanzhilfen im Zusammenhang mit den Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck für deren Verkauf, Lieferung, Verbringung oder Ausfuhr oder für die Leistung von damit verbundener technischer Hilfe bereitzustellen, insbesondere in Form von Zuschüssen, Darlehen und Ausfuhrkreditversicherungen, wenn diese Güter oder Technologien ganz oder teilweise für eine militärische Verwendung oder für einen militärischen Endnutzer bestimmt sind oder bestimmt sein könnten.
 - (4) Die Verbote nach Absatz 3 gelten unbeschadet der Erfüllung von Verträgen, die vor dem 25. Juni 2021 geschlossen wurden, oder von akzessorischen Verträgen, die für die Erfüllung solcher Verträge erforderlich sind."

- 4. Artikel 1f Absätze 3 und 4 erhält folgende Fassung:
 - "(3) Die Verbote nach den Absätzen 1 und 2 gelten unbeschadet der Erfüllung von Verträgen, die vor dem 25. Juni 2021 geschlossen wurden, oder von akzessorischen Verträgen, die für die Erfüllung solcher Verträge erforderlich sind.
 - (4) Die Verbote nach den Absätzen 1 und 2 gelten nicht für die Ausfuhr, den Verkauf, die Lieferung oder die Weitergabe von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck oder die damit verbundene Erbringung technischer oder Finanzhilfe, für die Erhaltung und Sicherheit vorhandener ziviler nuklearer Kapazitäten."
- 5. Artikel 1g Absatz 2 erhält folgende Fassung:
 - "(2) In Anhang VI sind Güter aufgeführt, die zur Erzeugung oder Verarbeitung von Tabakerzeugnissen verwendet werden."
- 6. Artikel 1h Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:
 - "(1) Es ist verboten,
 - a) unmittelbar oder mittelbar Erdölerzeugnisse und gasförmige Kohlenwasserstoffe gemäß Anhang VII in die Union einzuführen, wenn sie
 - i) ihren Ursprung in Belarus haben oder
 - ii) aus Belarus ausgeführt worden sind;
 - b) unmittelbar oder mittelbar Erdölerzeugnisse und gasförmige Kohlenwasserstoffe gemäß Anhang VII zu erwerben, die sich in Belarus befinden oder ihren Ursprung in Belarus haben;
 - c) Erdölerzeugnisse und gasförmige Kohlenwasserstoffe gemäß Anhang VII zu befördern, die ihren Ursprung in Belarus haben oder aus Belarus in ein anderes Land ausgeführt werden;
 - d) unmittelbar oder mittelbar technische Hilfe, Vermittlungsdienste, Finanzmittel oder Finanzhilfe, einschließlich Finanzderivaten sowie Versicherungen und Rückversicherungen, im Zusammenhang mit den Verboten nach den Buchstaben a, b und c bereitzustellen.
 - (2) Die Verbote nach Absatz 1 gelten nicht für den Erwerb von Erdölerzeugnissen und gasförmigen Kohlenwasserstoffen gemäß Anhang VII in Belarus, die benötigt werden, um den Grundbedarf des Käufers in Belarus oder humanitärer Projekte in Belarus zu decken."
- 7. In Artikel 1h wird folgender Absatz angefügt:
 - "(4) Absatz 1 berührt nicht die Freiheit der Durchfuhr von in Anhang VII aufgeführten Erdölerzeugnissen und gasförmigen Kohlenwasserstoffen mit Ursprung in einem Drittland durch Belarus."
- 8. Artikel 1i Absatz 2 erhält folgende Fassung:
 - "(2) Die Verbote nach Absatz 1 gelten unbeschadet der Erfüllung von Verträgen, die vor dem 25. Juni 2021 geschlossen wurden, und von akzessorischen Verträgen, die für die Erfüllung solcher Verträge erforderlich sind. Für die Zwecke dieses Artikels umfassen die Verträge rechtsverbindliche Rahmenverträge, die ein Enddatum enthalten und Preis- und Volumenanpassungen auf der Grundlage von vor dem 25. Juni 2021 vereinbarten Bedingungen vorsehen.

Dieser Absatz gilt nicht für Vereinbarungen jeder Art, die keine verbindlichen Verpflichtungen zwischen den Parteien enthalten."

- 9. Artikel 1j Buchstaben a bis d erhalten folgende Fassung:
 - "a) der Republik Belarus, ihrer Regierung, ihren öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen und Agenturen,
 - b) einem größeren Kreditinstitut, das in Belarus niedergelassen ist und sich mit Wirkung vom 1. Juni 2021 zu über 50 % in öffentlicher Inhaberschaft oder unter öffentlicher Kontrolle befand, wie in Anhang IX aufgeführt,
 - c) einer juristischen Person, Organisation oder Einrichtung, die außerhalb der Union niedergelassen ist und deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der in Buchstaben a oder b dieses Artikels aufgeführten Organisationen gehalten werden, oder
 - d) einer natürlichen oder juristischen Person, Organisation oder Einrichtung, die im Namen oder auf Weisung einer der in Buchstaben a, b oder c dieses Artikels aufgeführten Organisationen handelt."
- 10. Artikel 1k Absatz 1 Buchstaben a bis d erhalten folgende Fassung:
 - "a) die Republik Belarus, ihre Regierung, ihre öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen und Agenturen, oder

- b) ein größeres Kreditinstitut, das in Belarus niedergelassen ist und sich mit Wirkung vom 1. Juni 2021 zu über 50 % in öffentlicher Inhaberschaft oder unter öffentlicher Kontrolle befand, wie in Anhang IX aufgeführt,
- c) eine juristische Person, Organisation oder Einrichtung, die außerhalb der Union niedergelassen ist und deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der in Buchstaben a oder b aufgeführten Organisationen gehalten werden, oder
- d) eine natürliche oder juristische Person, Organisation oder Einrichtung, die im Namen oder auf Weisung einer der in Buchstaben a, b oder c aufgeführten Organisationen handelt."
- 11. Artikel 11 Ziffer i erhält folgende Fassung:
 - "i) die Republik Belarus, ihre Regierung, ihre öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen oder Agenturen, oder"
- 12. Artikel 2a erhält folgende Fassung:

"Artikel 2a

Natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen können für ihre Handlungen nicht haftbar gemacht werden, wenn sie nicht wussten und keinen vernünftigen Grund zu der Annahme hatten, dass sie mit ihrem Handeln gegen die Maßnahmen nach dieser Verordnung verstoßen."

- 13. Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d erhält folgende Fassung:
 - "d) ausschließlich bestimmt sind für
 - i) humanitäre Zwecke, einschließlich der Durchführung von Flügen zur Evakuierung oder Rückbeförderung von Personen oder für Initiativen zur Bereitstellung von Unterstützung für Opfer von Natur- oder Nuklearkatastrophen oder von Chemieunfällen,
 - ii) die Durchführung von Flügen im Rahmen internationaler Adoptionsverfahren,
 - iii) die Durchführung von Flügen, die für die Teilnahme an Treffen erforderlich sind, deren Ziel eine Lösung der Krise in Belarus oder die Unterstützung der mit den restriktiven Maßnahmen verfolgten politischen Ziele ist, oder
 - iv) eine Notlandung, einen Notstart oder einen Notüberflug von Luftfahrzeugen eines EU-Luftfahrtunternehmens;"
- 14. Die folgenden Artikel werden eingefügt:

"Artikel 3a

- (1) Abweichend von Artikel 2 Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Freigabe bestimmter eingefrorener Gelder oder wirtschaftlicher Ressourcen genehmigen, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:
- a) Die Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen sind Gegenstand einer schiedsgerichtlichen Entscheidung, die vor dem Datum, an dem die in Artikel 2 genannte natürliche oder juristische Person, Organisation oder Einrichtung in Anhang I aufgenommen wurde, ergangen ist, oder einer vor oder nach diesem Datum in der Union ergangenen gerichtlichen oder behördlichen Entscheidung oder im betreffenden Mitgliedstaat vollstreckbaren gerichtlichen Entscheidung;
- b) die Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen werden im Rahmen der geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über die Rechte des Gläubigers ausschließlich für die Erfüllung der Forderungen verwendet, die durch eine solche Entscheidung gesichert sind oder deren Bestand in einer solchen Entscheidung bestätigt worden ist;
- c) die Entscheidung kommt nicht einer in Anhang I aufgeführten natürlichen oder juristischen Person, Organisation oder Einrichtung zugute; und
- d) die Anerkennung der Entscheidung steht nicht im Widerspruch zur öffentlichen Ordnung des betreffenden Mitgliedstaats.
- (2) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission innerhalb von zwei Wochen nach Erteilung der Genehmigung über jede nach Absatz 1 erteilte Genehmigung."

"Artikel 8d

(1) Ansprüche im Zusammenhang mit Verträgen oder Transaktionen, deren Erfüllung bzw. Durchführung von den mit dieser Verordnung verhängten Maßnahmen unmittelbar oder mittelbar, ganz oder teilweise berührt wird, einschließlich Schadensersatzansprüchen und ähnlichen Ansprüchen, wie etwa Entschädigungsansprüche oder Garantieansprüche, vor allem Ansprüche auf Verlängerung oder auf Zahlung einer Obligation, einer Garantie oder eines Schadensersatzanspruchs, insbesondere einer finanziellen Garantie oder eines finanziellen Schadensersatzanspruchs in jeglicher Form, werden nicht erfüllt, sofern sie geltend gemacht werden von:

- a) den benannten, in Anhang I aufgeführten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) Einrichtungen, die in den Artikeln 1j, 1k und 1l genannt oder in den Anhängen V und IX aufgeführt sind,
- c) jedweder sonstigen belarussischen Person, Organisation oder Einrichtung, einschließlich der belarussischen Regierung,
- d) jedweder Person, Organisation oder Einrichtung, die über eine der in Buchstaben a, b oder c genannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen oder in deren Namen handelt.
- (2) In Verfahren zur Durchsetzung eines Anspruchs trägt die Person, die den Anspruch geltend macht, die Beweislast dafür, dass die Erfüllung des Anspruchs nicht nach Absatz 1 verboten ist.
- (3) Dieser Artikel berührt nicht das Recht der in Absatz 1 genannten Personen, Organisationen und Einrichtungen auf gerichtliche Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Nichterfüllung vertraglicher Pflichten nach dieser Verordnung.

Artikel 8e

- (1) Der Rat, die Kommission und der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (im Folgenden "Hoher Vertreter") verarbeiten personenbezogene Daten, die erforderlich sind, um ihre Aufgaben nach dieser Verordnung zu erfüllen. Zu diesen Aufgaben gehören,
- a) was den Rat betrifft, die Ausarbeitung und Durchführung von Änderungen zu Anhang I,
- b) was den Hohen Vertreter betrifft, die Ausarbeitung von Änderungen zu Anhang I,
- c) was die Kommission betrifft,
 - i) die Aufnahme des Inhalts von Anhang I in die elektronisch verfügbare konsolidierte Liste der Personen, Gruppen und Organisationen, die finanziellen Sanktionen der Union unterliegen, und in die interaktive Weltkarte der Unionssanktionen, die beide öffentlich zugänglich sind;
 - ii) die Verarbeitung von Informationen über die Auswirkungen der in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen, z. B. Wert der eingefrorenen Gelder, und von Informationen über die von den zuständigen Behörden erteilten Genehmigungen.
- (2) Der Rat, die Kommission und der Hohe Vertreter dürfen einschlägige Daten, die Straftaten der in der Liste aufgeführten natürlichen Personen sowie strafrechtliche Verurteilungen oder Sicherungsmaßregeln im Zusammenhang mit diesen Personen betreffen, gegebenenfalls nur in dem Umfang verarbeiten, in dem dies für die Ausarbeitung des Anhangs I erforderlich ist.
- (3) Für die Zwecke dieser Verordnung werden der Rat, die Kommission und der Hohe Vertreter jeweils zu "Verantwortlichen" im Sinne von Artikel 3 Nummer 8 der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates (*) bestimmt, um sicherzustellen, dass die betreffenden natürlichen Personen ihre Rechte nach der Verordnung (EU) 2018/1725 ausüben können.
- (*) Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39)."
- 15. Anhang IV wird gemäß Anhang I dieser Verordnung geändert.
- 16. Anhang VII wird gemäß Anhang II dieser Verordnung geändert.
- 17. Anhang VIII wird gemäß Anhang III dieser Verordnung geändert.
- 18. Anhang IX wird gemäß Anhang IV dieser Verordnung geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 17. Februar 2022.

Im Namen des Rates Der Präsident J.-Y. LE DRIAN

ANHANG I

In Anhang IV erhält der Eintrag "Intrusion-Software" folgende Fassung:

"Systeme, Geräte und Bestandteile hierfür, besonders entwickelt oder geändert für die Erzeugung, die Steuerung und Kontrolle (command and control) oder die Bereitstellung von "Intrusion-Software im Sinne der Verordnung (EU) 2021/821 (*).

^(*) Verordnung (EU) 2021/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 über eine Unionsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Vermittlung, der technischen Unterstützung der Durchfuhr und der Verbringung betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck (ABl. L 206 vom 11.6.2021, S. 1)."

ANHANG II

Der Titel von Anhang VII erhält folgende Fassung:

"LISTE DER ERDÖLERZEUGNISSE UND GASFÖRMIGEN KOHLENWASSERSTOFFE GEMÄß ARTIKEL 1h"

ANHANG III

Anhang VIII erhält folgende Fassung:

"ANHANG VIII

| Bezeichnung der Güter | Kombinierte Nomenklatur (KN-Code) (¹) |
|---|---|
| Kaliumchlorid mit einem Gehalt an Kalium, berechnet als K ₂ O, von 40 GHT oder weniger, bezogen auf den wasserfreien Stoff | 3104 20 10 |
| Kaliumchlorid mit einem Gehalt an Kalium, berechnet als K_2O , von mehr als 62 GHT, bezogen auf den wasserfreien Stoff \ast | 3104 20 90 |
| mineralische oder chemische Düngemittel, die drei düngenden Stoffe Stickstoff, Phosphor und Kalium enthaltend | 3105 20 10 3105 20 90 |
| mineralische oder chemische Düngemittel, die beiden düngenden Stoffe Phosphor und Kalium enthaltend | 3105 60 00 |
| andere Düngemittel, Kaliumchlorid enthaltend | ex 3105 90 20 ex 3105 90 80 |

- (¹) https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2020:361:FULL&from=DE
- * Wurde der Kaliumgehalt gemäß den erforderlichen, von einem akkreditierten Labor ausgestellten Dokumenten zunächst mit einem Wert von höchstens 62 %, anschließend aber von einer zuständigen Behörde mit einem diesen Schwellenwert überschreitenden Wert gemessen, so gilt der Kaliumgehalt als Ergebnis der Messung durch die zuständige Behörde, vermindert um Folgendes:
 - die Toleranz in absoluten Werten in Masseprozenten gemäß Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 2003/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über Düngemittel und
 - ab dem 16. Juli 2022 die Toleranz in absoluten Prozentpunkten gemäß Anhang III Teil III der Verordnung (EU) 2019/1009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 mit Vorschriften für die Bereitstellung von EU-Düngeprodukten auf dem Markt und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1069/2009 und (EG) Nr. 1107/2009 sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2003/2003.

Die Bewertung des Kaliumgehalts von Kaliumchloridprodukten durch eine zuständige Behörde zwecks Überprüfung der Einhaltung der vorliegenden Verordnung erfolgt, bevor die Kaliumchloridprodukte in den zollrechtlich freien Verkehr in der Union überführt werden."

ANHANG IV

Anhang IX erhält folgende Fassung:

"ANHANG IX

LISTE DER GRÖßEREN KREDITINSTITUTE GEMÄß DER ARTIKEL 1j UND 1k

Belarusbank

Belinvestbank (Belarussische Bank für Entwicklung und Wiederaufbau)

Belagroprombank

Bank Dabrabyt

Development Bank of the Republic of Belarus (Entwicklungsbank der Republik Belarus)"

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2022/213 DER KOMMISSION

vom 8. Februar 2022

zur Löschung der Eintragung der geschützten geografischen Angabe "Salaisons fumées, marque nationale Grand-Duché de Luxembourg" (g. g. A.)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (¹), insbesondere auf Artikel 54 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) In Artikel 7 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission (²) ist festgelegt, dass das Verfahren nach den Artikeln 49 bis 52 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 entsprechend für eine gemäß Artikel 54 Absatz 1 der genannten Verordnung vorzunehmende Löschung einer Eintragung gilt.
- (2) Gemäß Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 in Verbindung mit Artikel 7 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission wurde der Antrag Luxemburgs auf Löschung der Eintragung der geschützten geografischen Angabe (g. g. A.) "Salaisons fumées, marque nationale Grand-Duché de Luxembourg" im Amtsblatt der Europäischen Union (3) veröffentlicht.
- (3) Da bei der Kommission kein Einspruch gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 eingegangen ist, sollte der Name "Salaisons fumées, marque nationale Grand-Duché de Luxembourg" (g. g. A.) aus dem Verzeichnis der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben gelöscht werden.
- (4) Nach Artikel 54 Absatz 1 letzter Unterabsatz der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 werden solche Löschungen nach dem in Artikel 57 Absatz 2 derselben Verordnung genannten Prüfverfahren erlassen.
- (5) Die in dieser Verordnung vorgesehene Maßnahme entspricht der Stellungnahme des Ausschusses für Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Eintragung des Namens "Salaisons fumées, marque nationale Grand-Duché de Luxembourg" (g. g. A.) wird gelöscht.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. L 343 vom 14.12.2012, S. 1.

^(*) Delegierte Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung der EU-Zeichen für geschützte Ursprungsbezeichnungen, geschützte geografische Angaben und garantiert traditionelle Spezialitäten sowie im Hinblick auf bestimmte herkunftsbezogene Vorschriften, Verfahrensvorschriften und zusätzliche Übergangsvorschriften (ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 17).

⁽³⁾ ABl. C 334 vom 20.8.2021, S. 28.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 8. Februar 2022

Für die Kommission Die Präsidentin Ursula VON DER LEYEN

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2022/214 DER KOMMISSION

vom 17. Februar 2022

zur Änderung bestimmter Anhänge der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 hinsichtlich der Genehmigung oder Aberkennung des Status "seuchenfrei" für bestimmte Mitgliedstaaten oder Zonen oder Kompartimente dieser Mitgliedstaaten in Bezug auf bestimmte gelistete Seuchen und hinsichtlich der Genehmigung von Tilgungsprogrammen für bestimmte gelistete Seuchen

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit ("Tiergesundheitsrecht") (¹), insbesondere auf Artikel 31 Absatz 3, Artikel 36 Absatz 4, Artikel 37 Absatz 4 Buchstabe a und Artikel 42 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EU) 2016/429 enthält seuchenspezifische Vorschriften für die gelisteten Seuchen gemäß Artikel 5 Absatz 1 der genannten Verordnung sowie dazu, wie diese Vorschriften auf die verschiedenen Kategorien gelisteter Seuchen anzuwenden sind. In der Verordnung (EU) 2016/429 ist vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten obligatorische Tilgungsprogramme für die gelisteten Seuchen gemäß ihrem Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b und optionale Tilgungsprogramme für gelistete Seuchen gemäß ihrem Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe c aufstellen und dass diese Programme von der Kommission genehmigt werden. In der genannten Verordnung ist auch vorgesehen, dass die Kommission den Status "seuchenfrei" von Mitgliedstaaten oder Zonen oder Kompartimenten derselben in Bezug auf bestimmte gelistete Seuchen gemäß ihrem Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben b und c genehmigt oder aberkennt.
- (2) Die Delegierte Verordnung (EU) 2020/689 der Kommission (²) ergänzt die Verordnung (EU) 2016/429 und enthält die Kriterien für die Gewährung, Aufrechterhaltung, Aussetzung und Aberkennung des Status "seuchenfrei" für Mitgliedstaaten, Zonen oder Kompartimente derselben sowie die Anforderungen an die Genehmigung obligatorischer oder optionaler Tilgungsprogramme für Mitgliedstaaten oder Zonen oder Kompartimente derselben.
- (3) Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 der Kommission (³) wurden Durchführungsbestimmungen für die gelisteten Tierseuchen gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben a, b und c der Verordnung (EU) 2016/429 hinsichtlich des Status "seuchenfrei" und des Status der Nichtimpfung für bestimmte Mitgliedstaaten oder Zonen oder Kompartimente dieser Mitgliedstaaten sowie für die Genehmigung von Tilgungsprogrammen für diese gelisteten Seuchen festgelegt. Insbesondere sind in ihren Anhängen die Mitgliedstaaten oder Zonen oder Kompartimente dieser Mitgliedstaaten mit dem Status "seuchenfrei" sowie die bereits genehmigten obligatorischen oder optionalen Tilgungsprogramme aufgeführt. Die sich bei bestimmten Seuchen verändernde Seuchenlage macht es erforderlich, neue seuchenfreie Mitgliedstaaten oder Zonen derselben zu listen, Gebiete aus den Listen zu streichen, in denen Seuchenausbrüche bestätigt wurden oder in denen die Bedingungen für die Aufrechterhaltung des Status "seuchenfrei" nicht mehr erfüllt sind, und bestimmte der Kommission vorgelegte obligatorische oder optionale Tilgungsprogramme zu genehmigen.

⁽¹⁾ ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1.

⁽²⁾ Delegierte Verordnung (EU) 2020/689 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften betreffend Überwachung, Tilgungsprogramme und den Status "seuchenfrei" für bestimmte gelistete und neu auftretende Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 211).

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 der Kommission vom 15. April 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Genehmigung des Status "seuchenfrei" und des Status der Nichtimpfung für bestimmte Mitgliedstaaten oder Zonen oder Kompartimente dieser Mitgliedstaaten in Bezug auf bestimmte gelistete Seuchen und der Genehmigung von Tilgungsprogrammen für diese gelisteten Seuchen (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 78).

- (4) Im Einklang mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft (im Folgenden "Austrittsabkommen") und insbesondere nach Artikel 5 Absatz 4 des Protokolls zu Irland/Nordirland in Verbindung mit Anhang 2 jenes Protokolls gelten die Verordnung (EU) 2016/429 sowie die auf ihr beruhenden Rechtsakte der Kommission so etwa die Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 nach Ablauf des im Austrittsabkommen vorgesehenen Übergangszeitraums für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland.
- (5) Kürzlich haben mehrere Mitgliedstaaten bei der Kommission die Genehmigung des Status "seuchenfrei" oder von Tilgungsprogrammen für das gesamte Hoheitsgebiet oder einen Teil davon in Bezug auf Infektionen mit Brucella abortus, B. melitensis und B. suis, Infektionen mit dem Mycobacterium-tuberculosis-Komplex (Mycobacterium bovis, M. caprae und M. tuberculosis) (MTBC), Infektionen mit dem Tollwut-Virus (RABV), Infektionen mit der Bovine Virus Diarrhoe (BVD) und Infektionen mit dem Virus der Blauzungenkrankheit (Serotypen 1-24) (BTV) beantragt.
- (6) Es ist angezeigt, für diese Seuchen Rinder getrennt von Schafen und Ziegen zu listen. Dementsprechend wird Anhang I Teil II der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 in der durch die vorliegende Verordnung geänderten Fassung unterschiedliche Kapitel für Rinder sowie für Ziegen und Schafe haben, weshalb auch Artikel 2 der Durchführungsverordnung, in dem auf den genannten Anhang verwiesen wird, geändert werden muss.
- (7) Hinsichtlich der Infektionen mit Brucella abortus, B. melitensis und B. suis bei Rindern hat Spanien der Kommission Informationen übermittelt, aus denen hervorgeht, dass die Bedingungen für die Anerkennung des Status "seuchenfrei" gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 in der Provinz Cáceres in der Autonomen Gemeinschaft Extremadura erfüllt sind. Daher sollte diese Zone in Anhang I Teil I Kapitel 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 für Rinder als frei von Brucella abortus, B. melitensis und B. suis gelistet werden.
- (8) Bei der Kommission wurden Anträge auf Genehmigung ihrer obligatorischen Tilgungsprogramme in Bezug auf Infektionen mit Brucella abortus, B. melitensis und B. suis bei Rindern von Bulgarien, Griechenland, Ungarn, Italien und Portugal sowie in Bezug auf Infektionen mit Brucella abortus, B. melitensis und B. suis bei Schafen und Ziegen von Bulgarien, Kroatien, Griechenland, Italien und Portugal gestellt. Die Bewertung der Kommission hat ergeben, dass diese Anträge die in Teil II Kapitel 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 festgelegten Kriterien für die Genehmigung von Tilgungsprogrammen erfüllen. Daher sollten die Mitgliedstaaten oder Zonen derselben, die unter diese Tilgungsprogramme fallen, in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 als Mitgliedstaaten oder Zonen derselben aufgenommen werden, die über ein genehmigtes Tilgungsprogramm für diese Seuchen in diesen Tierpopulationen verfügen.
- (9) Hinsichtlich Infektionen mit MTBC hat Spanien der Kommission Informationen übermittelt, aus denen hervorgeht, dass die Bedingungen für die Anerkennung des Status "seuchenfrei" in Bezug auf Infektionen mit MTBC gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 in der Autonomen Gemeinschaft País Vasco erfüllt sind. Daher sollte diese Autonome Gemeinschaft in Anhang II Teil I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 als von MTBC freie Zone aufgeführt werden.
- (10) In Bezug auf Infektionen mit MTBC haben Bulgarien, Kroatien, Zypern, Griechenland, Irland, Italien, Malta, Portugal, Rumänien, Spanien und das Vereinigte Königreich in Bezug auf Nordirland bei der Kommission Anträge auf Genehmigung ihrer Tilgungsprogramme gestellt. Die Bewertung der Kommission hat ergeben, dass diese Anträge die in Teil II Kapitel 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 festgelegten Kriterien für die Genehmigung von Tilgungsprogrammen erfüllen. Daher sollte für die Mitgliedstaaten oder Zonen derselben, die unter diese Tilgungsprogramme fallen, sowie für das Vereinigte Königreich in Bezug auf Nordirland in Anhang II Teil II der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 aufgenommen werden, dass sie über ein genehmigtes Tilgungsprogramm für Infektionen mit MTBC verfügen.
- (11) Hinsichtlich Infektionen mit RABV hat Frankreich der Kommission Informationen übermittelt, aus denen hervorgeht, dass die Bedingungen für die Anerkennung des Status "seuchenfrei" gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 in Französisch-Guayana erfüllt sind. Daher sollte Französisch-Guayana zum Hoheitsgebiet Frankreichs hinzugefügt werden, das in Anhang III Teil I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 bereits als frei von RABV gelistet ist.

- (12) Polen hat der Kommission Ausbrüche von Infektionen mit RABV in mehreren Regionen der Woiwodschaft Mazowieckie und Woiwodschaft Świętokrzyskie gemeldet, die derzeit in Anhang III Teil I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 als Zonen mit dem Status "seuchenfrei" gelistet sind. Daher sollten die betroffenen Regionen aus dieser Liste gestrichen und der Eintrag für diesen Mitgliedstaat in dieser Liste entsprechend geändert werden.
- (13) In Bezug auf Infektionen mit RABV haben Polen und Rumänien bei der Kommission Anträge auf Genehmigung ihrer Tilgungsprogramme gestellt. Die Bewertung der Kommission hat ergeben, dass diese Anträge die in Teil II Kapitel 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 festgelegten Kriterien für die Genehmigung von Tilgungsprogrammen erfüllen. Daher sollten die Mitgliedstaaten oder Zonen derselben, die unter diese Tilgungsprogramme fallen, in Anhang III Teil II der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 als Mitgliedstaaten oder Zonen derselben aufgenommen werden, die über ein genehmigtes Tilgungsprogramm für Infektionen mit RABV verfügen.
- (14) Hinsichtlich Infektionen mit BVD haben Österreich, Finnland und Schweden der Kommission Informationen übermittelt, aus denen hervorgeht, dass die Bedingungen für die Anerkennung des Status "seuchenfrei" in Bezug auf BVD gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 in ihrem gesamten Hoheitsgebiet erfüllt sind. Darüber hinaus hat Deutschland der Kommission Informationen übermittelt, aus denen hervorgeht, dass die Bedingungen für die Anerkennung des Status "seuchenfrei" in Bezug auf BVD in bestimmten Zonen seines Hoheitsgebiets erfüllt sind. Deutschland hat der Kommission auch Anträge auf Genehmigung von Tilgungsprogrammen für andere Zonen seines Hoheitsgebiets vorgelegt. Die Bewertung der Kommission hat ergeben, dass diese Anträge die in Teil II Kapitel 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 festgelegten Kriterien für die Gewährung des Status "seuchenfrei" bzw. die Genehmigung von Tilgungsprogrammen in Bezug auf BVD erfüllen. Daher sollten diese Mitgliedstaaten oder Zonen derselben entsprechend in Anhang VII der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 mit dem Status "seuchenfrei" in Bezug auf BVD bzw. mit einem genehmigten Tilgungsprogramm für BVD aufgenommen werden.
- (15) Spanien hat der Kommission Ausbrüche von Infektionen mit BTV Serotyp 4 in der Autonomen Gemeinschaft Kastilien-La Mancha gemeldet, von denen die Regionen Peñarroya-Pueblonuevo, Hinojosa del Duque (Pedroches II), Pozoblanco (Pedroches I), Villanueva de Córdoba (Pedroches III), Montoro (Alto del Guadalquivir), Andújar und Linares in der Autonomen Gemeinschaft Andalusien betroffen sind. Die Ausbrüche betrafen auch die Regionen Almadén, Almodóvar del Campo und Piedrabuena in der Autonomen Gemeinschaft Kastilien-La Mancha sowie die Provinz Badajoz und die Regionen Coria, Valencia de Alcántara, Cáceres und Trujillo y Logrosán (Zorita) in der Autonomen Gemeinschaft Extremadura. Diese betroffenen Regionen in der Autonomen Gemeinschaft Andalusien, der Autonomen Gemeinschaft Extremadura bzw. der Autonomen Gemeinschaft Kastilien-La Mancha sind derzeit in Anhang VIII Teil I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 als Regionen mit dem Status "seuchenfrei" in Bezug auf Infektionen mit BTV aufgeführt. Der Status "seuchenfrei" dieser Regionen in Bezug auf Infektionen mit BTV sollte aberkannt werden, und der Eintrag für Spanien in dieser Liste sollte entsprechend geändert werden.
- (16) Darüber hinaus hat Portugal der Kommission Ausbrüche von Infektionen mit BTV Serotyp 4 in den Bezirken Castelo Branco und Setubal gemeldet. Da sich die Bezirke Castelo Branco und Setubal in den in Anhang VIII Teil I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 mit dem Status "seuchenfrei" aufgeführten Gebieten Portugals befinden, sollte diesen der Status "seuchenfrei" in Bezug auf Infektionen mit BTV aberkannt werden, und der Eintrag für Portugal in dieser Liste sollte entsprechend geändert werden.
- (17) Darüber hinaus hat Spanien der Kommission in Bezug auf Infektionen mit BTV einen Antrag auf Genehmigung eines optionalen Tilgungsprogramms vorgelegt. Die Bewertung der Kommission hat ergeben, dass dieser Antrag die in Teil II Kapitel 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 festgelegten Kriterien erfüllt. Daher sollten die Zonen, die unter diese Tilgungsprogramme fallen, in Anhang VIII Teil II der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 als Zonen aufgenommen werden, die über ein genehmigtes Tilgungsprogramm für Infektionen mit BTV verfügen.
- (18) In Bezug auf die Wassertierseuche Infektiöse Hämatopoetische Nekrose (IHN) hat Dänemark der Kommission mitgeteilt, dass die Bedingungen für die Aufrechterhaltung des Status "seuchenfrei" für sein gesamtes Hoheitsgebiet nicht mehr erfüllt sind. Dänemark ist in Anhang XIII Teil I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 gelistet. Der Eintrag für Dänemark sollte daher aus dieser Liste gestrichen werden.

- (19) Finnland hat der Kommission mehrere Ausbrüche von IHN auf den Ålandinseln in einem Gebiet gemeldet, das in Anhang XIII der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 als Gebiet mit dem Status "seuchenfrei" gelistet ist. Dem Seuchengebiet sollte daher der Status "seuchenfrei" aberkannt werden und die Zone sollte aus Teil I des genannten Anhangs gestrichen und der Eintrag für diesen Mitgliedstaat in dieser Liste entsprechend geändert werden.
- (20) Die Anhänge I, II, III, VII, VIII und XIII der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 sollten daher entsprechend geändert werden.
- (21) Die in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EU) 2021/620 wird wie folgt geändert:

- 1. Artikel 2 Absatz 3 erhält folgende Fassung:
 - "(3) Die Mitgliedstaaten oder Zonen von Mitgliedstaaten mit einem genehmigten obligatorischen Tilgungsprogramm für Infektionen mit Brucella abortus, B. melitensis und B. suis in Rinderpopulationen sind in Anhang I Teil II Kapitel 1aufgeführt.
 - (4) Die Mitgliedstaaten oder Zonen von Mitgliedstaaten mit einem genehmigten obligatorischen Tilgungsprogramm für Infektionen mit *Brucella abortus*, *B. melitensis* und *B. suis* in Schaf- und Ziegenpopulationen sind in Anhang I Teil II Kapitel 2 aufgeführt."
- 2. Die Anhänge I, II, III, VII, VIII und XIII werden gemäß dem Anhang dieser Verordnung geändert.

Artikel 2

Diese Richtlinie tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 17. Februar 2022

Für die Kommission Die Präsidentin Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

Die Anhänge I, II, III, VII, VIII und XIII der Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 werden wie folgt geändert:

- 1. Anhang I wird wie folgt geändert:
 - a) In Teil I Kapitel 1 erhält der Eintrag für Spanien folgende Fassung:

| Mitgliedstaat | Gebiet |
|---------------|-------------------------|
| "Spanien | Gesamtes Hoheitsgebiet" |

b) Teil II erhält folgende Fassung:

"TEIL II

Mitgliedstaaten oder Zonen von Mitgliedstaaten mit einem genehmigten Tilgungsprogramm für Brucella abortus, B. melitensis und B. suis

KAPITEL 1

Mitgliedstaaten oder Zonen von Mitgliedstaaten mit einem genehmigten Tilgungsprogramm für Brucella abortus, B. melitensis und B. suis in Rinderpopulationen

| Mitgliedstaat | Gebiet |
|---------------|--|
| Bulgarien | Gesamtes Hoheitsgebiet |
| Griechenland | Gesamtes Hoheitsgebiet |
| Ungarn | Gesamtes Hoheitsgebiet |
| Italien | Region Abruzzen: Provinzen L'Aquila, Teramo, Chieti Region Basilikata Region Kalabrien Region Kampanien: Provinzen Caserta, Salerno Region Molise: Provinz Isernia Region Apulien: Provinzen Foggia, Taranto Region Sizilien |
| Portugal | Autonome Region Azoren: Insel São Miguel Region Madeira Bezirke Beja, Braga, Braganca, Evora, Lisboa, Portalegre, Porto, Santarem, Setubal, Viana do Castelo, Vila Real |

KAPITEL 2

Mitgliedstaaten oder Zonen von Mitgliedstaaten mit einem genehmigten Tilgungsprogramm für Brucella abortus, B. melitensis und B. suis in Schaf- und Ziegenpopulationen

| Mitgliedstaat | Gebiet |
|---------------|------------------------|
| Bulgarien | Gesamtes Hoheitsgebiet |
| Kroatien | Gesamtes Hoheitsgebiet |

| Griechenland | Gesamtes Hoheitsgebiet |
|--------------|---|
| Italien | Region Basilikata Region Kalabrien: Provinzen Crotone, Reggio Calabria, Vibo Valentina |
| | Region Kampanien: Provinzen Caserta, Salerno, Avellino, Napoli Region Apulien: Provinzen Foggia, Lecce Region Sizilien |
| Portugal | Region Madeira Bezirke Aveiro, Beja, Braga, Braganca, Castelo Branco, Coimbra, Evora, Faro, Guarda, Leiria, Lisboa, Portalegre, Porto, Santarem, Setubal, Viana do Castelo, Vila Real, Viseu" |

2. Anhang II wird wie folgt geändert:

a) In Teil I erhält der Eintrag für Spanien folgende Fassung:

| Mitgliedstaat | Gebiet |
|---------------|---|
| "Spanien | Autonome Gemeinschaft Kanarische Inseln Autonome Gemeinschaft Galicien Autonome Gemeinschaft Baskenland Autonome Gemeinschaft Asturien" |

b) Teil II erhält folgende Fassung:

"TEIL II

Mitgliedstaaten oder Zonen von Mitgliedstaaten mit einem genehmigten Tilgungsprogramm für Infektionen mit MTBC

| Mitgliedstaat (*): | Gebiet |
|--------------------|---|
| Bulgarien | Gesamtes Hoheitsgebiet |
| Kroatien | Gesamtes Hoheitsgebiet |
| Zypern | Gesamtes Hoheitsgebiet |
| Griechenland | Gesamtes Hoheitsgebiet |
| Irland | Gesamtes Hoheitsgebiet |
| Italien | Region Abruzzen: Provinzen L'Aquila, Teramo, Chieti |
| | Region Basilikata: Provinz Potenza |
| | Region Kalabrien |
| | Region Kampanien |
| | Region Latium: Provinzen Latina, Roma |
| | Region Marken: Provinz Macerata |
| | Region Apulien |
| | Region Sardinien: Provinzen Sassari, Nuoro |
| | Region Sizilien |

| Malta | Gesamtes Hoheitsgebiet |
|-------------------------------------|--|
| Portugal | Autonome Region Azoren: Insel São Miguel Autonome Region Madeira Bezirke Aveiro, Beja, Braga, Bragança, Castelo Branco, Coimbra, Evora, Guarda, Leiria, Lisboa, Portalegre, Porto, Santarem, Setubal, Viana do Castelo, Vila Real, Viseu |
| Rumänien | Gesamtes Hoheitsgebiet |
| Spanien | Autonome Gemeinschaft Andalusien Autonome Gemeinschaft Aragonien Autonome Gemeinschaft Balearische Inseln Autonome Gemeinschaft Kantabrien Autonome Gemeinschaft Kastilien-La Mancha Autonome Gemeinschaft Kastilien und León Autonome Gemeinschaft Katalonien Autonome Gemeinschaft Extremadura Autonome Gemeinschaft La Rioja Autonome Gemeinschaft Madrid Autonome Gemeinschaft Murcia Autonome Gemeinschaft Navarra Autonome Gemeinschaft Valencia |
| Vereinigtes Königreich (Nordirland) | Nordirland |

^(*) Gemäß dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und insbesondere gemäß Artikel 5 Absatz 4 des Protokolls zu Irland/Nordirland in Verbindung mit Anhang 2 dieses Protokolls gelten für die Zwecke dieses Anhangs Verweise auf Mitgliedstaaten auch für das Vereinigte Königreich in Bezug auf Nordirland."

3. Anhang III wird wie folgt geändert:

- a) Teil I wird wie folgt geändert:
 - i) Der Eintrag für Frankreich erhält folgende Fassung:

| Mitgliedstaat | Gebiet |
|---------------|-------------------------|
| "Frankreich | Gesamtes Hoheitsgebiet" |

ii) Der Eintrag für Polen erhält folgende Fassung:

| Mitgliedstaat | Gebiet |
|---------------|--|
| "Polen | Woiwodschaft Dolnośląskie: alle Landkreise |
| | Woiwodschaft Kujawsko-pomorskie: alle Landkreise |
| | Folgende Landkreise in der Woiwodschaft Lubelskie: m. Lublin, Łęczyński, Parczewski, Radzyński, Świdnicki |
| | Woiwodschaft Lebus (Lubuskie): alle Landkreise |
| | Folgende Landkreise in der Woiwodschaft Łódzkie: Bełchatowski, Brzeziński, Kutnowski, Łaski, Łęczycki, Łowicki, Łódzki Wschodni, m. Łódź, Pabianicki, Pajęczański, Piotrkowski, m. Piotrków Trybunalski, Poddębicki, Radomszczański, Rawski, Sieradzki, Skierniewicki, m. Skierniewice, Tomaszowski, Wieluński Wieruszowski, Zduńskowolski, Zgierski |

| Woiwodschaft Małopolskie: alle Landkreise Folgende Landkreise in der Woiwodschaft Mazowieckie: |
|---|
| Ciechanowski, Gostyniński, Makowski, Mławski, Ostrołęcki, |
| m. Ostrołęka, Płocki, m. Płock, Przasnyski, Sierpecki, Żuromiński |
| Woiwodschaft Opolskie: alle Landkreise |
| Woiwodschaft Podlaskie: alle Landkreise |
| Woiwodschaft Pomorskie: alle Landkreise |
| Woiwodschaft Śląskie: alle Landkreise |
| Folgende Landkreise in der Woiwodschaft Świętokrzyskie: Buski, Kazimierski, Pińczowski, Włoszczowski |
| Woiwodschaft Warmińsko-mazurskie: alle Landkreise |
| Woiwodschaft Wielkopolskie: alle Landkreise |
| Wojwodschaft Zachodnjopomorskje: alle Landkrejse" |

iii) Der Eintrag für Spanien erhält folgende Fassung:

| Mitgliedstaat | Gebiet | | |
|---------------|-------------------------|--|--|
| "Spanien | Gesamtes Hoheitsgebiet" | | |

b) Teil II erhält folgende Fassung:

"TEIL II

Mitgliedstaaten oder Zonen von Mitgliedstaaten mit einem genehmigten Tilgungsprogramm für Infektionen mit RABV

| Mitgliedstaat | Gebiet | | |
|---------------|--|--|--|
| "Polen | Folgende Landkreise in der Woiwodschaft Lubelskie: Bialski, m. Biała Podlaska, Biłgorajski, Chełmski, m. Chełm, Hrubieszowski, Janowski, Krasnostawski, Kraśnicki, Lubartowski, Lubelski, Łukowski, Opolski, Puławski, Rycki, Tomaszowski, Włodawski, Zamojski, m. Zamość | | |
| | Folgende Landkreise in der Woiwodschaft Łódzkie: Opoczyński | | |
| | Folgende Landkreise in der Woiwodschaft Mazowieckie: Białobrzeski, Garwoliński, Grodziski, Grójecki, Kozienicki, Legionowski, Lipski, Łosicki, Miński, Nowodworski, Ostrowski, Otwocki, Piaseczyński, Płoński, Pruszkowski, Przysuski, Pułtuski, Radomski, m. Radom, Siedlecki, m. Siedlce, Sochaczewski, Sokołowski, Szydłowiecki, m.st. Warszawa, Warszawski Zachodni, Węgrowski, Wołomiński, Wyszkowski, Zwoleński, Żyrardowski | | |
| | Woiwodschaft Podkarpackie | | |
| | Folgende Landkreise in der Woiwodschaft Świętokrzyskie: Jędrzejowski, Kielecki, m. Kielce, Konecki, Opatowski, Ostrowiecki, Sandomierski, Skarżyski, Starachowicki, Staszowski | | |
| Rumänien | Gesamtes Hoheitsgebiet" | | |

4. Anhang VII Teil I und Teil II erhält folgende Fassung:

"TEIL I

Mitgliedstaaten oder Zonen von Mitgliedstaaten mit dem Status "seuchenfrei" in Bezug auf BVD

| Mitgliedstaat | Gebiet |
|---------------|---|
| Österreich | Gesamtes Hoheitsgebiet |
| Finnland | Gesamtes Hoheitsgebiet |
| Deutschland | Bundesland Baden-Württemberg: |
| | Regierungsbezirk Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg |
| | Die folgenden Landkreise im Regierungsbezirk Tübingen: Alb-Donau-Kreis Biberach, Bodenseekreis, Reutlingen, Sigmaringen, Tübingen, Zollernalbkreis, Stadtkreis Ulm |
| | Bundesland Bayern: |
| | Die folgenden Städte und Landkreise im Regierungsbezirk Oberbayern: Ingolstadt, Stadt München, Stadt Rosenheim, Altötting, Berchtesgadener Land, Bad Tölz-Wolfratshausen, Ebersberg, Eichstätt, Freising, Fürstenfeldbruck, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech, Miesbach, Mühldorf am Inn, Landkreis München, Neuburg-Schrobenhausen, Pfaffenhofen an der Ilm, Landkreis Rosenheim, Starnberg, Traunstein |
| | Die folgenden Städte und Landkreise im Regierungsbezirk Niederbayern: Stadt Landshut, Stadt Passau, Stadt Straubing, Freyung-Grafenau, Kelheim, Landkreis Landshut, Landkreis Passau, Regen, Rottal-Inn |
| | Die folgenden Städte und Landkreise im Regierungsbezirk Oberpfalz: Stadt Amberg, Stadt Regensburg, Weiden in der Oberpfalz, Landkreis Amberg- Sulzbach, Cham, Neumarkt in der Oberpfalz, Neustadt an der Waldnaab, Landkreis Regensburg, Schwandorf, Tirschenreuth |
| | Die folgenden Städte und Landkreise im Regierungsbezirk Oberfranken: Stadt Bamberg, Stadt Bayreuth, Stadt Coburg, Stadt Hof, Landkreis Bamberg Landkreis Bayreuth, Landkreis Coburg, Forchheim, Landkreis Hof, Kronach Kulmbach, Lichtenfels, Wunsiedel im Fichtelgebirge |
| | Die folgenden Städte und Landkreise im Regierungsbezirk Mittelfranken: Stadt Ansbach, Stadt Erlangen, Stadt Fürth, Nürnberg, Schwabach, Landkre Ansbach, Landkreis Erlangen-Höchstadt, Landkreis Fürth, Nürnberger Land Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim, Roth, Weißenburg-Gunzenhausen |
| | Die folgenden Städte und Landkreise im Regierungsbezirk Unterfranken: Stadt Aschaffenburg, Stadt Schweinfurt, Stadt Würzburg, Landkreis Aschaffenburg, Bad Kissingen, Röhn-Grabfeld, Haßberge, Kitzingen, Miltenberg, Main-Spessart, Landkreis Schweinfurt, Landkreis Würzburg |
| | Die folgenden Städte und Landkreise im Regierungsbezirk Schwaben: Stadt Augsburg, Kaufbeuren, Kempten im Allgäu, Memmingen, Aichach- Friedberg, Dillingen an der Donau, Neu-Ulm, Lindau, Unterallgäu, Donau- Ries |
| | Bundesland Brandenburg |
| | Bundesland Bremen |
| | Bundesland Hamburg |
| | Bundesland Hessen: |

| | Die folgenden Städte und Landkreise im Regierungsbezirk Kassel: Werra- Meißner, Landkreis Kassel, Stadt Kassel, Waldeck-Frankenberg, Schwalm- Eder-Kreis, Hersfeld-Rotenburg |
|----------|--|
| | Regierungsbezirk Darmstadt |
| | Regierungsbezirk Gießen |
| | Bundesland Mecklenburg-Vorpommern |
| | Bundesland Rheinland-Pfalz |
| | Bundesland Saarland |
| | Bundesland Sachsen |
| | Bundesland Sachsen-Anhalt |
| | Bundesland Thüringen |
| Schweden | Gesamtes Hoheitsgebiet |

TEIL II

Mitgliedstaaten oder Zonen von Mitgliedstaaten mit einem genehmigten Tilgungsprogramm für BVD

| Mitgliedstaat | Gebiet | Zeitpunkt der ersten Genehmigung gemäß Artikel 15 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 |
|---------------|--|--|
| Deutschland | Bundesland Baden-Württemberg: | 21. Februar 2022" |
| | Landkreis Ravensburg im Regierungsbezirk Tübingen | |
| | Bundesland Bayern: | |
| | Die folgenden Städte und Landkreise im Regierungsbezirk Oberbayern: Dachau, Erding, Weilheim-Schongau | |
| | Die folgenden Städte und Landkreise im Regierungsbezirk Niederbayern: Deggendorf, Landkreis Straubing-Bogen, Dingolfing-Landau | |
| | Die folgenden Städte und Landkreise im Regierungsbezirk Schwaben: Landkreis Augsburg, Günzburg, Ostallgäu, Oberallgäu | |
| | Bundesland Berlin | |
| | Bundesland Hessen: | |
| | Landkreis Fulda im Regierungsbezirk Kassel | |
| | Bundesland Niedersachsen | |
| | Bundesland Nordrhein-Westfalen | |
| | Bundesland Schleswig-Holstein | |

5. Anhang VIII wird wie folgt geändert:

- a) In Teil I erhält der Eintrag für Spanien folgende Fassung:
 - i) Die Einträge für die Provinz Córdoba und die Provinz Jaén in der Autonomen Gemeinschaft Andalusien werden gestrichen.
 - ii) Der Eintrag für die Autonome Gemeinschaft Kastilien-La Mancha erhält folgende Fassung:
 - "Autonome Gemeinschaft Kastilien-La Mancha, mit Ausnahme der folgenden Regionen in der Provinz Ciudad Real: Almadén, Almodóvar del Campo und Piedrabuena".
 - iii) Der Eintrag für die Autonome Gemeinschaft Extremadura wird gestrichen.

b) In Teil I erhält der Eintrag für Portugal folgende Fassung:

| Mitgliedstaat | Gebiet |
|---------------|--|
| "Portugal | Gesamtes Hoheitsgebiet, ausgenommen die Bezirke Beja, Castelo Branco, Evora, Faro, Portalegre, Santarem, Setubal" |

c) Teil II erhält folgende Fassung:

"TEIL II

Mitgliedstaaten oder Zonen von Mitgliedstaaten mit einem genehmigten Tilgungsprogramm für Infektionen mit BTV

| Mitgliedstaat | Gebiet | Zeitpunkt der ersten Genehmigung gemäß Artikel 15 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 |
|---------------|---|--|
| Spanien | Autonome Gemeinschaft Andalusien: | 21. Februar 2022" |
| • | Provinzen Cádiz, Córdoba, Huelva, Jáén, Málaga, Sevilla | |
| | Provinz Granada: Motril (Costa de Granada) | |
| | Autonome Gemeinschaft Aragonien: | |
| | Provinz Huesca: Regionen Boltaña, Jaca, Sabiñánigo | |
| | folgende Gemeinde der Region Ayerbe: Las Peñas de Riglos | |
| | folgende Gemeinden der Region Huesca: Arguis, Casbas de Huesca, Ibieca, Igriés, Loporzano, Nueno und Siétamo; | |
| | folgende Gemeinden der Region Barbastro: Abiego, Adahuesca, Alquézar, Bierge, Colungo und Naval | |
| | folgende Gemeinden der Region Castejón de Sos: Castejón de Sos, Chía, Sahún, Seira, Sesué, Villanova | |
| | folgende Gemeinden der Region Graus: Campo, Foradada, Valle de Bardají | |
| | Provinz Saragossa: Region Jaca Autonome Gemeinschaft Kastilien-La Mancha | |
| | Die folgenden Regionen der Provinz Ciudad Real: Almadén, Almodóvar del Campo und Piedrabuena | |
| | Autonome Gemeinschaft Extremadura | |
| | Autonome Gemeinschaft Balearische Inseln | |
| | Autonome Gemeinschaft Navarra: | |
| | Regionen Elizondo, Izurzun, Ochagavia, Pamplona, Santesteban | |
| | folgende Gemeinden der Region Estella: Guesálaz, Lezaun, Valle de Yerri, Cirauqui, Mañeru, Artazu, Guirguillano, Salinas de Oro, Abárzuza, Allín, Améscoa Baja, Larraona, Aranarache, Eulate | |

| folgende Gemeinden der Region Sangüesa: Oroz-Betelu, Izagaondoa, Lumbier, Urraul Alto, Urraul Bajo, Romanzado, Lónguida, Aoiz, Erro, Arce, Esteribar, Luzaide- Valcarlos, Auritz Burguete, Orreaga- Roncesvalles | |
|--|--|
| Autonome Gemeinschaft Baskenland: | |
| Provinz Guipúzcoa | |
| Provinz Bizkaia/Vizcaya | |
| Provinz Araba/Álava: Gemeinde Aramaio | |

- 6. Anhang XIII Teil I wird wie folgt geändert:
 - a) Der Eintrag für Dänemark wird gestrichen.
 - b) Der Eintrag für Finnland erhält folgende Fassung:

| Mitgliedstaat | Gebiet |
|---------------|---|
| "Finnland | Gesamtes Hoheitsgebiet, ausgenommen das Küstenkompartiment bestehend aus den Teilen der Gemeinden Föglö, Lumparland, Lemland und Vårdö, die innerhalb eines Umkreises von 19,331 Kilometern um die WGS84-Koordinaten 59,975253701 ° Breite und 20,454027317 ° Länge liegen" |

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2022/215 DER KOMMISSION

vom 17. Februar 2022

zur Änderung der Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 hinsichtlich der Einträge für Kanada und die Vereinigten Staaten von Amerika in den Listen der Drittländer, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel, Zuchtmaterial von Geflügel sowie frischem Fleisch von Geflügel und Federwild zulässig ist

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit ("Tiergesundheitsrecht") (¹), insbesondere auf Artikel 230 Absatz 1 und Artikel 232 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 müssen Sendungen von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs, um in die Union verbracht werden zu können, aus einem Drittland, Gebiet oder einer Zone bzw. einem Kompartiment derselben stammen, das bzw. die gemäß Artikel 230 Absatz 1 der genannten Verordnung gelistet ist.
- (2) In der Delegierten Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission (²) sind die Tiergesundheitsanforderungen festgelegt, die Sendungen bestimmter Arten und Kategorien von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Drittländern, Gebieten oder Zonen bzw. im Fall von Aquakulturtieren Kompartimenten derselben erfüllen müssen, um in die Union verbracht werden zu können
- (3) Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission (³) werden die Listen von Drittländern, Gebieten oder Zonen bzw. Kompartimenten derselben festgelegt, aus denen der Eingang in die Union der in den Geltungsbereich der Delegierten Verordnung (EU) 2020/692 fallenden Arten und Kategorien von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs zulässig ist.
- (4) Insbesondere sind in den Anhängen V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 die Listen von Drittländern, Gebieten oder Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel, Zuchtmaterial von Geflügel sowie frischem Fleisch von Geflügel und Federwild zulässig ist, enthalten.
- (5) Kanada hat der Kommission einen Ausbruch der hochpathogenen Aviären Influenza bei Geflügel gemeldet. Der Herd dieses Ausbruchs befindet sich in der Provinz Nova Scotia und wurde am 1. Februar 2022 durch Laboranalyse (RT-PCR) bestätigt.
- (6) Auch die Vereinigten Staaten von Amerika haben der Kommission einen Ausbruch der hochpathogenen Aviären Influenza bei Geflügel gemeldet. Der Herd dieses Ausbruchs befindet sich im Dubois County im Bundesstaat Indiana und wurde am 8. Februar 2022 durch Laboranalyse (RT-PCR) bestätigt.

⁽¹⁾ ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1.

⁽²⁾ Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379).

⁽²) Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1).

- (7) Die Veterinärbehörden Kanadas und der Vereinigte Staaten von Amerika haben im Umkreis von 10 km eine Kontrollzone um die betroffenen Betriebe herum eingerichtet sowie Tilgungsprogramme zur Bekämpfung der hochpathogenen Aviären Influenza und zur Eindämmung der Ausbreitung dieser Seuche durchgeführt.
- (8) Kanada und die Vereinigten Staaten von Amerika haben der Kommission Informationen über die Seuchenlage in ihren Hoheitsgebieten sowie die ergriffenen Maßnahmen zur Verhütung einer weiteren Ausbreitung der hochpathogenen Aviären Influenza vorgelegt. Diese Informationen wurden von der Kommission bewertet. Auf der Grundlage dieser Bewertung sollte der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel, Zuchtmaterial von Geflügel sowie frischem Fleisch von Geflügel und Federwild aus den Gebieten, für die die Veterinärbehörden Kanadas und der Vereinigten Staaten von Amerika aufgrund der jüngsten Ausbrüche der hochpathogenen Aviären Influenza Beschränkungen erlassen haben, nicht länger zulässig sein.
- (9) Die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 sollten daher entsprechend geändert werden.
- (10) Unter Berücksichtigung der derzeitigen Seuchenlage in Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika in Bezug auf die hochpathogene Aviäre Influenza und das ernst zu nehmende Risiko ihrer Einschleppung in die Union sollten die mit der vorliegenden Verordnung an der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 vorzunehmenden Änderungen unverzüglich wirksam werden.
- (11) Die in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 werden gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 17. Februar 2022

Für die Kommission Die Präsidentin Ursula VON DER LEYEN Die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 werden wie folgt geändert:

1. Anhang V wird wie folgt geändert:

a) Teil 1 wird wie folgt geändert:

i) Im Eintrag für Kanada wird nach der Zeile CA-2 die folgende Zeile für die Zone CA-2.1 eingefügt:

| | | Zuchtgeflügel, ausgenommen Laufvögel, und Nutzgeflügel, ausgenommen Laufvögel | ВРР | N, P1 | 1.2.2022 |
|------------|--------|--|----------|-------|------------|
| | | Zuchtlaufvögel und Nutzlaufvögel | BPR | N, P1 | 1.2.2022 |
| | | Schlachtgeflügel, ausgenommen Laufvögel | SP | N, P1 | 1.2.2022 |
| | CA-2.1 | Zur Schlachtung bestimmte Laufvögel | SR | N, P1 | 1.2.2022 |
| "CA Kanada | | Eintagsküken, ausgenommen Laufvögel | DOC | N, P1 | 1.2.2022 |
| | | Eintagsküken von Laufvögeln | DOR | N, P1 | 1.2.2022 |
| | | Weniger als 20 Stück Geflügel, ausgenommen Laufvögel | POU-LT20 | N, P1 | 1.2.2022 |
| | | Geflügelbruteier, ausgenommen Laufvögel | НЕР | N, P1 | 1.2.2022 |
| | | Bruteier von Laufvögeln | HER | N, P1 | 1.2.2022 |
| | | Weniger als 20 Stück Geflügel, ausgenommen Laufvögel | HE-LT20 | N, P1 | 1.2.2022"; |

ii) Im Eintrag für die Vereinigten Staaten wird nach der Zeile für die Zone US-2.3 die folgende Zeile für die Zone US-2.4 eingefügt:

| "US Vereinigte US-2. Staaten | | Zuchtgeflügel, ausgenommen Laufvögel, und Nutzgeflügel, ausgenommen Laufvögel | ВРР | N, P1 | 8.2.2022 | |
|------------------------------------|--------|--|-----|-------|----------|--|
| | | Zuchtlaufvögel und Nutzlaufvögel | BPR | N, P1 | 8.2.2022 | |
| | US-2.4 | Schlachtgeflügel, ausgenommen Laufvögel | SP | N, P1 | 8.2.2022 | |
| | | Zur Schlachtung bestimmte Laufvögel | SR | N, P1 | 8.2.2022 | |
| | | Eintagsküken, ausgenommen Laufvögel | DOC | N, P1 | 8.2.2022 | |

| DE | |
|----|--|
| | |

| | | Eintagsküken von Laufvögeln | DOR | N, P1 | 8.2.2022 |
|--|---|---|----------|----------|------------|
| | | Weniger als 20 Stück Geflügel, ausgenommen Laufvögel | POU-LT20 | N, P1 | 8.2.2022 |
| | Geflügelbruteier, ausgenommen Laufvögel | HEP | N, P1 | 8.2.2022 | |
| | | Bruteier von Laufvögeln | HER | N, P1 | 8.2.2022 |
| | | Weniger als 20 Stück Geflügel, ausgenommen Laufvögel | HE-LT20 | N, P1 | 8.2.2022"; |

b) Teil 2 wird wie folgt geändert:

i) Im Eintrag für Kanada wird nach der Zeile CA-2 die folgende Beschreibung der Zone CA-2.1 eingefügt:

| "Kanada | CA-2.1 | Provinz Nova Scotia: Gemeinden Gaspereau, Grand Pre, Lower Wolfville, Melanson, Wolfville, Avonport, Greenfield, Hansport, Hortonville, New Minas, North Grand Pre, Port Williams und White Rock"; |
|---------|--------|---|
|---------|--------|---|

ii) Im Eintrag für die Vereinigten Staaten wird nach der Beschreibung der Zone US-2.3 die folgende Beschreibung der Zone US-2.4 eingefügt:

| "Vereinigte Staaten | US-2.4 | Bundesstaat Indiana: Dubois County: Zone mit einem Radius von 10 km, ausgehend vom Nordpunkt an d Grenze der kreisförmigen Kontrollzone 'Dubois 01 premise' und im Uhrzeigersinn aufgebaut: a) Norden: 0,56 km nordöstlich des Schnittpunkts der E. Schnellville Road mit der Rustic Acres Road. b) Nordosten: 1,28 km nordnordwestlich des Schnittpunkts des Highway S 600E in dem Highway E 400S. c) Osten: 0,45 km westlich des Schnittpunkts der S Schnell Road mit der S Kyana Road Südosten: 0,11 km südlich des Schnittpunkts des Highway 64 mit der E Ferdina Road E. e) Süden: 0,66 km südöstlich des Schnittpunkts der County Road 875 E mit der County Road 2100N. f) Südwesten: 0,66 km östlich des Schnittpunkts des S US Highway 231 mit der 1100 S. g) Westen: 0,94 km südöstlich des Schnittpunkts der S 500W mit der W 630S. h) Nordwesten: 0,2 km nördlich des Schnittpunkts des S US Highway 231 mit der Witz Road". |
|---------------------|--------|---|
|---------------------|--------|---|

- a) Teil 1 wird wie folgt geändert:
 - i) Im Eintrag für Kanada wird nach der Zeile CA-2 die folgende Zeile für die Zone CA-2.1 eingefügt:

| | ,CA Kanada CA-2.1 | Frisches Fleisch von Geflügel, ausgenommen Laufvögel | POU | N, P1 | 1.2.2022 | |
|--------------------|-------------------|---|-----|-------|------------|--|
| " CA Kanada | | Frisches Fleisch von Laufvögeln | RAT | N, P1 | 1.2.2022 | |
| | | Frisches Fleisch von Federwild | GBM | P1 | 1.2.2022"; | |

ii) Im Eintrag für die Vereinigten Staaten wird nach der Zeile für die Zone US-2.3 die folgende Zeile für die Zone US-2.4 eingefügt:

| "US Vereinigte Staaten | US-2.4 | Frisches Fleisch von Geflügel, ausgenommen Laufvögel | POU | N, P1 | 8.2.2022 | |
|------------------------------|--------|---|-----|-------|------------|---|
| | | Frisches Fleisch von Laufvögeln | RAT | N, P1 | 8.2.2022 | _ |
| | | Frisches Fleisch von Federwild | GBM | P1 | 8.2.2022"; | _ |

- b) Teil 2 wird wie folgt geändert:
 - i) Im Eintrag für Kanada erhält die Beschreibung der Zone CA-2 folgende Fassung:

| | CA-2 | Gebiet, das folgende Teile des kanadischen Hoheitsgebiets umfasst: |
|---------|--------|--|
| "Kanada | CA-2.1 | Provinz Nova Scotia: Gemeinden Gaspereau, Grand Pre, Lower Wolfville, Melanson, Wolfville, Avonport, Greenfield, Hansport, Hortonville, New Minas, North Grand Pre, Port Williams und White Rock"; |

ii) Im Eintrag für die Vereinigten Staaten wird nach der Beschreibung der Zone US-2.3 die folgende Beschreibung der Zone US-2.4 eingefügt:

| "Vereinigte Staaten | US-2.4 | Bundesstaat Indiana: Dubois County: Zone mit einem Radius von 10 km, ausgehend vom Nordpunkt an de Grenze der kreisförmigen Kontrollzone 'Dubois 01 premise' und im Uhrzeigersinn aufgebaut: a) Norden: 0,56 km nordöstlich des Schnittpunkts der E. Schnellville Road mit d Rustic Acres Road. b) Nordosten: 1,28 km nordnordwestlich des Schnittpunkts des Highway S 600E m dem Highway E 400S. c) Osten: 0,45 km westlich des Schnittpunkts der S Schnell Road mit der S Kyana Road Südosten: 0,11 km südlich des Schnittpunkts des Highway 64 mit der E Ferdinar Road E. |
|---------------------|--------|--|
|---------------------|--------|--|

| _ |
|---|
| 8 |
| • |
| 2 |
| • |
| 2 |
| 0 |
| 2 |
| 2 |
| |

Amtsblatt der Europäischen Union

| | UE | |
|--|----|--|
|--|----|--|

- g) Westen: 0,94 km südöstlich des Schnittpunkts der S 500W mit der W 630S. h) Nordwesten: 0,2 km nördlich des Schnittpunkts des S US Highway 231 mit der S Witz Road".

BESCHLÜSSE

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2022/216 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 2022

zur Verlängerung der verstärkten Überwachung Griechenlands

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2022) 865)

(Nur der griechische Text ist verbindlich)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 472/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über den Ausbau der wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachung von Mitgliedstaaten im Euro-Währungsgebiet, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind (¹), insbesondere auf Artikel 2 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Auslaufen der Finanzhilfe des Europäischen Stabilitätsmechanismus am 20. August 2018 wurde Griechenland per Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1192 der Kommission (²) mit Wirkung vom 21. August 2018 für einen Zeitraum von sechs Monaten unter verstärkte Überwachung gestellt. In der Folge wurde die verstärkte Überwachung sechsmal (³) um jeweils weitere sechs Monate verlängert, zuletzt mit Wirkung vom 21. August 2021.
- (2) Seit 2010 hat Griechenland Finanzhilfe in erheblichem Umfang erhalten, sodass sich die ausstehenden Verbindlichkeiten des Landes gegenüber den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus inzwischen auf insgesamt 240 875 Mio. EUR belaufen. Von seinen europäischen Partnern erhielt Griechenland Finanzhilfen zu Vorzugsbedingungen und es wurden zunächst 2012 und dann 2017 vom Europäischen Stabilitätsmechanismus spezifische Maßnahmen getroffen, um die Verschuldung auf eine nachhaltigere Grundlage zu stellen. Am 22. Juni 2018 wurde in der Eurogruppe politisches Einvernehmen darüber erzielt, zusätzliche Maßnahmen zur Sicherstellung der Schuldentragfähigkeit zu ergreifen. Einige dieser Maßnahmen, wie etwa der Transfer der Erträge, die die nationalen Zentralbanken des Euro-Währungsgebiets bei griechischen Staatsanleihen im Rahmen der Vereinbarung zu Netto-Finanzanlagen und des Programms für die Wertpapiermärkte erwirtschaften, können von der Eurogruppe halbjährlich vereinbart werden, wenn die verstärkte Überwachung ergibt, dass Griechenland seine politischen Verpflichtungen für die Zeit nach Programmende erfüllt. Die ersten sechs Tranchen dieser politikabhängigen Schuldenerleichterungsmaßnahmen wurden nach entsprechender Vereinbarung der Eurogruppe im April 2019, Dezember 2019, Juni 2020, November 2020, Juni 2021 bzw. Dezember 2021 freigegeben.
- (3) Griechenland hat sich gegenüber der Eurogruppe verpflichtet, alle im Rahmen des Stabilitätshilfeprogramms des Europäischen Stabilitätsmechanismus (im Folgenden "Programm") beschlossenen grundlegenden Reformen weiterzuführen und zum Abschluss zu bringen sowie sicherzustellen, dass die Ziele der im Rahmen dieses Programms und seiner Vorläufer verabschiedeten wichtigen Reformen weiter verfolgt werden. Darüber hinaus hat sich Griechenland zu spezifischen Maßnahmen in den Bereichen Haushaltspolitik und haushaltspolitische Strukturreformen, Sozialfürsorge, Finanzstabilität, Arbeits- und Produktmärkte, Privatisierung und öffentliche Verwaltung verpflichtet. Diese spezifischen Maßnahmen sind in einem Anhang zur Erklärung der Eurogruppe vom 22. Juni 2018 aufgeführt und werden dazu beitragen, die übermäßigen makroökonomischen Ungleichgewichte Griechenlands sowie die Ursachen bzw. potenziellen Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten anzugehen. Diese Verpflichtungen, die die Grundlage für die Freigabe zusätzlicher Entschuldungsmaßnahmen bilden, haben eine Laufzeit bis Mitte 2022, sodass Griechenland sich jetzt im letzten Jahr dieses Verfahrens befindet. Die Behörden haben ihre Absicht mitgeteilt, ihre Anstrengungen darauf zu konzentrieren, bis Mitte 2022 ihren ausstehenden Verpflichtungen nachzukommen. Bei den Entscheidungen über die Freigabe der verbleibenden Maßnahmen zur Schuldenerleichterung und die Beendigung der verstärkten Überwachung müssen die Fortschritte bei der Erfüllung der Verpflichtungen sowie das allgemeine wirtschaftspolitische Umfeld berücksichtigt werden.

⁽¹⁾ ABl. L 140 vom 27.5.2013, S. 1.

^{(&}lt;sup>2</sup>) Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1192 der Kommission vom 11. Juli 2018 über die Aktivierung einer verstärkten Überwachung für Griechenland (ABl. L 211 vom 22.8.2018, S. 1).

⁽³⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2019/338 der Kommission (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 17), Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1287 der Kommission (ABl. L 202 vom 31.7.2019, S. 110), Durchführungsbeschluss (EU) 2020/280 der Kommission (ABl. L 59 vom 28.2.2020, S. 9), Durchführungsbeschluss (EU) 2020/5086 der Kommission (ABl. L 248 vom 31.7.2020, S. 20), Durchführungsbeschluss (EU) 2021/271 der Kommission (ABl. L 61 vom 22.2.2021, S. 3) und Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1279 der Kommission (ABl. L 280 vom 3.8.2021, S. 2).

- (4) Am 2. Juni 2021 veröffentlichte die Kommission die Ergebnisse ihrer eingehenden Überprüfung Griechenlands 2021. (4) Darin kam sie kam zu dem Schluss, dass die übermäßigen makroökonomischen Ungleichgewichte in Griechenland fortbestehen. Zurückzuführen sind diese auf die hohe Staatsverschuldung, den hohen Anteil notleidender Kredite und den unvollständigen Abbau außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte, während die Arbeitslosigkeit trotz rückläufiger Entwicklung auf hohem Stand verbleibt und das Potenzialwachstum niedrig ist. Laut dem Warnmechanismus-Bericht 2022 (³) ist Griechenland einer der Mitgliedstaaten, in denen die anhaltenden makroökonomischen Risiken und die Fortschritte beim Abbau übermäßiger Ungleichgewichte im Rahmen der eingehenden Überprüfung im Frühjahr 2022 weiter untersucht werden sollten. Diese Bewertung stützte sich auf eine Reihe von Erwägungen. Erstens ist der gesamtstaatliche Schuldenstand 2020 um 26 Prozentpunkte auf 206,3 % des BIP gestiegen. Dies spiegelt die tiefe Rezession und die Auswirkungen der Maßnahmen zur Begrenzung der wirtschaftlichen und sozialen Kosten der COVID-19-Krise wider. Die Staatsschulden sind zwar hoch, werden aber größtenteils von Schuldnern des öffentlichen Sektors zu vergünstigten Bedingungen gehalten, was in Verbindung mit einem großen Liquiditätspuffer dafür sorgt, dass Griechenland von kurzfristigen Schwankungen abgeschirmt bleibt. Die gesamtstaatliche Schuldenquote dürfte 2021 sinken. Zweitens entwickelte sich die Rentabilität des Bankensektors 2020 negativ, und die harte Kernkapitalquote (Tier 1) ist eine der niedrigsten in der EU. Teilweise ist dies auf die laufende Bereinigung der Bankbilanzen zurückzuführen. Zwar lag der Anteil notleidender Kredite mit 15 % im September 2021 (6) nach wie vor hoch, aber er war 2020 deutlich zurückgegangen und ist 2021 weiter gesunken. Drittens verschlechterte sich die außenwirtschaftliche Tragfähigkeit im Jahr 2020, da die negative Nettoauslandsvermögensstatus (im Verhältnis zum BIP) aufgrund des Rückgangs des BIP und der deutlichen Verschlechterung des Leistungsbilanzdefizits auf -6,6 % des BIP weiter zurückging. Mit der Wiederbelebung des Tourismus dürfte sich das Leistungsbilanzdefizit in den Jahren 2021 und 2022 jedoch verringern. Schließlich ging die Arbeitslosenquote auch während der Pandemie weiter zurück, was hauptsächlich auf staatliche Unterstützungsmaßnahmen zurückzuführen ist. Den jüngsten Daten für das dritte Quartal 2021 zufolge liegt die Arbeitslosenquote in Griechenland bei 13,0 % und damit drei Prozentpunkte unter dem Wert im gleichen Quartal 2020. Die Regierung hat trotz der anhaltenden Pandemie weiterhin Maßnahmen ergriffen, die für die Beseitigung des übermäßigen Ungleichgewichts relevant sind. Für die Zukunft bietet der nationale Aufbau- und Resilienzplan die Chance, den Investitions- und Reformbedarf anzugehen.
- (5) Am 24. November 2021 hat die Kommission ihre zwölfte Bewertung im Rahmen der verstärkten Überwachung Griechenlands (7) veröffentlicht. Sie kam zu dem Schluss, dass Griechenland weitere Fortschritte bei der Erfüllung seiner spezifischen Verpflichtungen gemacht hat, obwohl es in einigen Bereichen zu Verzögerungen kam, die zum Teil auf die schwierigen Umstände infolge der Pandemie oder der katastrophalen Brände im August 2021 zurückzuführen sind. Die Behörden haben ihre spezifischen Verpflichtungen im Energiesektor und in der öffentlichen Finanzverwaltung erfüllt sowie gleichzeitig wichtige und begrüßenswerte Schritte zur Erfüllung des Großteils ihrer spezifischen Verpflichtungen bis April 2022 unternommen.
- (6) Am 23. Dezember 2021 wurde von der EU ein Aufbauinstrument ins Leben gerufen, über das 750 Mrd. EUR bereitgestellt werden, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge der COVID-19-Krise einzudämmen und die Erholung zu fördern. Umgesetzt wird dieses Instrument insbesondere durch die mit 672,5 Mrd. EUR ausgestattete Aufbau- und Resilienzfazilität (im Folgenden "Fazilität"). Das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung wurde in den Jahren 2020-2021 vorübergehend angepasst, um das Anlaufen der Fazilität zu ermöglichen. Griechenland stehen aus dieser Fazilität im Zeitraum 2021-2026 bis zu 17,8 Mrd. EUR an nicht rückzahlpflichtiger Unterstützung und bis zu 12,7 Mrd. EUR an Darlehen zu.
- (7) Der Aufbau- und Resilienzplan Griechenlands (im Folgenden: "Plan") wurde am 13. Juli 2021 vom Rat gebilligt. (8) Der Rat vertrat dabei insbesondere die Auffassung, dass der Plan dazu beitrage, einen wesentlichen Teil der in den länderspezifischen Empfehlungen und in den Empfehlungen beim Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten festgestellten wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen (einschließlich deren finanzpolitischer Aspekte) wirksam anzugehen. Die im griechischen Aufbau- und Resilienzplan enthaltenen Reformen bauen auf den umfangreichen, im Rahmen der wirtschaftlichen Anpassungsprogramme unternommenen Reformanstrengungen auf und ergänzen die Reformen, die im Rahmen der verstärkten Überwachung kontrolliert werden. Am 29. Dezember 2021 hat Griechenland die erste Finanzhilfe aus der Aufbau- und Resilienzfazilität beantragt.
- (8) Am 24. November 2021 prüfte die Kommission die Übersicht über die Haushaltsplanung Griechenlands für 2022, wobei sie die weitere Anwendung der allgemeinen Ausweichklausel berücksichtigte und sich auf die Kohärenz mit den Empfehlungen des Rates vom 18. Juni 2021 konzentrierte. Der Bewertung der Kommission (9) zufolge dürfte Griechenland im Jahr 2022 einen unterstützenden haushaltspolitischen Kurs einschlagen. Entsprechend den

⁽⁴⁾ Mitteilung der Kommission über die wirtschaftspolitische Koordinierung im Jahr 2021: Überwindung von COVID-19, Unterstützung der Erholung und Modernisierung unserer Wirtschaft, COM(2021)500. Eingehende Überprüfung Griechenland, SWD(2021)403.

⁽⁵⁾ Warnmechanismus-Bericht 2022 (COM(2021) 741).

^(°) Quelle: Griechische Zentralbank, gemessen auf Einzelbasis.

^{(&}lt;sup>7</sup>) Europäische Kommission: Aktualisierter Bericht über die verstärkte Überwachung — Griechenland, November 2021 (COM(2021) 916).

⁽⁸⁾ Durchführungsbeschluss des Rates vom 13. Juli 2021 zur Billigung der Bewertung des Aufbau- und Resilienzplans Griechenlands.

^(*) Stellungnahme der Kommission zur Übersicht über die Haushaltsplanung Griechenlands, C(2021)9503.

DE

Empfehlungen des Rates sieht Griechenland weiterhin Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der Erholung vor und beabsichtigt, zusätzliche Investitionen aus Mitteln der Aufbau- und Resilienzfazilität zu finanzieren. Wie vom Rat empfohlen, plant Griechenland zudem, die national finanzierten Investitionen aufrechtzuerhalten. Angesichts des hohen gesamtstaatlichen Schuldenstands Griechenlands vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie und der großen Herausforderungen für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen auf mittlere Sicht ist es, wie die Kommission feststellte, wichtig, bei der Ergreifung unterstützender haushaltspolitischer Maßnahmen eine umsichtige Haushaltspolitik beizubehalten, um mittelfristig tragfähige öffentliche Finanzen zu gewährleisten. Die Kommission erinnerte ferner an die Bedeutung der Zusammensetzung der öffentlichen Finanzen und der Qualität der haushaltspolitischen Maßnahmen.

- (9) Griechenland ist seit Beginn der Pandemie an den Anleihemärkten präsent geblieben und hat 2021 mit einer Aufnahme von Anleihen in Höhe von 14 Mrd. EUR seinen Finanzierungsplan übererfüllt. Das Rating griechischer Staatsanleihen hat sich 2021 trotz der Pandemie weiter verbessert, wodurch der Abstand zum Rating "Investment grade" geringer geworden ist. Die aktuell günstigen Finanzierungsbedingungen werden durch die auf europäischer Ebene vereinbarten Liquiditätsmaßnahmen, einschließlich des Pandemie-Notfallankaufprogramms der Europäischen Zentralbank, unterstützt. Ausgehend von der im 12. Bericht über die verstärkte Überwachung enthaltenen Schuldentragfähigkeitsanalyse dürfte der Bruttofinanzierungsbedarf des Staates auf kurze Sicht hoch bleiben, was hauptsächlich auf das für 2021 wie für 2022 prognostizierte hohe Primärdefizit und die Erfassung der Finanzierungsströme aus der im Aufbau- und Resilienzplan vorgesehenen Darlehensfazilität zurückzuführen ist, wenngleich der zusätzliche Finanzierungsbedarf für Letztere durch die unterstellte Auszahlung des Darlehens aus der Aufbau- und Resilienzfazilität gedeckt sein dürfte. Für die darauffolgenden Jahre wird ein moderater Finanzierungsbedarf erwartet, der bis 2030 unter 15 % des BIP bleiben dürfte. Griechenland hält weiterhin einen hohen Liquiditätspuffer aufrecht, der das Land vor kurzfristigen Schwankungen schützt.
- Der griechische Bankensektor ist seit Ende des Programms des Europäischen Stabilitätsmechanismus stabiler und schockresistenter geworden, doch bestehen nach wie vor Altlasten und erhebliche Grundsatzprobleme, die durch die Folgen des Covid-Ausbruchs noch verstärkt werden. Die Einlagen nehmen nach wie vor stetig zu und die Banken sorgen weiterhin für angemessene Liquidität und nutzen hierfür die akkommodierende Geldpolitik. Der Anteil notleidender Kredite im Bankensektor ist von 40,6 % im Dezember 2019 (10) auf 15 % im September 2021 und damit merklich zurückgegangen, was hauptsächlich auf Verbriefungen im Rahmen des Verbriefungsprogramms "Hercules" zurückzuführen ist. Weitere geplante Transaktionen im Rahmen der Regelung dürften die griechischen Banken in ihren Bemühungen unterstützen, den Anteil notleidender Kredite 2022 auf einen einstelligen Wert zu senken, wenngleich dieser immer noch über dem EU-Durchschnitt bleiben dürfte. Das Risiko erheblicher negativer Auswirkungen auf die Qualität der Vermögenswerte infolge des Auslaufens der Maßnahmen für Schuldenmoratorien ist bislang nicht eingetreten. Dennoch bestehen nach wie vor Abwärtsrisiken, die 2022 nach Wegfall der verbliebenen staatlichen Unterstützungsprogramme eintreten könnten. Die Fähigkeit, Schulden zurückzuzahlen, ist sowohl bei privaten Haushalten als auch bei nicht finanziellen Kapitalgesellschaften nach wie vor gering, während der unterentwickelte Kapitalmarkt den Zugang der Unternehmen zu nicht schuldenbasierten Finanzierungen einschränkt. Die Verbriefungen notleidender Kredite führen zu einem erhöhten Rückstellungsbedarf, der die Rentabilität und die Kapitalposition der Banken kurzfristig belastet, es den Banken aber ermöglichen wird, ihre Risikokosten in Zukunft zu senken und in ihren Bilanzen Platz für neue Kredite zu schaffen. Die finanzielle Verknüpfung von Staat und Banken hat sich während der Pandemie akzentuiert, und die Gesamtqualität des Eigenkapitals der Banken ist nach wie vor gering, doch wurden 2021 einige erfolgreiche Maßnahmen zur Kapitalerhöhung durchgeführt. Die Behörden setzen sich weiterhin für einschlägige Reformen des Finanzsektors ein, wie Verbesserungen der Funktionsweise des neuen Insolvenzrahmens, der im Juni 2021 in Kraft getreten ist und nun durch die entsprechende elektronische Infrastruktur unterstützt wird. Die jüngste Verabschiedung einer umfassend überarbeiteten Zivilprozessordnung dürfte auch die Effizienz der Vollstreckungsverfahren, einschließlich der Durchführung elektronischer Auktionen, erhöhen. Gleichzeitig werden die Arbeiten zur Verbesserung der Funktionalität der Plattform für elektronische Auktionen und zur Abarbeitung des Rückstands bei den Haushaltsinsolvenzen und der in Anspruch genommenen Staatsbürgschaften fortgesetzt. Die Auswirkungen dieser Reformen werden davon abhängen, dass sie rechtzeitig und konsequent umgesetzt werden. Positiv ist zu vermerken, dass der Schuldenvollstreckungsprozess nach den pandemiebedingten Unterbrechungen der Gerichtsverfahren wieder aufgenommen wurde.
- Oarüber hinaus haben die Behörden eine Reihe weiterer wichtiger zugesagter Reformen verabschiedet, die für die Bekämpfung der Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Griechenlands relevant sind, ungeachtet der Verzögerungen in einigen Bereichen, die zum Teil durch die Pandemie und in jüngerer Zeit auch durch die Waldbrände im Sommer 2021 verursacht wurden. Insbesondere wurde für die Behörde für öffentliche Einnahmen eine Gehaltsreform durchgeführt, dank der sie qualifiziertes Personal anziehen und halten kann. Auch die Systeme zur Rechnungsführung und zur Überwachung der Kassenmittel wurden verbessert. Die Behörden haben den Anteil der zentralisierten Beschaffung im Gesundheitswesen weiter erheblich ausgeweitet und von den Leistungserbringern weiterhin alle Mehrausgaben, die über die gesetzlich festgelegten Ausgabenobergrenzen hinausgehen, zurückgefordert. Sie schlossen auch die Einführung der sozialen Grundsicherung ab und führten eine Überprüfung der Subventionsregelungen für den öffentlichen Nahverkehr durch. Diese Maßnahmen dürften die Effizienz der

⁽¹⁰⁾ Quelle: Griechische Zentralbank, gemessen auf Einzelbasis.

öffentlichen Ausgaben und der Steuererhebung steigern und damit zum weiteren Abbau der hohen Schuldenquote beitragen. Es wird erwartet, dass der Arbeitsmarkt von den Maßnahmen gegen Schwarzarbeit und einer geordneten Umsetzung der Aktualisierungen des Mindestlohns profitieren wird. Darüber hinaus hat die Regierung die Reform des Energiesektors abgeschlossen und Rechtsvorschriften über die Erteilung von Investitionsgenehmigungen verabschiedet, mit denen die einschlägigen Verfahren vereinfacht werden sollen. Ferner führten die Behörden Umweltkriterien ein, die mit den EU-Rechtsvorschriften für die Bewertung wirtschaftlicher Tätigkeiten harmonisiert wurden, und erhöhten die Transparenz des Rahmens für die Kontrolle von Wirtschaftszweigen und Produktmärkten. All dies dürfte das verarbeitende Gewerbes wesentlich entlasten und private Investitionen, Ausfuhren und künftiges Produktivitätswachstum unterstützen. Zudem schlossen die Behörden eine Reihe Vorzeigeprivatisierungsprojekte erfolgreich ab und verbessern kontinuierlich die Führung staatseigener Unternehmen. Es wird erwartet, dass die Effizienz des öffentlichen Sektors durch Reformen zur Stärkung der Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht der höheren Führungsebene und die kontinuierliche Durchführung der Leistungsbewertung von Beamten weiter unterstützt wird. Eine Reihe spezifischer Verpflichtungen sind noch nicht erfüllt, und die Behörden erzielen weitere Fortschritte bei ihrer vollständigen Umsetzung. (11) Die im Rahmen der verstärkten Überwachung durchgeführten Reformen wurden durch umfassendere Strukturreformen ergänzt, unter anderem in Bezug auf den Rahmen für die Vergabe öffentlicher Aufträge, den Zugang zu digitalen öffentlichen Dienstleistungen, die Bildung, die Verwaltung öffentlicher Investitionen oder Reformen zur Verbesserung der Koordinierung auf zentralstaatlicher Ebene.

- (12) Die Kommission ist daher der Auffassung, dass die Bedingungen für eine verstärkte Überwachung nach Artikel 2 der Verordnung (EU) Nr. 472/2013 zwar erheblich an Gewicht verloren haben, aber noch immer gegeben sind. Insbesondere hat sich die Finanzstabilität Griechenlands zwar konsolidiert, aber es bestehen weiterhin Abwärtsrisiken. Gleichzeitig ist das Risiko von Ausstrahlungseffekten auf andere Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets deutlich zurückgegangen.
- (13) Aus diesem Grund muss Griechenland die im Anhang der Erklärung der Eurogruppe vom 22. Juni 2018 aufgeführten Maßnahmen abschließen, um gegen die Ursachen oder potenziellen Ursachen der Schwierigkeiten anzugehen und eine robuste und nachhaltige wirtschaftliche Erholung zu unterstützen.
- (14) Um Restrisiken anzugehen und die Einhaltung der entsprechenden Verpflichtungen zu überwachen, scheint es erforderlich und angemessen, die verstärkte Überwachung Griechenlands gemäß Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 472/2013 fortzusetzen.
- (15) Mit Schreiben vom 21. Dezember 2021 wurde Griechenland Gelegenheit gegeben, zur Bewertung der Kommission Stellung zu nehmen. In seiner Antwort vom 10. Januar 2022 schloss sich Griechenland der Bewertung der wirtschaftlichen Herausforderungen, die die Grundlage für die Fortsetzung der verstärkten Überwachung bildet, im Großen und Ganzen an.
- (16) Griechenland wird weiterhin technische Unterstützung im Rahmen des Instruments für technische Unterstützung erhalten, mit dem die Mitgliedstaaten insbesondere bei der Ausarbeitung und Umsetzung ihrer Aufbau- und Resilienzpläne unterstützt werden.
- (17) Die Kommission wird im Rahmen ihres Frühwarnsystems bei der Durchführung der verstärkten Überwachung eng mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus zusammenarbeiten —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die mit dem Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1192 aktivierte verstärkte Überwachung Griechenlands nach Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 472/2013 wird mit Wirkung vom 21. Februar 2022 um weitere sechs Monate verlängert.

Artikel 2

Dieser Beschluss ist an die Hellenische Republik gerichtet.

⁽¹¹⁾ Siehe z. B. Europäische Kommission: Aktualisierter Bericht über die verstärkte Überwachung — Griechenland, Juni 2021 (COM(2021) 916) und Durchführungsbeschluss des Rates vom 13. Juli 2021 zur Billigung der Bewertung des Aufbau- und Resilienzplans Griechenlands sowie zugehörige Bewertung der Kommission (SWD(2021)155).

Brüssel, den 15. Februar 2022

Für die Kommission Paolo GENTILONI Mitglied der Kommission

BESCHLUSS (GASP) 2022/217 DES POLITISCHEN UND SICHERHEITSPOLITISCHEN KOMITEES

vom 15. Februar 2022

zur Ernennung des Befehlshabers der EU-Einsatzkräfte für die Militäroperation der Europäischen Union als Beitrag zur Abschreckung, Verhütung und Bekämpfung von seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen vor der Küste Somalias (Atalanta) und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2022/41 (ATALANTA/3/2022)

DAS POLITISCHE UND SICHERHEITSPOLITISCHE KOMITEE —

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 38,

gestützt auf die Gemeinsame Aktion 2008/851/GASP des Rates vom 10. November 2008 über die Militäroperation der Europäischen Union als Beitrag zur Abschreckung, Verhütung und Bekämpfung von seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen vor der Küste Somalias (¹), insbesondere auf Artikel 6 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit Artikel 6 Absatz 1 der Gemeinsamen Aktion 2008/851/GASP hat der Rat das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) ermächtigt, die entsprechenden Beschlüsse zur Ernennung des Befehlshabers der EU-Einsatzkräfte für die Militäroperation der Europäischen Union als Beitrag zur Abschreckung, Verhütung und Bekämpfung von seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen vor der Küste Somalias (Atalanta) (im Folgenden "Befehlshaber der EU-Einsatzkräfte") zu fassen.
- (2) Das PSK hat am 10. Januar 2022 den Beschluss (GASP) 2022/41 (²) erlassen, mit dem Flottillenadmiral João Paulo SILVA PEREIRA zum Befehlshaber der EU-Einsatzkräfte ernannt wurde.
- (3) Der Befehlshaber der EU-Operation für Atalanta hat empfohlen, Kapitän (zur See) Fabrizio BONDI zum neuen Befehlshaber der EU-Einsatzkräfte ab dem 17. März 2022 zu ernennen. Die italienischen Behörden haben mitgeteilt, dass Kapitän (zur See) Fabrizio BONDI nach seiner Ernennung zum Befehlshaber der EU-Einsatzkräfte zum Konteradmiral befördert wird.
- (4) Am 17. Januar 2022 hat der EU-Militärausschuss dieser Empfehlung zugestimmt.
- (5) Der Beschluss (GASP) 2022/41 sollte daher aufgehoben werden.
- (6) Nach Artikel 5 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten Protokolls Nr. 22 über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Ausarbeitung und Durchführung von Beschlüssen und Maßnahmen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Konteradmiral Fabrizio BONDI wird mit Wirkung ab dem 17. März 2022 zum Befehlshaber der EU-Einsatzkräfte für die Militäroperation der Europäischen Union als Beitrag zur Abschreckung, Verhütung und Bekämpfung von seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen vor der Küste Somalias (Atalanta) ernannt.

Artikel 2

Der Beschluss (GASP) 2022/41 wird aufgehoben.

⁽¹⁾ ABl. L 301 vom 12.11.2008, S. 33.

^(*) Beschluss (GASP) 2022/41 des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees vom 10. Januar 2022 zur Ernennung des Befehlshabers der EU-Einsatzkräfte für die Militäroperation der Europäischen Union als Beitrag zur Abschreckung, Verhütung und Bekämpfung von seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen vor der Küste Somalias (Atalanta) und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2021/1184 (ATALANTA/1/2022) (ABI. L 9 vom 14.1.2022, S. 1).

| A | 1 1 | 1 1 |
|--------|-----|-------|
| Δ 1/T1 | nn | ١ - ٢ |
| Arti | KC. | , , |

Dieser Beschluss tritt am 17. März 2022 in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 15. Februar 2022.

Im Namen des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees Die Vorsitzende D. PRONK

BESCHLUSS (GASP) 2022/218 DES RATES

vom 17. Februar 2022

zur Änderung des Beschlusses 2012/642/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag über die Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 29,

auf Vorschlag des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Rat hat am 15. Oktober 2012 den Beschluss 2012/642/GASP (¹) über restriktive Maßnahmen gegen Belarus erlassen
- (2) Der Rat hat am 24. Juni 2021 den Beschluss (GASP) 2021/1031 (2) erlassen, mit dem der Beschluss 2012/642/GASP geändert wurde und spezifische sektorale Beschränkungen eingeführt wurden.
- (3) Bestimmte Präzisierungen sind erforderlich, um die ordnungsgemäße Anwendung dieser spezifischen sektoralen Beschränkungen zu gewährleisten.
- (4) Der Beschluss 2012/642/GASP sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der Beschluss 2012/642/GASP wird wie folgt geändert:

- 1. Artikel 2d Absatz 4 erhält folgende Fassung:
 - "(4) Die Verbote gemäß den Absätzen 1 und 2 gelten nicht für die Ausfuhr, den Verkauf, die Lieferung oder die Verbringung von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck oder die damit verbundene Erbringung technischer oder Finanzhilfe, für die Erhaltung und Sicherheit vorhandener ziviler nuklearer Kapazitäten."
- 2. Artikel 2f wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:
 - "(1) Es ist verboten, Erdölerzeugnisse und gasförmige Kohlenwasserstofferzeugnisse unmittelbar oder mittelbar aus Belarus zu erwerben, einzuführen oder weiterzugeben."
 - b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:
 - "(4) Die Verbote nach Absatz 1 gelten nicht für den Erwerb von Erdölerzeugnissen und gasförmigen Kohlenwasserstofferzeugnissen in Belarus, die benötigt werden, um den Grundbedarf des Käufers in Belarus oder humanitärer Projekte in Belarus zu decken."
 - c) folgender Absatz wird angefügt:
 - "(6) Die Verbote nach den Absätzen 1 und 2 berühren nicht die Freiheit der Durchfuhr von Erdölerzeugnissen und gasförmigen Kohlenwasserstoffen mit Ursprung in einem Drittland durch Belarus."
- 3. Artikel 2h Buchstaben a bis d erhalten folgende Fassung:
 - "a) der Republik Belarus, ihrer Regierung oder ihren öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen oder Agenturen;

⁽¹) Beschluss 2012/642/GASP des Rates vom 15. Oktober 2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus (ABl. L 285 vom 17.10.2012, S. 1).

⁽²) Beschluss (GASP) 2021/1031 des Rates vom 24. Juni 2021 zur Änderung des Beschlusses 2012/642/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus (ABl. L 224 I vom 24.6.2021, S. 15).

- b) einem größeren Kreditinstitut, das in Belarus niedergelassen ist und sich mit Wirkung vom 1. Juni 2021 zu über 50 % in öffentlicher Inhaberschaft oder unter öffentlicher Kontrolle befand, wie in Anhang III aufgeführt;
- c) einer juristischen Person, Organisation oder Einrichtung, die außerhalb der Union niedergelassen ist und deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der in Buchstaben a und b dieses Artikels aufgeführten Organisationen gehalten werden;
- d) einer natürlichen oder juristischen Person, Organisation oder Einrichtung, die im Namen oder auf Weisung einer der unter den Buchstaben a, b oder c dieses Artikels aufgeführten Organisationen handelt."
- 4. Artikel 2i Absatz 1 Buchstaben a bis d erhalten folgende Fassung:
 - "a) die Republik Belarus, ihre Regierung oder ihre öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen oder Agenturen;
 - b) ein größeres Kreditinstitut, das in Belarus niedergelassen ist und sich mit Wirkung vom 1. Juni 2021 zu über 50 % in öffentlicher Inhaberschaft oder unter öffentlicher Kontrolle befand, wie in Anhang III aufgeführt;
 - c) eine juristische Person, Organisation oder Einrichtung, die außerhalb der Union niedergelassen ist und deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der in Buchstaben a und b dieses Absatzes aufgeführten Organisation gehalten werden;
 - d) eine natürliche oder juristische Person, Organisation oder Einrichtung, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter den Buchstaben a, b oder c dieses Absatzes aufgeführten Organisation handelt."
- 5. Artikel 2j Absatz 1 erhält folgende Fassung:
 - "(1) Es ist untersagt, Versicherungs- oder Rückversicherungsleistungen zu erbringen für
 - a) die Republik Belarus, ihre Regierung oder ihre öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen oder Agenturen;
 - b) jedwede natürliche oder juristische Person, Organisation oder Einrichtung, die im Namen oder auf Anweisung einer in Buchstabe a aufgeführten juristischen Person, Organisation oder Einrichtung handelt."
- 6. Folgender Artikel wird eingefügt:

"Artikel 2n

- (1) Ansprüche im Zusammenhang mit Verträgen oder Geschäften, deren Erfüllung bzw. Durchführung von den mit diesem Beschluss verhängten Maßnahmen unmittelbar oder mittelbar, ganz oder teilweise berührt wird, einschließlich Schadensersatzansprüchen und ähnlichen Ansprüchen, wie etwa Entschädigungsansprüche oder Garantieansprüche, vor allem Ansprüche auf Verlängerung oder auf Zahlung einer Schuldverschreibung, einer Garantie oder eines Schadensersatzanspruchs, insbesondere einer finanziellen Garantie oder eines finanziellen Schadensersatzanspruchs in jeglicher Form, werden nicht erfüllt, sofern sie geltend gemacht werden von:
- a) jedweder in den Artikeln 2h, 2i, 2j oder in Anhang II aufgeführten natürlichen oder juristischen Person, Organisation oder Einrichtung;
- b) jedweder sonstigen belarussischen Person, Organisation oder Einrichtung;
- c) jedweder natürlichen oder juristischen Person, Organisation oder Einrichtung, die über eine der unter Buchstabe a oder b aufgeführten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen oder in deren Namen handelt."
- 7. In Artikel 3 Absätze 1 und 8, Artikel 4 Absätze 1 und 2 und Artikel 5 Absatz 1 wird das Wort "Anhang" durch das Wort "Anhang I" ersetzt.
- 8. Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe f erhält folgende Fassung:
 - "f) ausschließlich bestimmt sind für:
 - i) humanitäre Zwecke, zur Evakuierung oder Rückbeförderung von Personen oder für Initiativen zur Bereitstellung von Unterstützung für Opfer von Natur- oder Nuklearkatastrophen oder von Chemieunfällen,
 - ii) die Durchführung von Flügen im Rahmen internationaler Adoptionsverfahren,

- iii) die Durchführung von Flügen, die für die Teilnahme an Treffen erforderlich sind, deren Ziel eine Lösung der Krise in Belarus oder die Unterstützung der mit den restriktiven Maßnahmen verfolgten politischen Ziele ist,
- iv) eine Notlandung, einen Notstart oder einen Notüberflug eines EU-Luftverkehrsunternehmens, oder"
- 9. In Artikel 5 wird der folgende Absatz angefügt:
 - "(4) Abweichend von Artikel 4 Absatz 1 können die zuständigen Behörden eines Mitgliedstaats die Freigabe bestimmter eingefrorener Gelder oder wirtschaftlicher Ressourcen genehmigen, sofern die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:
 - a) Die Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen sind Gegenstand einer schiedsgerichtlichen Entscheidung, die vor dem Datum, an dem die in Artikel 4 genannte natürliche oder juristische Person, Organisation oder Einrichtung in Anhang I aufgenommen wurde, ergangen ist, oder einer vor oder nach diesem Datum in der Union ergangenen gerichtlichen oder behördlichen Entscheidung oder im betreffenden Mitgliedstaat vollstreckbaren gerichtlichen Entscheidung;
 - b) die Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen werden im Rahmen der geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über die Rechte des Gläubigers ausschließlich für die Erfüllung der Forderungen verwendet, die durch eine solche Entscheidung gesichert sind oder deren Bestand in einer solchen Entscheidung bestätigt worden ist;
 - c) die Entscheidung kommt nicht einer in Anhang I aufgeführten natürlichen oder juristischen Person, Organisation oder Einrichtung zugute; und
 - d) die Anerkennung der Entscheidung steht nicht im Widerspruch zur öffentlichen Ordnung des betreffenden Mitgliedstaats.

Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Absatz erteilte Genehmigung."

- 10. In Artikel 6 Absatz 1 wird das Wort "Anhang" durch die Worte "Anhang I, Anhang II und Anhang III" ersetzt.
- 11. Folgender Artikel wird eingefügt:

"Artikel 6a

- (1) Der Rat und der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (im Folgenden 'Hoher Vertreter') dürfen personenbezogene Daten verarbeiten, um ihre Aufgaben nach diesem Beschluss zu erfüllen, insbesondere
- a) im Fall des Rates für die Ausarbeitung und Durchführung von Änderungen des Anhangs I,
- b) im Fall des Hohen Vertreters für die Ausarbeitung von Änderungen des Anhangs I.
- (2) Der Rat und der Hohe Vertreter dürfen einschlägige Daten, die Straftaten der in der Liste geführten natürlichen Personen sowie strafrechtliche Verurteilungen oder Sicherungsmaßregeln im Zusammenhang mit diesen Personen betreffen, gegebenenfalls nur in dem Umfang verarbeiten, in dem dies für die Ausarbeitung des Anhangs I erforderlich ist.
- (3) Für die Zwecke dieses Beschlusses werden der Rat und der Hohe Vertreter jeweils zu 'Verantwortlichen' im Sinne des Artikels 3 Nummer 8 der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates (*) bestimmt, um sicherzustellen, dass die betroffenen natürlichen Personen ihre Rechte gemäß der Verordnung (EU) 2018/1725 ausüben können.

Artikel 7a

Natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen können für ihre Handlungen nicht haftbar gemacht werden, wenn sie nicht wussten und keinen vernünftigen Grund zu der Annahme hatten, dass sie mit ihrem Handeln gegen die Maßnahmen nach diesem Beschluss verstoßen.

^(*) Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39)."

12. Anhang III wird nach Maßgabe des Anhangs des vorliegenden Beschlusses geändert.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 17. Februar 2022.

Im Namen des Rates Der Präsident J.-Y. LE DRIAN

ANHANG

Anhang III erhält folgende Fassung:

"ANHANG III

LISTE DER GRÖSSEREN KREDITINSTITUTE NACH DEN ARTIKELN 2h UND 2i

Entwicklungsbank der Republik Belarus

Belarusbank

Belinvestbank (Belarussische Bank für Entwicklung und Wiederaufbau)

Belagoprombank

Bank Dabrabyt"

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2022/219 DER KOMMISSION

vom 11. Februar 2022

zur Festlegung einer Verfahrensordnung für die nach Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 vorgesehene Prüfung der Rechtmäßigkeit von einem Dritten Schaden zufügenden Handlungen von Exekutivagenturen infolge einer diesbezüglichen Beschwerde bei der Kommission durch eine unmittelbar oder individuell betroffene Person

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates (1), insbesondere auf Artikel 22 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 kann die Kommission ersucht werden, die Rechtmäßigkeit der Handlungen einer Exekutivagentur, die einem Dritten Schaden zufügen, zu prüfen.
- (2) Nachdem die Kommission von den Argumenten des betroffenen Dritten und der Exekutivagentur Kenntnis genommen hat, muss sie innerhalb von zwei Monaten einen Beschluss fassen.
- (3) In ihrem endgültigen Beschluss nach Artikel 22 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 kann die Kommission die Handlung der Exekutivagentur entweder aufrechterhalten oder aber die Exekutivagentur anweisen, die Handlung teilweise oder vollständig zu ändern.
- (4) Die betreffende Exekutivagentur ist nach Artikel 22 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 gehalten, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen um dem Beschluss der Kommission Folge zu leisten.
- (5) Nach ihrer Prüfung kann die Kommission die Ausführung der betreffenden Handlung aussetzen oder vorläufige Maßnahmen erlassen, wenn die Rechte der Partei, die die Rechtmäßigkeitsprüfung beantragt hat, gefährdet sein könnten.
- (6) Die gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass eine Verfahrensordnung für die Prüfung der Rechtmäßigkeit von Handlungen von Exekutivagenturen nach Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 festgelegt werden muss
- (7) Diese Verfahrensordnung sollte weder auf von der Kommission von Amts wegen durchgeführte Prüfungsverfahren nach Artikel 22 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 noch auf nach Artikel 22 Absatz 1 dieser Verordnung von Mitgliedstaaten eingeleitete Verfahren Anwendung finden.
- (8) Diese Verfahrensordnung wird durch den Anhang zum Beschluss der Kommission zur Festlegung von Leitlinien für die Einrichtung und den Dienstbetrieb von Exekutivagenturen, die aus dem EU-Haushalt und aus anderen Quellen finanziert werden, ergänzt —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verfahrensordnung für die Prüfung der Rechtmäßigkeit von Handlungen von Exekutivagenturen durch die Kommission nach Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 ist im Anhang festgelegt.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am 20. Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Brüssel, den 11. Februar 2022

Für die Kommission Die Präsidentin Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

Verfahrensordnung für die nach Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 vorgesehene Prüfung der Rechtmäßigkeit von einem Dritten Schaden zufügenden Handlungen von Exekutivagenturen infolge einer diesbezüglichen Beschwerde bei der Kommission durch eine unmittelbar oder individuell betroffene Person

Artikel 1

Gegenstand

- (1) Diese Verfahrensordnung gilt für Verfahren, die von einer unmittelbar oder individuell betroffenen Person (im Folgenden "Beschwerdeführer") gemäß Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 eingeleitet werden und auf die Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Handlung im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 dieser Verfahrensordnung abzielen (im Folgenden "Verfahren zur Prüfung der Rechtmäßigkeit").
- (2) Diese Verfahrensordnung findet weder auf von der Kommission von Amts wegen durchgeführte Prüfungsverfahren nach Artikel 22 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 noch auf nach Artikel 22 Absatz 1 dieser Verordnung von Mitgliedstaaten eingeleitete Verfahren Anwendung.

Artikel 2

Geltungsbereich

- (1) Das Verfahren zur Prüfung der Rechtmäßigkeit gilt für folgende Handlungen einer Exekutivagentur in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsbehörde:
- a) Ablehnung eines Finanzhilfeantrags;
- b) Ablehnung eines Angebots oder eines Antrags auf Teilnahme an einem Angebot im Rahmen eines Vergabeverfahrens;
- c) Ablehnung eines im Rahmen eines Wettbewerbs zur Vergabe eines Preisgelds eingereichten Antrags;
- d) Verweigerung der Validierung eines Rechtsträgers oder eines bestimmten Rechtsstatus im Teilnehmerregister sowie Bewertungen der finanziellen oder operativen Leistungsfähigkeit der Antragsteller.
- (2) Das Verfahren zur Prüfung der Rechtmäßigkeit beschränkt sich auf die Überprüfung folgender Punkte:
- a) Rechts- und Verfahrensfehler wie Fehler im Evaluierungsverfahren oder unzureichende Begründung der der Rechtmäßigkeitsprüfung unterliegenden Handlung;
- b) offensichtliche Bewertungsfehler, die das Gesamtergebnis der der Rechtmäßigkeitsprüfung unterliegenden Handlung beeinflussen;
- c) sachliche Fehler, die das Gesamtergebnis der der Rechtmäßigkeitsprüfung unterliegenden Handlung beeinflussen;
- d) Missbrauch der Amtsgewalt.
- (3) Das Verfahren zur Prüfung der Rechtmäßigkeit wird nicht bei Fragen angewendet, die im Ermessen der Exekutivagentur liegen, wie z.B. der Bewertung der Qualität der Vorschläge, Anträge oder Angebote.

Artikel 3

Zuständige Dienststelle

Die für das Verfahren zur Prüfung der Rechtmäßigkeit zuständige Dienststelle ist die Generaldirektion, die für die Übertragung der Haushaltsvollzugsaufgaben eines Programms oder eines Programmteils an die betreffende Exekutivagentur verantwortlich ist.

Artikel 4

Empfangsbestätigung und Registrierung

- (1) Der Eingang des Antrags auf Prüfung der Rechtmäßigkeit wird durch eine registrierte Empfangsbestätigung bestätigt.
- (2) Nur vollständige Anträge werden registriert. Die Anträge auf Prüfung der Rechtmäßigkeit gelten als vollständig, wenn sie alle folgenden Bedingungen erfüllen:
- a) schriftliche Einreichung;
- b) Übermittlung über einen oder mehrere in der angefochtenen Handlung angegebenen Verwaltungskanäle;
- c) Angabe des Beschwerdeführers, der angefochtenen Handlung und der Gründe für die Prüfung.
- (3) Der Antrag umfasst höchstens 7 000 Zeichen (einschließlich Leerzeichen, Zeilenumbrüche und Zeilenvorschübe).
- (4) Ist der Antrag unvollständig oder überschreitet er die in Absatz 3 dieses Artikels festgelegte Höchstzahl von Zeichen, so fordert die zuständige Dienststelle den Beschwerdeführer auf, ihn innerhalb einer Frist von zwei Wochen zu vervollständigen oder zu ändern. Die Registrierung erfolgt nach Einreichung des vollständigen Antrags.
- (5) Vervollständigt oder ändert der Beschwerdeführer seinen Antrag nicht innerhalb der Zweiwochenfrist, so gilt der Antrag als zurückgezogen und der Vorgang wird geschlossen.

Artikel 5

Zulässigkeit von Anträgen

Die Anträge auf Prüfung der Rechtmäßigkeit gelten als zulässig, wenn sie alle folgenden Bedingungen erfüllen:

- a) Einreichung durch eine natürliche oder juristische Person, die von der angefochtenen Handlung unmittelbar oder individuell betroffen ist;
- (b) Einreichung innerhalb eines Monats, gerechnet ab dem Tag, an dem der Beschwerdeführer von der angefochtenen Handlung Kenntnis erlangt hat;
- (c) Bezug auf Handlungen, die in den Anwendungsbereich von Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 fallen.

Artikel 6

Ersuchen um Erläuterung und zusätzliche Informationen

- (1) Ist der Antrag auf Prüfung der Rechtmäßigkeit unklar oder werden zusätzliche Informationen benötigt, so fordert die zuständige Dienststelle den Beschwerdeführer auf, innerhalb von fünf Arbeitstagen den Antrag zu erläutern oder diese zusätzlichen Informationen vorzulegen.
- (2) Ersuchen um Erläuterung oder zusätzliche Informationen rechtfertigen nicht das Vorbringen neuer Gründe oder Argumente, es sei denn, diese stützen sich auf neue Elemente oder Beweise, von denen der Beschwerdeführer nach Einreichung des Antrags auf Prüfung der Rechtmäßigkeit Kenntnis erlangt hat.

Artikel 7

Parallele Beschwerden

(1) Wurde der Antrag auf Prüfung der Rechtmäßigkeit parallel zu einem Antrag auf ein Verfahren zur internen verwaltungsrechtlichen Überprüfung innerhalb der Exekutivagentur gestellt und betreffen beide Anträge dieselbe Handlung der Exekutivagentur, so wird das Verfahren zur Prüfung der Rechtmäßigkeit ausgesetzt, bis das Verfahren zur verwaltungsrechtlichen Überprüfung innerhalb der Exekutivagentur abgeschlossen ist.

(2) Bestätigt das Verfahren zur internen verwaltungsrechtlichen Überprüfung innerhalb der Exekutivagentur die angefochtene Handlung, so wird das Verfahren zur Prüfung der Rechtmäßigkeit wieder aufgenommen, wenn der Beschwerdeführer innerhalb eines Monats, gerechnet ab dem Datum der Bestätigung der angefochtenen Handlung durch die Exekutivagentur, bestätigt, dass er den Antrag auf Prüfung der Rechtmäßigkeit aufrechterhält.

Bestätigt der Beschwerdeführer den Antrag, so erstreckt sich das Verfahren zur Prüfung der Rechtmäßigkeit sowohl auf die ursprünglich angefochtene Handlung als auch auf die von der Exekutivagentur nach dem Verfahren zur internen verwaltungsrechtlichen Überprüfung ergriffene Handlung.

Bestätigt der Beschwerdeführer seinen Antrag nicht, so gilt er als zurückgezogen und der Vorgang wird ohne weitere Mitteilung geschlossen.

(3) Bestätigt das Verfahren zur internen verwaltungsrechtlichen Überprüfung innerhalb der Exekutivagentur die angefochtene Handlung nicht, so gilt das Verfahren zur Prüfung der Rechtmäßigkeit als gegenstandslos und der Vorgang wird ohne weitere Mitteilung abgeschlossen.

Artikel 8

Aussetzung und vorläufige Maßnahmen

- (1) Durch das Verfahren zur Prüfung der Rechtmäßigkeit wird die angefochtene Handlung nur ausgesetzt, wenn die Kommission dies beschließt.
- (2) Beschlüsse über Anträge auf vorläufige Maßnahmen und die Aussetzung der Durchführung der angefochtenen Handlung fasst die Kommission unter Berücksichtigung der Art der angefochtenen Handlung, der Plausibilität des Vorbringens und seiner Dringlichkeit.
- (3) Die Durchführung der angefochtenen Handlung wird nicht ausgesetzt bzw. vorläufige Maßnahmen werden nicht angeordnet, wenn die Rechte des Beschwerdeführers bis zum Erlass des Beschlusses über die Rechtmäßigkeitsprüfung gewahrt sind oder gewahrt werden können.
- (4) Wird die Durchführung der angefochtenen Handlung ausgesetzt oder werden vorläufige Maßnahmen angeordnet, so trifft die Exekutivagentur alle erforderlichen Maßnahmen, um diesen Beschlüssen nachzukommen.

Artikel 9

Stellungnahme der Exekutivagentur

- (1) Der Antrag auf Prüfung der Rechtmäßigkeit wird der Exekutivagentur nach seiner Registrierung übermittelt. Die Exekutivagentur wird aufgefordert, innerhalb von fünf Arbeitstagen Stellung zu nehmen.
- (2) Sind zusätzliche Informationen erforderlich, wird die Exekutivagentur aufgefordert, ihre Stellungnahme zu erläutern.

Artikel 10

Frist für die Beschlussfassung

- (1) Der Beschluss der Kommission über die Rechtmäßigkeitsprüfung wird dem Beschwerdeführer und der Exekutivagentur innerhalb von zwei Monaten, gerechnet ab dem Tag nach dem Registrierungsdatum oder im Falle paralleler Beschwerden gemäß Artikel 7 ab dem Ende der Aussetzung des Antrags auf Prüfung der Rechtmäßigkeit, mitgeteilt.
- (2) Ein nach Ablauf der Zweimonatsfrist mitgeteilter Beschluss ersetzt jede stillschweigende Ablehnung gemäß Artikel 22 Absatz 1 Unterabsatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 58/2003.

Artikel 11

Bewertung und Beschlussfassungsverfahren

- (1) Eine faire, transparente und unparteiische Behandlung ist jederzeit unter gebührender Berücksichtigung vertraulicher Informationen zu gewährleisten. Jeder Austausch erfolgt schriftlich und beschränkt sich auf die Erläuterung der eingereichten Informationen. Anhörungen finden nicht statt.
- (2) Der Beschluss über die Rechtmäßigkeitsprüfung wird gemäß den Artikeln 12 bis 16 der Geschäftsordnung der Kommission (¹) erlassen. Alle Dienststellen der Kommission, die ein berechtigtes Interesse an dem Beschluss haben, werden im Rahmen einer förmlichen dienststellenübergreifenden Konsultation gemäß Artikel 23 der Geschäftsordnung konsultiert.
- (3) Die Rechtmäßigkeit der angefochtenen Handlung wird anhand der Argumente beider Parteien beurteilt.
- (4) Die Kommission kann beschließen
- a) den Antrag auf Prüfung der Rechtmäßigkeit als unzulässig abzulehnen;
- b) den Antrag auf Prüfung der Rechtmäßigkeit als unbegründet abzulehnen, da es keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass die angefochtene Handlung rechtswidrig war;
- c) den Antrag auf Prüfung der Rechtmäßigkeit abzulehnen, da sich der/die festgestellte(n) Fehler nicht auf das endgültige Ergebnis des von der Exekutivagentur gefassten Beschlusses ausgewirkt hat/haben;
- d) den Antrag auf Prüfung der Rechtmäßigkeit als begründet zu erachten.
- (5) In den unter den Buchstaben a, b und c genannten Fällen wird die angefochtene Handlung bestätigt. Im unter Buchstaben d genannten Fall wird die angefochtene Handlung aufgehoben.
- (6) Der Beschluss der Kommission erstreckt sich nicht auf Fragen im Zusammenhang mit der Rechtmäßigkeit der angefochtenen Handlung, die vom Beschwerdeführer nicht vorgebracht und nur von der Kommission während des Verfahrens zur Prüfung der Rechtmäßigkeit als problematisch erachtet wurden.
- (7) Der Beschluss der Kommission kann spezifische Anweisungen an die Exekutivagentur in Bezug auf erforderliche Folgemaßnahmen enthalten.

Artikel 12

Mitteilung und Folgemaßnahmen

- (1) Die Kommission unterrichtet den Beschwerdeführer und die Exekutivagentur über den Beschluss über die Rechtmäßigkeitsprüfung.
- (2) Hebt die Kommission die angefochtene Handlung auf, ergreift die Exekutivagentur unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen, um dem Beschluss nachzukommen. Die Exekutivagentur erstattet der zuständigen Dienststelle Bericht über die Umsetzung des Beschlusses.
- (3) Die Umsetzung wird von der zuständigen Dienststelle im Einklang mit dem Beschluss zur Übertragung von Befugnissen auf die Agentur überwacht und erforderlichenfalls beaufsichtigt.

⁽¹⁾ K(2000) 3614 (ABl. L 308 vom 8.12.2000, S. 26).

BESCHLUSS (EU) 2022/220 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 2022

über den Standpunkt der Europäischen Union, der in dem durch die Kooperationsvereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Schaffung eines Rahmens für eine verstärkte Zusammenarbeit eingesetzten Gemeinsamen Ausschuss im Hinblick auf die Annahme einer Arbeitsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Meldung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt zu vertreten ist, sowie über die Ernennung eines Vorsitzenden für die Europäische Union im Gemeinsamen Ausschuss

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf den Beschluss 2012/243/EU des Rates vom 8. März 2012 über den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Schaffung eines Rahmens für eine verstärkte Zusammenarbeit und zur Festlegung von Verfahrensregelungen (¹), insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

In Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Schaffung eines Rahmens für eine verstärkte Zusammenarbeit wurde am 28. April und 4. Mai 2011 in Montréal und Brüssel unterzeichnet. Die Kooperationsvereinbarung wurde ab dem Datum der letzten Unterzeichnung bis zu ihrem Inkrafttreten vorläufig angewandt.
- (2) Die Kooperationsvereinbarung wurde im Namen der Union mit Beschluss 2012/243/EU gebilligt. Die Kooperationsvereinbarung trat am 8. März 2012 in Kraft.
- (3) Nach Nummer 3.3 der Kooperationsvereinbarung können die Vertragsparteien Arbeitsvereinbarungen über die einvernehmlich vereinbarten Mechanismen und Verfahren treffen, die für die wirksame Durchführung der in den Anhängen der Kooperationsvereinbarung festgelegten Kooperationsmaßnahmen erforderlich sind.
- (4) Nach Nummer 7.1 der Kooperationsvereinbarung wird ein Gemeinsamer Ausschuss eingesetzt, der sich aus Vertretern jeder Vertragspartei zusammensetzt. Nach Nummer 7.3 Buchstabe c ist der Gemeinsame Ausschuss für die Annahme der Anhänge der Kooperations- und Arbeitsvereinbarung im Anwendungsbereich der Anhänge zuständig.
- (5) Auf der Grundlage der Arbeitsvereinbarung vom 21. September 2011 haben die Vertragsparteien im Bereich der Meldung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt erfolgreich zusammengearbeitet. Angesichts der Entwicklungen in diesem Bereich und insbesondere der Übernahme der einschlägigen Aufgaben der Gemeinsamen Forschungsstelle durch die Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit wird es als notwendig erachtet, die Arbeitsvereinbarung vom 21. September 2011 durch eine neue Arbeitsvereinbarung zwischen den Vertragsparteien über die Zusammenarbeit im Bereich der Meldung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt zu ersetzen. Die neue Arbeitsvereinbarung soll auf einer der nächsten Sitzungen des Gemeinsamen Ausschusses angenommen werden.
- (6) Nach Artikel 4 Absatz 1 des Beschlusses des Rates über den Abschluss der Kooperationsvereinbarung legt die Kommission nach Anhörung eines vom Rat ernannten Sonderausschusses und unter umfassender Berücksichtigung der von diesem abgegebenen Stellungnahme den von der Union im Gemeinsamen Ausschuss zu vertretenden Standpunkt hinsichtlich der Beschlüsse über Arbeitsvereinbarungen fest.
- (7) Der Sonderausschuss wurde am 25. Januar 2022 gehört.
- (8) Der von der Union im Gemeinsamen Ausschuss zu vertretende Standpunkt zur Annahme einer Arbeitsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Meldung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt sollte daher angenommen werden.

- (9) Nach Nummer 7.1 der Kooperationsvereinbarung wird der Vorsitz im Gemeinsamen Ausschuss von jeweils einem Vertreter der Vertragsparteien gemeinsam geführt. Nach Nummer 7.4 wird der Gemeinsame Ausschuss auf der Grundlage eines Einvernehmens zwischen den Vorsitzenden der Vertragsparteien tätig.
- (10) Daher sollte ein Vertreter der Union für den Vorsitz im Gemeinsamen Ausschuss ernannt werden —

BESCHLIEßT:

Artikel 1

Grundlage des Standpunkts der Europäischen Union, der in dem durch die Kooperationsvereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Schaffung eines Rahmens für eine verstärkte Zusammenarbeit eingesetzten Gemeinsamen Ausschuss im Hinblick auf die Annahme einer Arbeitsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Meldung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt zu vertreten ist, ist der Anhang zu diesem Beschluss.

Artikel 2

Für die Europäische Union wird für den Vorsitz in dem durch die Kooperationsvereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Schaffung eines Rahmens für eine verstärkte Zusammenarbeit eingesetzten Gemeinsamen Ausschuss der Generaldirektor der Generaldirektion Mobilität und Verkehr ernannt. Der Vorsitzende kann in Einzelfällen einen Stellvertreter benennen.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Brüssel, den 15. Februar 2022

Für die Kommission Adina-Ioana VĂLEAN Mitglied der Kommission

ANHANG

"BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN AUSSCHUSSES EU/ICAO vom XX.XX.202X über die Annahme einer Arbeitsvereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation über die Zusammenarbeit im Bereich der Meldung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt

DER GEMEINSAME AUSSCHUSS EU/ICAO —

gestützt auf die am 28. April und 4. Mai 2011 in Montréal und Brüssel unterzeichnete Kooperationsvereinbarung zwischen der Europäischen Union und der ICAO zur Schaffung eines Rahmens für eine verstärkte Zusammenarbeit, insbesondere auf Nummer 3.3 und Nummer 7.3 Buchstabe c,

gestützt auf den Anhang zur Kooperationsvereinbarung über Flugsicherheit, insbesondere auf Nummer 3.1,

gestützt auf den Globalen Flugsicherheitsplan der ICAO (GASP) (ICAO-Dok. 10004) und die globalen Sicherheitsinitiativen (GSI),

gestützt auf den globalen Fahrplan für Flugsicherheit (Global Aviation Safety Roadmap, GASR, 2006) zur Umsetzung des internationalen Datenaustauschs/globalen Datenmeldesystems,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 376/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die Meldung, Analyse und Weiterverfolgung von Ereignissen in der Zivilluftfahrt, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 996/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnungen (EG) Nr. 1321/2007 und (EG) Nr. 1330/2007 der Kommission (¹),

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 996/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über die Untersuchung und Verhütung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Richtlinie 94/56/EG (²),

gestützt auf die Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2111/2005, (EG) Nr. 1008/2008, (EU) Nr. 996/2010, (EU) Nr. 376/2014 und der Richtlinien 2014/30/EU und 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 552/2004 und (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Rates (³),

in der Erwägung, dass die Definitionen der ADREP-Taxonomie der ICAO in erster Linie auf ICAO-Richtlinien und -Empfehlungen (SARP), Handbüchern und Anleitungsmaterial beruhen;

in der Erwägung, dass unter den ADREP- und ECCAIRS-Nutzern in den ICAO-Mitgliedstaaten Bedarf an einer global weitergehenden Nutzung der Informationen aus der Sammlung, Analyse und Weitergabe der Daten für die Identifizierung von Sicherheitsbedrohungen und Einflussfaktoren besteht;

in der Erwägung, dass die Sicherheit der Luftfahrt und die Fortschritte bei der Harmonisierung der internationalen Zivilluftfahrt auf anerkannten Standards wie dem ADREP-System beruhen, und in Anerkennung der Bedeutung der gegenseitigen Unterstützung und Zusammenarbeit im Bereich des Sicherheitsmanagements und der Datenbanksysteme;

in der Erwägung, dass die Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit (EASA) innerhalb der Europäischen Union verpflichtet ist, die Europäische Kommission bei der Verwaltung des Europäischen Zentralspeichers zu unterstützen, in dem alle in der Europäischen Union erfassten Ereignismeldungen gespeichert sind, und insbesondere ihrer Aufgabe, eine neue Version der ECCAIRS-Software, die so genannte "ECCAIRS 2", zu entwickeln und zu pflegen;

⁽¹⁾ ABl. L 122 vom 24.4.2014, S. 18.

⁽²⁾ ABl. L 295 vom 12.11.2010, S. 35.

⁽³⁾ ABl. L 212 vom 22.8.2018, S. 1.

in der Erwägung, dass die EASA am 1. Januar 2021 alle Funktionen übernommen hat, die die Generaldirektion der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) der Europäischen Kommission im Zusammenhang mit der ECCAIRS-Software wahrgenommen hatte;

in der Erwägung, dass es daher notwendig ist, die am 21. September 2011 in Montréal geschlossene Arbeitsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Meldung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt zu ersetzen —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die diesem Beschluss beiliegende Arbeitsvereinbarung wird hiermit angenommen und ersetzt die am 21. September 2011 in Montréal geschlossene Arbeitsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Meldung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Für den Gemeinsamen Ausschuss EU/ICAO Die Vorsitzenden [nur Unterschriften]"

ANLAGE ZUM BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN AUSSCHUSSES EU/ICAO vom XX.XX.202X

ARBEITSVEREINBARUNG ZWISCHEN DER INTERNATIONALEN ZIVILLUFTFAHRT-ORGANISATION UND DER EUROPÄISCHEN UNION

ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH DER MELDUNG VON UNFÄLLEN UND STÖRUNGEN IN DER ZIVILLUFTFAHRT

Diese Arbeitsvereinbarung enthält einvernehmlich vereinbarte und für die wirksame Zusammenarbeit zwischen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) und der Europäischen Union (EU) notwendige Mechanismen und Verfahren

Die ICAO und die EU werden jeweils als "Vertragspartei" oder gemeinsam als "Vertragsparteien" bezeichnet.

1. ZIEL DER ARBEITSVEREINBARUNG

- 1.1. Diese Arbeitsvereinbarung, die unter die Kooperationsvereinbarung und deren Anhang zur Flugsicherheit, insbesondere Nummer 3.3 und Nummer 7.3 Buchstabe c der Kooperationsvereinbarung, fällt, dient der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien mit dem Ziel, dass diese sich bei ihren Tätigkeiten im Bereich der Meldung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt nach Möglichkeit gegenseitig unterstützen und fördern.
- 1.2. Um die Ziele dieser Arbeitsvereinbarung zu erreichen, einigen sich die Vertragsparteien auf folgende allgemeine Vorgehensweise:
 - a) Zur wirksamen Umsetzung dieser Arbeitsvereinbarung benennt die EU die Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit (EASA) (*) als "technisches Organ".
 - b) Die EASA wird die Verwendung der ADREP-Taxonomie (Accident/Incident Data Reporting, ADREP) der ICAO als Standard für die Meldung und den Austausch von Informationen über Unfälle und Störungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und der Schweiz fördern.
 - c) Die ICAO wird ihrerseits in den ICAO-Mitgliedstaaten die Nutzung der ECCAIRS-2-Software der EU für die Sammlung von Informationen über Unfälle und Störungen fördern.
 - d) In Bezug auf die Nutzung der ECCAIRS-2-Software werden die ICAO und die EASA ihre für die Ausbildung und die Unterstützung eingesetzten Dienste und Materialien zugunsten aller ECCAIRS-Endnutzer gegenseitig zur Verfügung stellen und harmonisieren.
 - e) ICAO und EASA werden beim Aufbau einer globalen und zugänglichen zentralen Datenbank für Unfälle und Störungen, die sich auf die ECCAIRS-2-Software stützt, zusammenarbeiten. Die Datenbank wird im Einklang mit den geltenden einschlägigen Sicherheitskonzepten für Informationssysteme betrieben.

2. BESONDERE VORKEHRUNGEN ZWISCHEN DEN PARTEIEN

- 2.1. Mit dem Ziel eines größeren Einsatzes der ADREP-Taxonomie (siehe Nummer 1.2 Buchstabe b) vereinbaren die Vertragsparteien Folgendes:
 - a) Die ICAO ist Eigentümerin und zuständige Vertragspartei für die Entwicklung und aktive Pflege der ADREP-Taxonomie.
 - b) Die ICAO und die Arbeitsgruppe zur ECCAIRS-Taxonomie koordinieren in enger Zusammenarbeit eine kohärente Weiterentwicklung und Umsetzung der ADREP-Taxonomie, auch im ECCAIRS-Meldesystem.
 - c) Die ICAO wird die ADREP-Taxonomie als offizielles ICAO-Dokument auf ihrer Website veröffentlichen und nach Bedarf aktualisieren.
 - d) Die ADREP-Taxonomie der ICAO bildet die Grundlage für das Konzept zur Meldung von Unfällen und Störungen in der Luftfahrt entsprechend der Verordnung (EU) Nr. 376/2014. Änderungen der ICAO-ADREP-Taxonomie werden grundsätzlich in die ECCAIRS-Luftfahrt-Softwareversionen übernommen.

- e) Die EASA wird die EU-Mitgliedstaaten, die Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und die Schweiz auch weiterhin auffordern, das ECCAIRS-Meldesystem für die elektronische Meldung von Unfällen und Störungen an die ICAO gemäß den Bestimmungen in Anhang 13 Untersuchung von Unfällen/Störungen im Luftverkehr zu nutzen.
- f) Die EASA und die zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten, der EWR-Staaten und der Schweiz können die ADREP-Taxonomie im ECCAIRS-2-Meldesystem und die damit verbundenen Instrumente kostenlos nutzen.
- g) Die EASA kann der ECCAIRS-Community über das Community-Webportal ECCAIRS 2 einen Link zur ADREP-Taxonomie auf der ICAO-Website bereitstellen.
- h) Die ICAO wird die EASA auffordern, an Sekretariatssitzungen teilzunehmen oder Gruppen beizutreten, die für die Entwicklung von Taxonomien und/oder die Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit der Nutzung von ADREP eingerichtet wurden (z. B. Interoperabilität, Modellierung, Erprobung neuer Technologien und Weiterentwicklung von Instrumenten, Methoden und Hilfen für die Meldung).
- i) Die ICAO kann das ECCAIRS-2-Logo in Verbindung mit ADREP verwenden.
- 2.2. Mit dem Ziel eines größeren Einsatzes von ECCAIRS 2 (siehe Nummer 1.2 Buchstabe c) vereinbaren die Vertragsparteien Folgendes:
 - a) Die EASA ist für die Entwicklung und aktive Pflege des ECCAIRS-2-Systems zuständig, das aus einer Datenbank und Software besteht.
 - b) Die ICAO erkennt ECCAIRS 2 als ein System an, dessen Kompatibilität mit ADREP grundsätzlich angestrebt wird.
 - c) Die ICAO verwendet die ECCAIRS-2-Software und damit zusammenhängende Instrumente für die Umsetzung des ADREP-Systems der ICAO. Die ICAO kann das ECCAIRS-2-System für ihre eigenen Zwecke kostenlos nutzen. Dies schließt die Datensammlung nach Anhang 13 — Untersuchung von Unfällen/Störungen im Luftverkehr (Unfälle & Störungen) und andere potenzielle Verfahren zur Erhebung von Sicherheitsdaten, wie das Vogelschlaginformationssystem (IBIS) oder künftige relevante Ereignismeldungen, ein.
 - d) Die ICAO empfiehlt den ICAO-Mitgliedstaaten, das ECCAIRS-2-System für die elektronische Meldung von Unfällen und Störungen an die ICAO gemäß den Bestimmungen in Anhang 13 Untersuchung von Unfällen/Störungen im Luftverkehr zu nutzen. Folgt ein ICAO-Mitgliedstaat dieser Empfehlung, sind die ECCAIRS-2-Lösung sowie deren Pflege und Unterstützung kostenlos.
 - e) Die ICAO wird eingeladen, am ECCAIRS-Lenkungsausschuss mit denselben Rechten teilzunehmen wie die nach der Geschäftsordnung des Lenkungsausschusses benannten Mitglieder.
 - f) Das ICAO-Sekretariat empfiehlt den ICAO-Mitgliedstaaten die Nutzung des von der EASA betriebenen und eine Datenbank und Software umfassenden ECCAIRS-2-Systems als Methode zur Erfassung und Pflege ihrer nationalen Datenbanken für Unfälle und Störungen in der Luftfahrt. Äußert ein ICAO-Mitgliedstaat den Wunsch, das ECCAIRS-2-System zu nutzen, wird die EASA eine Vereinbarung mit diesem Staat schließen.
- 2.3. Mit dem Ziel, die Anstrengungen im Bereich Ausbildung und Unterstützung zu harmonisieren und zu teilen (siehe Nummer 1.2 Buchstabe d), vereinbaren die Vertragsparteien Folgendes:
 - a) Grundsätzlich ist die EASA für die Koordinierung der ECCAIRS-2-Schulungen zuständig und unterstützt die EU-Mitgliedstaaten, die EWR-Staaten und die Schweiz sowie internationale Organisationen und alle Staaten, mit denen die EASA im Rahmen ihres Programms für internationale Zusammenarbeit zusammenarbeitet.
 - b) Grundsätzlich ist die ICAO für die Koordinierung der ECCAIRS-2-Schulungen und die Unterstützung von nicht unter Buchstabe a genannten Parteien zuständig.
 - c) Soweit möglich wird die EASA unter Berücksichtigung ihrer Ressourcen und ihrer Priorität nach Buchstabe a die ICAO bei ihren Aufgaben unterstützen, wobei davon ausgegangen wird, dass Reisekosten und Tagegelder (gemäß den internen ICAO-Verfahren) von der ICAO übernommen werden.
 - d) In Bezug auf die Nutzung der ECCAIRS-Software-Suite 2 werden die ICAO und die EASA ihre für die Ausbildung und die Unterstützung eingesetzten Dienste und Materialien zugunsten der ECCAIRS-Community gegenseitig zur Verfügung stellen.
 - e) Gegebenenfalls bemühen sich die ICAO und die EASA um eine Zusammenarbeit mit Dritten im Hinblick auf ADREP/ECCAIRS-Schulungen und -Unterstützung.
 - f) Die zentrale ECCAIRS-2-Plattform, die zur Koordinierung der Schulungs- und Unterstützungsmaßnahmen der ECCAIRS-2-Lösung genutzt wird, steht den zuständigen Behörden der ICAO-Mitgliedstaaten nach einer entsprechenden Online-Registrierung zur Verfügung.

- 2.4. Im Hinblick auf die Zusammenarbeit beim Aufbau der ECCAIRS-2-Datenbank vereinbaren die Vertragsparteien Folgendes:
 - a) Die EASA ist grundsätzlich für Aufbau und Pflege des ECCAIRS-2-Systems zuständig, das aus einer Datenbank und Software besteht.
 - b) Grundsätzlich ist die ICAO für die Verwaltung der Zugangsrechte zum ECCAIRS-2-System für alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme der EU-Mitgliedstaaten, der EWR-Staaten und der Schweiz zuständig.
 - c) Die EASA erklärt sich bereit, der ICAO und den ICAO-Mitgliedstaaten die Infrastruktur im Zusammenhang mit dem ECCAIRS-2-System, bestehend aus Datenbank und Software, kostenlos zur Verfügung zu stellen, damit diese das System als ihre Datenbank zur Meldung von Unfällen und Störungen gemäß ICAO-Anhang 13 Untersuchung von Unfällen/Störungen im Luftverkehr nutzen können.
 - d) Es wird vereinbart, dass der Zugang zu den in der ECCAIRS-2-Datenbank gespeicherten Daten und deren gemeinsame Nutzung den Vertraulichkeitsbestimmungen nach Artikel 6 der Kooperationsvereinbarung sowie dem Schutz der Aufzeichnungen über die Untersuchung von Unfällen und Störungen nach Anhang 13 Untersuchung von Unfällen/Störungen im Luftverkehr unterliegen.
 - e) ICAO und EASA holen die ausdrückliche schriftliche Zustimmung des betreffenden Staates zum Zugriff auf andere Daten ein, die im ECCAIRS-2-System gespeichert sein mögen und nicht in den Anwendungsbereich von Buchstabe d fallen.
 - f) ICAO und EASA werden bei der Verbesserung der Datenqualität zusammenarbeiten, indem Lösungen zur Unterstützung des zentralen Klassifizierungsdienstes und automatisierter Qualitätskontrollverfahren für alle Nutzer erforscht werden.

3. MANAGEMENT

- 3.1. ICAO und EASA benennen jeweils Kontaktstellen, denen die Aufgabe als Koordinatoren gemeinsamer Tätigkeiten zukommt. Die Koordinatoren können andere Mitarbeiter benennen, die sie vertreten oder an Sitzungen teilnehmen.
- 3.2. Der Schriftverkehr zu allen praktischen Fragen im Zusammenhang mit dieser Arbeitsvereinbarung wird zwischen den Koordinatoren geführt.
- 3.3. Die Vertragsparteien halten erforderlichenfalls Sitzungen ab, um die Fortschritte bei den Kooperationsmaßnahmen im Einklang mit dieser Arbeitsvereinbarung zu überprüfen.

4. FINANZIERUNG

- 4.1. Sofern die Vertragsparteien nicht ausdrücklich in gesonderten Vereinbarungen etwas anderes vereinbaren, trägt jede Vertragspartei die Kosten der Ausgaben, die ihr im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen dieser Arbeitsvereinbarung entstehen.
- 4.2. Alle Tätigkeiten, die im Rahmen dieser Arbeitsvereinbarung durchgeführt werden, stehen unter dem Vorbehalt angemessener Finanzmittel, Personalressourcen und anderer Ressourcen und unterliegen den geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften, Strategien und Programmen jeder Vertragspartei.

5. **GEISTIGES EIGENTUM**

- 5.1. Die ADREP-Taxonomie ist und bleibt geistiges Eigentum der ICAO.
- 5.2. Das ECCAIRS-2-System und die damit verbundenen Softwareinstrumente sind und bleiben geistiges Eigentum der EU.
- 5.3. Die Vertragsparteien sind nicht für die Qualität oder die Quantität der erhobenen Daten verantwortlich.
- 5.4. Jede Vertragspartei erkennt die Inhaberschaft und alle Rechte an ihren Urheberrechten, Marken, Namen, Logos und sonstigen Rechten an geistigem Eigentum an. Die Nutzung des geistigen Eigentums durch die jeweils andere Vertragspartei unterliegt der vorherigen schriftlichen Zustimmung der betreffenden Vertragspartei. Wird eine solche Genehmigung erteilt, so erfolgt die Nutzung nicht ausschließlich, und die Vertragspartei, die das geistige Eigentum der anderen Vertragspartei nutzt, hält sich nach Treu und Glauben an die schriftlichen Anweisungen der anderen Vertragspartei sowie deren Leitlinien und Spezifikationen.

6. ÄNDERUNGEN UND BEENDIGUNG

- 6.1. Diese Arbeitsvereinbarung kann durch Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses EU/ICAO geändert werden.
- 6.2. Diese Arbeitsvereinbarung kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von sechs (6) Monaten jederzeit schriftlich gekündigt werden.

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2022/221 DER KOMMISSION

vom 16. Februar 2022

über den Ausschluss bestimmter vom Vereinigten Königreich zulasten des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) getätigter Ausgaben von der Finanzierung durch die Europäische Union

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2022) 798)

(Nur der englische Text ist verbindlich)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (¹), insbesondere auf Artikel 52, in Verbindung mit den Artikeln 131 und 138 des Abkommens über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft,

nach Anhörung des Ausschusses für die Agrarfonds,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 nimmt die Kommission die notwendigen Überprüfungen vor, teilt dem Vereinigten Königreich die Ergebnisse ihrer Überprüfungen mit, nimmt die Bemerkungen des Vereinigten Königreichs zur Kenntnis, führt bilaterale Gespräche, um zu einem Einvernehmen zu gelangen, und teilt dem Vereinigten Königreich förmlich ihre Schlussfolgerungen mit.
- (2) Das Vereinigte Königreich hatte die Möglichkeit, die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens zu beantragen, hat davon jedoch keinen Gebrauch gemacht.
- (3) Gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 dürfen nur diejenigen Agrarausgaben finanziert werden, die in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Europäischen Union getätigt wurden.
- (4) Die vorgenommenen Überprüfungen und das bilaterale Gespräch haben ergeben, dass ein Teil der vom Vereinigten Königreich gemeldeten Ausgaben diese Voraussetzung nicht erfüllt und daher nicht aus dem EGFL und dem ELER finanziert werden kann.
- (5) Die Beträge, die nicht zulasten des EGFL und des ELER anerkannt werden, sollten angegeben werden. Dabei bleiben Ausgaben, die mehr als 24 Monate vor dem Zeitpunkt getätigt wurden, zu dem die Kommission dem Vereinigten Königreich die Ergebnisse ihrer Überprüfungen schriftlich mitgeteilt hat, unberücksichtigt.
- (6) Bei den Beträgen, die durch diesen Beschluss von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden, sollten auch etwaige Kürzungen oder Aussetzungen gemäß Artikel 41 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 berücksichtigt werden, da solche Kürzungen oder Aussetzungen vorläufiger Art sind und die Beschlüsse nach den Artikeln 51 und 52 der genannten Verordnung unberührt lassen.
- (7) Für die in diesen Beschluss einbezogenen Fälle hat die Kommission dem Vereinigten Königreich die Beträge, die wegen Nichtübereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Europäischen Union von der Finanzierung ausgeschlossen werden, im Rahmen eines zusammenfassenden Berichts zur Kenntnis gebracht. (2)
- (8) Dieser Beschluss greift den finanziellen Schlussfolgerungen nicht vor, die die Kommission gegebenenfalls aufgrund der Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union in Rechtssachen ziehen wird, die am 30. September 2021 noch anhängig waren —

⁽¹⁾ ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549.

⁽²⁾ Ares(2021)7820062.

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die im Anhang aufgeführten, von den zugelassenen Zahlstellen des Vereinigten Königreichs zulasten des EGFL und des ELER gemeldeten Ausgaben werden von der Finanzierung durch die Union ausgeschlossen.

Artikel 2

Dieser Beschluss ist an das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland gerichtet.

Brüssel, den 16. Februar 2022

Für die Kommission Janusz WOJCIECHOWSKI Mitglied der Kommission Beschluss: 68 – nur UK

Haushaltsposten: 6200

| Mitglied- staat | Maßnahme | нј | Grund | Art | Korrektur (%) | Währung | Betrag | Abzüge | Finanzielle Auswirkungen |
|--------------------|----------------------|------|--|-----------|---------------|---------|----------|--------|-----------------------------|
| GB | Basisprämienregelung | 2019 | Bekannter Fehler in der EGFL Grundgesamtheit – HJ 2019 | PUNKTUELL | | EUR | - 798,94 | 0,00 | - 798,94 |
| | | | | | GB insgesamt: | EUR | - 798,94 | 0,00 | - 798,94 |

ANHANG

| Währung | Betrag | Abzüge | Finanzielle Auswirkungen | | |
|---------|----------|--------|-----------------------------|--|--|
| EUR | - 798,94 | 0,00 | - 798,94 | | |

Haushaltsposten: 6201

| Mitglied- staat | Maßnahme | нј | Grund | Art | Korrektur (%) | Währung | Betrag | Abzüge | Finanzielle Auswirkungen |
|--------------------|--|------|----------------------------------|-----------|---------------|---------|--------------|--------|-----------------------------|
| GB | Ländliche Entwicklung – unter das IVKS fallende ELER-Maßnahmen | 2020 | Verstoßrate – ELER-IVKS | PUNKTUELL | | EUR | -111 920,32 | 0,00 | - 111 920,32 |
| | Ländliche Entwicklung – unter das IVKS fallende ELER-Maßnahmen | 2019 | Verstoßrate – ELER-IVKS – M10 | PUNKTUELL | | EUR | - 41 582,00 | 0,00 | - 41 582,00 |
| | | | | | GB insgesamt: | EUR | - 153 502,32 | 0,00 | - 153 502,32 |

| Währung | Betrag | Abzüge | Finanzielle Auswirkungen | | |
|---------|--------------|--------|-----------------------------|--|--|
| EUR | - 153 502,32 | 0,00 | - 153 502,32 | | |

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2022/222 DER KOMMISSION

vom 16. Februar 2022

über den Ausschluss bestimmter von den Mitgliedstaaten zulasten des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) getätigter Ausgaben von der Finanzierung durch die Europäische Union

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2022) 830)

(Nur der bulgarische, deutsche, französische, griechische, italienische, litauische, polnische, portugiesische, schwedische, slowakische und spanische Text sind verbindlich)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (¹), insbesondere auf Artikel 52,

nach Anhörung des Ausschusses für die Agrarfonds,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 nimmt die Kommission die notwendigen Überprüfungen vor, teilt den Mitgliedstaaten die Ergebnisse ihrer Überprüfungen mit, nimmt die Bemerkungen der Mitgliedstaaten zur Kenntnis, führt bilaterale Gespräche, um zu einem Einvernehmen mit den betreffenden Mitgliedstaaten zu gelangen, und teilt ihnen schließlich förmlich ihre Schlussfolgerungen mit.
- (2) Die Mitgliedstaaten hatten die Möglichkeit, die Eröffnung eines Schlichtungsverfahrens zu beantragen. Einige Mitgliedstaaten haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, und die nach Abschluss des Verfahrens erstellten Berichte sind von der Kommission geprüft worden.
- (3) Gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 dürfen nur die Agrarausgaben finanziert werden, die in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Europäischen Union getätigt wurden.
- (4) Die vorgenommenen Überprüfungen, die bilateralen Gespräche und die Schlichtungsverfahren haben ergeben, dass ein Teil der von den Mitgliedstaaten gemeldeten Ausgaben diese Voraussetzung nicht erfüllt und daher nicht aus dem EGFL und dem ELER finanziert werden kann.
- (5) Die Beträge, die nicht zulasten des EGFL und des ELER anerkannt werden, sollten angegeben werden. Dabei sind die Ausgaben, die mehr als 24 Monate vor dem Zeitpunkt getätigt wurden, zu dem die Kommission den Mitgliedstaaten die Ergebnisse ihrer Überprüfungen schriftlich mitgeteilt hat, unberücksichtigt geblieben.
- (6) Bei den Beträgen, die durch diesen Beschluss von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden, sollten auch etwaige Kürzungen oder Aussetzungen gemäß Artikel 41 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 berücksichtigt werden, da solche Kürzungen oder Aussetzungen vorläufiger Art sind und die Beschlüsse nach den Artikeln 51 und 52 der genannten Verordnung unberührt lassen.
- (7) Für die in diesen Beschluss einbezogenen Fälle hat die Kommission den Mitgliedstaaten die Beträge, die wegen Nichtübereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Europäischen Union von der Finanzierung ausgeschlossen werden, im Rahmen eines zusammenfassenden Berichts (²) zur Kenntnis gebracht.
- (8) Dieser Beschluss greift den finanziellen Schlussfolgerungen nicht vor, die die Kommission gegebenenfalls aufgrund der Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union in Rechtssachen ziehen wird, die am 30. September 2021 noch anhängig waren —

⁽¹⁾ ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549.

⁽²⁾ Ares(2022)607918.

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die im Anhang aufgeführten, von den zugelassenen Zahlstellen der Mitgliedstaaten zulasten des EGFL oder des ELER gemeldeten Ausgaben werden von der Finanzierung durch die Union ausgeschlossen.

Artikel 2

Dieser Beschluss ist an die Republik Bulgarien, die Bundesrepublik Deutschland, die Hellenische Republik, das Königreich Spanien, die Französische Republik, die Italienische Republik, die Republik Litauen, die Republik Polen, die Portugiesische Republik, die Slowakische Republik und das Königreich Schweden gerichtet.

Brüssel, den 16. Februar 2022

Für die Kommission Janusz WOJCIECHOWSKI Mitglied der Kommission

Beschluss: 68

Haushaltsposten: 08029901

| Mitglied- staat | Maßnahme | НЈ | Grund | Art | Korrektur (%) | Währung | Betrag | Abzüge | Finanzielle Auswirkungen |
|--------------------|--|------|--|----------------|------------------|---------|--------|--------------|-----------------------------|
| PL | Obst und Gemüse – vorläufig anerkannte Erzeugergruppierungen | 2018 | Mit dem Durchführungsbeschluss C(2017) 2104 der Kommission wurden die monatlichen Zahlungen an Polen in Höhe von 526 116,83 EUR (652 883,38 - 126 766,55) für Ausgaben im Zeitraum zwischen dem 16. Oktober 2017 und dem 28. Februar 2018 (Ende der Aussetzung) ausgesetzt. | PUNK- TUELL | | EUR | 0,00 | - 526 116,83 | 526 116,83 |
| | | | | | PL insgesamt: | EUR | 0,00 | - 526 116,83 | 526 116,83 |

ANHANG

| Währung | Betrag | Abzüge | Finanzielle Auswirkungen | | |
|---------|--------|--------------|-----------------------------|--|--|
| EUR | 0,00 | - 526 116,83 | 526 116,83 | | |

Haushaltsposten: 08039901

| Mitglied- staat | Maßnahme | НЈ | Grund | Art | Korrektur (%) | Währung | Betrag | Abzüge | Finanzielle Auswirkungen |
|--------------------|---|------|---|----------------|------------------|---------|------------|--------|-----------------------------|
| IT | Rechnungsabschluss – Konformitätsabschluss | 2007 | Rückerstattung aufgrund des Urteils in der Rechtssache T-265/19-1 | PUNK- TUELL | | EUR | 305 122,74 | 0,00 | 305 122,74 |
| | | | | | IT insgesamt: | EUR | 305 122,74 | 0,00 | 305 122,74 |

| Währung | Betrag | Abzüge | Finanzielle Auswirkungen | | |
|---------|------------|--------|-----------------------------|--|--|
| EUR | 305 122,74 | 0,00 | 305 122,74 | | |

Haushaltsposten: 6200

| Mitglied- staat | Maßnahme | НЈ | Grund | Art | Korrektur (%) | Währung | Betrag | Abzüge | Finanzielle Auswirkungen |
|--------------------|------------------------------------|------|---|----------------|------------------|---------|--------------|--------|-----------------------------|
| BG | Sonstige Direktbeihilfen | 2019 | alle Mängel (berechnet) – Antragsjahr 2018 Baumwolle | PUNK- TUELL | | EUR | - 488,16 | 0,00 | - 488,16 |
| | Entkoppelte Direktbeihilfen | 2019 | alle Mängel (berechnet) – Antragsjahr 2018 Ökologisierungszahlung | PUNK- TUELL | | EUR | - 790 918,72 | 0,00 | -790 918,72 |
| | Entkoppelte Direktbeihilfen | 2019 | alle Mängel (berechnet) – Antragsjahr 2018 Umverteilungsprämie | PUNK- TUELL | | EUR | - 2 296,86 | 0,00 | - 2 296,86 |
| | Entkoppelte Direktbeihilfen | 2019 | alle Mängel (berechnet) – Antragsjahr 2018 Regelung für die einheitliche Flächenzahlung | PUNK- TUELL | | EUR | - 255 109,71 | 0,00 | - 255 109,71 |
| | Fakultative gekoppelte Stützung | 2019 | alle Mängel (berechnet) – Antragsjahr 2018 Fakultative gekoppelte Stützung M07–M08–M09–M13–M14 | PUNK- TUELL | | EUR | - 32 453,31 | 0,00 | - 32 453,31 |
| | Fakultative gekoppelte Stützung | 2019 | alle Mängel (berechnet) – Antragsjahr 2018 Fakultative gekoppelte Stützung M10 | PUNK- TUELL | | EUR | - 2 811,26 | 0,00 | - 2 811,26 |
| | Entkoppelte Direktbeihilfen | 2019 | alle Mängel (berechnet) – Antragsjahr 2018 Regelung für Junglandwirte | PUNK- TUELL | | EUR | - 27 444,70 | 0,00 | - 27 444,70 |
| | Sonstige Direktbeihilfen | 2020 | alle Mängel (berechnet) – Antragsjahr 2019 Baumwolle | PUNK- TUELL | | EUR | - 8 091,15 | 0,00 | - 8 091,15 |
| | Entkoppelte Direktbeihilfen | 2020 | alle Mängel (berechnet) – Antragsjahr 2019 Ökologisierungszahlung | PUNK- TUELL | | EUR | - 769 681,16 | 0,00 | - 769 681,16 |
| | Entkoppelte Direktbeihilfen | 2020 | alle Mängel (berechnet) – Antragsjahr 2019 Umverteilungsprämie | PUNK- TUELL | | EUR | - 7 292,20 | 0,00 | - 7 292,20 |
| | Entkoppelte Direktbeihilfen | 2020 | alle Mängel (berechnet) – Antragsjahr 2019 Regelung für die einheitliche Flächenzahlung | PUNK- TUELL | | EUR | - 190 281,38 | 0,00 | -190 281,38 |
| | Fakultative gekoppelte Stützung | 2020 | alle Mängel (berechnet) – Antragsjahr 2019 Fakultative gekoppelte Stützung M07–M08–M09–M13–M14 | PUNK- TUELL | | EUR | - 91 885,02 | 0,00 | - 91 885,02 |

| | Fakultative gekoppelte Stützung | 2020 | alle Mängel (berechnet) – Antragsjahr 2019 Fakultative gekoppelte Stützung M10 | PUNK- TUELL | | EUR | - 15 802,82 | 0,00 | - 15 802,82 |
|----|--|------|---|----------------|------------------|-----|--------------------|--------------|-----------------|
| | Entkoppelte Direktbeihilfen | 2020 | alle Mängel (berechnet) – Antragsjahr 2019 Regelung für Junglandwirte | PUNK- TUELL | | EUR | - 7 354,01 | 0,00 | - 7 354,01 |
| | | | | | BG insgesamt: | EUR | - 2 201 910,46 | 0,00 | - 2 201 910,46 |
| FR | Bescheinigung | 2018 | 1. bekannter Fehler HJ 2018 – Investition Wein TRV-4 + Konformitätsprüfung Nr. 17 | PUNK- TUELL | | EUR | - 106 457,90 | 0,00 | - 106 457,90 |
| | Bescheinigung | 2018 | 4. Bekannter Fehler HJ 2018 – verspätete Zahlung GMO NSP Wein | PUNK- TUELL | | EUR | - 93 483,34 | 0,00 | - 93 483,34 |
| | Bescheinigung | 2018 | 5. Bekannter Fehler HJ 2018 – Forderungen | PUNK- TUELL | | EUR | - 1 628 488,64 | 0,00 | - 1 628 488,64 |
| | Rechnungsabschluss | 2018 | 6 – wahrscheinlicher Fehler – EGFL- Nicht-IVKS | PUNK- TUELL | | EUR | - 7 205 611,35 | 0,00 | - 7 205 611,35 |
| | Olivenöl – Arbeitsprogramme der Organisationen der Marktbeteiligten | 2018 | Bekannter Fehler: Olivenöl | PUNK- TUELL | | EUR | - 21 570,66 | 0,00 | - 21 570,66 |
| | Öffentliche Lagerhaltung (2014+) | 2018 | Bekannter Fehler – Lagerhaltung | PUNK- TUELL | | EUR | - 809,28 | 0,00 | - 809,28 |
| | | | | | FR insgesamt: | EUR | - 9 056 421,17 | 0,00 | - 9 056 421,17 |
| GR | Cross-compliance | 2017 | Antragsjahr 2016 | PAUS- CHAL | 10,00% | EUR | - 18 835 747,67 | - 363 321,63 | - 18 472 426,04 |
| | Cross-compliance | 2016 | Antragsjahr 2017 | PAUS- CHAL | 10,00% | EUR | - 95 730,79 | - 1 437,94 | - 94 292,85 |
| | Cross-compliance | 2018 | Antragsjahr 2017 | PAUS- CHAL | 10,00% | EUR | - 19 459 234,95 | - 4 024,01 | - 19 455 210,94 |

| | | ı | T | | | ı | | | |
|----|---|------|---|----------------|------------------|-----|--------------------|--------------|-----------------|
| | Obst und Gemüse – operationelle Programme, einschl. Rücknahmen | 2018 | Mängel bei der Durchführung der Schlüsselkontrolle "angemessene Durchführung der Verwaltungskontrollen zur Prüfung der Zulässigkeit operationeller Programme und der Beihilfeanträge" für OP 2017 im HJ 2018 – 2019 | PAUS- CHAL | 5,00% | EUR | - 422 233,80 | 0,00 | - 422 233,80 |
| | Obst und Gemüse – operationelle Programme, einschl. Rücknahmen | 2019 | Mängel bei der Durchführung der Schlüsselkontrolle "angemessene Durchführung der Verwaltungskontrollen zur Prüfung der Zulässigkeit operationeller Programme und der Beihilfeanträge" für OP 2017 im HJ 2018 – 2019 | PAUS- CHAL | 5,00% | EUR | - 60 670,77 | 0,00 | - 60 670,77 |
| | | | | | GR insgesamt: | EUR | - 38 873 617,98 | - 368 783,58 | - 38 504 834,40 |
| PL | Obst und Gemüse – vorläufig anerkannte Erzeugergruppierungen | 2018 | HJ 2018: Mängel im Kontrollsystem für Beihilfen an Erzeugergruppierungen im Obst- und Gemüsesektor | PAUS- CHAL | 15,00% | EUR | - 421 099,17 | - 75 936,18 | - 345 162,99 |
| | Obst und Gemüse – vorläufig anerkannte Erzeugergruppierungen | 2020 | HJ 2020: Mängel im Kontrollsystem für Beihilfen an Erzeugergruppierungen im Obst- und Gemüsesektor | PAUS- CHAL | 15,00% | EUR | - 6 743,40 | 0,00 | - 6 743,40 |
| | | | | | PL insgesamt: | EUR | - 427 842,57 | - 75 936,18 | - 351 906,39 |
| РТ | Obst und Gemüse – operationelle Programme, einschl. Rücknahmen | 2019 | HJ 2019 nicht förderfähiger Betrag Obst und Gemüse | PUNK- TUELL | | EUR | - 1 445,40 | 0,00 | - 1 445,40 |
| | | | | | PT insgesamt: | EUR | - 1 445,40 | 0,00 | - 1 445,40 |
| SE | Entkoppelte Direktbeihilfen | 2017 | Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge – Zahlung der erstmaligen Niederlassung – Antragsjahr 2016 | PUNK- TUELL | | EUR | - 218 524,00 | - 33 423,90 | - 185 100,10 |

L 37/68

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

18.2.2022

| - 47 564,67 | 0,00 | - 47 564,67 | EUR | PUNK- TUELL | Mängel bei der Zuweisung von Zahlungsansprüchen – nationale Reserve – neue natürliche Weiden – Antragsjahr 2018 | 2019 | Entkoppelte Direktbeihilfen |
|-------------|----------|-------------|-----|----------------|---|------|--------------------------------|
| - 46 692,48 | - 788,61 | - 47 481,09 | EUR | PUNK- TUELL | Mängel bei der Zuweisung von Zahlungsansprüchen – nationale Reserve – neue natürliche Weiden – Antragsjahre 2016–2017 | 2017 | Entkoppelte Direktbeihilfen |
| - 47 524,69 | 0,00 | - 47 524,69 | EUR | PUNK- TUELL | Mängel bei der Zuweisung von Zahlungsansprüchen – nationale Reserve – neue natürliche Weiden – Antragsjahre 2016–2017 | 2018 | Entkoppelte Direktbeihilfen |
| - 8 009,35 | 0,00 | - 8 009,35 | EUR | PUNK- TUELL | Mängel bei der Prüfung von Zahlungsansprüchen – Verwaltungssanktionen für die verspätete Einreichung – Antragsjahr 2018 | 2019 | Entkoppelte Direktbeihilfen |
| - 14 680,73 | 0,00 | - 14 680,73 | EUR | PUNK- TUELL | Mängel bei der Prüfung von Zahlungsansprüchen – Verwaltungssanktionen für die verspätete Einreichung – Antragsjahre 2015–2017 | 2016 | Entkoppelte Direktbeihilfen |
| - 12 024,35 | - 30,13 | - 12 054,48 | EUR | PUNK- TUELL | Mängel bei der Prüfung von Zahlungsansprüchen – Verwaltungssanktionen für die verspätete Einreichung – Antragsjahre 2015–2017 | 2017 | Entkoppelte Direktbeihilfen |
| - 3 789,35 | 0,00 | - 3 789,35 | EUR | PUNK- TUELL | Mängel bei der Prüfung von Zahlungsansprüchen – Verwaltungssanktionen für die verspätete Einreichung – Antragsjahre 2015–2017 | 2018 | Entkoppelte Direktbeihilfen |
| - 604,22 | 0,00 | - 604,22 | EUR | PUNK- TUELL | Mängel bei der Prüfung von Zahlungsansprüchen – Änderungen des Antrags – Antragsjahr 2018 | 2019 | Entkoppelte Direktbeihilfen |
| - 604,64 | 0,00 | - 604,64 | EUR | PUNK- TUELL | Mängel bei der Prüfung von Zahlungsansprüchen – Änderungen des Antrags – Antragsjahr 2019 | 2020 | Entkoppelte Direktbeihilfen |

18.2.2022 DE

Amtsblatt der Europäischen Union

L 37/69

37/71

18.2.2022

DE

| An | nsprüche | 2017 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2016 – Basisprämienregelung | PUNK- TUELL | EUR | - 495 017,09 | - 1 237,54 | - 493 779,55 |
|-----------|---------------------------|------|---|----------------|-----|--------------|-------------|--------------|
| An | nsprüche | 2018 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2016 – Basisprämienregelung | PUNK- TUELL | EUR | - 7 225,43 | 0,00 | - 7 225,43 |
| An | nsprüche | 2019 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2016 – Basisprämienregelung | PUNK- TUELL | EUR | - 355,36 | 0,00 | - 355,36 |
| Ök lun | xologisierungszah- ng | 2017 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2016 – Ökologisierung | PUNK- TUELL | EUR | - 333 124,26 | - 42 469,11 | - 290 655,15 |
| Ök lun | kologisierungszah- ng | 2018 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2016 – Ökologisierung | PUNK- TUELL | EUR | - 5 162,62 | 0,00 | - 5 162,62 |
| Ök lun | xologisierungszah- ng | 2019 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2016 – Ökologisierung | PUNK- TUELL | EUR | - 285,26 | 0,00 | - 285,26 |
| | gelung für nglandwirte | 2017 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2016 – Junglandwirte | PUNK- TUELL | EUR | - 24 135,76 | - 187,65 | - 23 948,11 |
| | gelung für nglandwirte | 2018 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2016 – Junglandwirte | PUNK- TUELL | EUR | - 227,71 | 0,00 | - 227,71 |
| | gelung für nglandwirte | 2019 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2016 – Junglandwirte | PUNK- TUELL | EUR | -70,23 | 0,00 | -70,23 |
| An | nsprüche | 2018 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2017 – Basisprämienregelung | PUNK- TUELL | EUR | - 371 321,31 | 0,00 | - 371 321,31 |
| An | nsprüche | 2019 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2017 – Basisprämienregelung | PUNK- TUELL | EUR | - 573,87 | 0,00 | - 573,87 |
| Ök lun | kologisierungszah- ng | 2018 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2017 – Ökologisierung | PUNK- TUELL | EUR | - 215 755,46 | 0,00 | - 215 755,46 |

L 37/72

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

| Ökologisierungszah- lung | 2019 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2017 – Ökologisierung | PUNK- TUELL | | EUR | - 772,51 | 0,00 | - 772,51 |
|-------------------------------|------|---|----------------|---------------|-----|----------------|--------------|----------------|
| Regelung für Junglandwirte | 2018 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2017 – Junglandwirte | PUNK- TUELL | | EUR | - 19 346,94 | 0,00 | - 19 346,94 |
| Regelung für Junglandwirte | 2019 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2017 – Junglandwirte | PUNK- TUELL | | EUR | - 126,92 | 0,00 | - 126,92 |
| Ansprüche | 2019 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2018 – Basisprämienregelung | PUNK- TUELL | | EUR | - 360 907,10 | 0,00 | - 360 907,10 |
| Ökologisierungszah- lung | 2019 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2018 – Ökologisierung | PUNK- TUELL | | EUR | - 196 896,21 | 0,00 | - 196 896,21 |
| Regelung für Junglandwirte | 2019 | Mängel bei der Wiedereinziehung von Zahlungsansprüchen (Punkt 1.3.1) – Haushaltsjahr 2018 – Junglandwirte | PUNK- TUELL | | EUR | - 41 327,16 | 0,00 | - 41 327,16 |
| | | | | SE insgesamt: | EUR | - 5 359 700,17 | - 185 069,98 | - 5 174 630,19 |

| Währung | Betrag | Abzüge | Finanzielle Auswirkungen |
|---------|--------------------|--------------|-----------------------------|
| EUR | - 55 920 937,75 | - 629 789,74 | - 55 291 148,01 |

Haushaltsposten: 6201

| Mitglied- staat | Maßnahme | нј | Grund | Art | Korrektur (%) | Währung | Betrag | Abzüge | Finanzielle Auswirkungen |
|--------------------|--|------|---|----------------|------------------|---------|------------|--------|-----------------------------|
| BG | Ländliche Entwicklung – unter das IVKS fallende ELER- Maßnahmen | 2019 | Beihilfefähige Höchstfläche (berechnet) – Antragsjahr 2018 IVKS ländliche Entwicklung M10 | PUNK- TUELL | | EUR | - 4 715,00 | 0,00 | - 4 715,00 |

| | Ländliche Entwicklung – unter das IVKS fallende ELER- Maßnahmen | 2019 | Beihilfefähige Höchstfläche (berechnet) – Antragsjahr 2018 IVKS ländliche Entwicklung M11 | PUNK- TUELL | | EUR | - 12 802,16 | 0,00 | - 12 802,16 |
|----|--|------|---|----------------|---------------|-----|--------------|------|--------------|
| | Ländliche Entwicklung – unter das IVKS fallende ELER- Maßnahmen | 2019 | Beihilfefähige Höchstfläche (berechnet) – Antragsjahr 2018 IVKS ländliche Entwicklung M12 | PUNK- TUELL | | EUR | -11 475,12 | 0,00 | - 11 475,12 |
| | Ländliche Entwicklung – unter das IVKS fallende ELER- Maßnahmen | 2019 | Beihilfefähige Höchstfläche (berechnet) – Antragsjahr 2018 IVKS ländliche Entwicklung M13 | PUNK- TUELL | | EUR | - 29 591,28 | 0,00 | - 29 591,28 |
| | Ländliche Entwicklung – unter das IVKS fallende ELER- Maßnahmen | 2020 | Beihilfefähige Höchstfläche (berechnet) – Antragsjahr 2019 IVKS ländliche Entwicklung M10 | PUNK- TUELL | | EUR | - 1 178,75 | 0,00 | - 1 178,75 |
| | Ländliche Entwicklung – unter das IVKS fallende ELER- Maßnahmen | 2020 | Beihilfefähige Höchstfläche (berechnet) – Antragsjahr 2019 IVKS ländliche Entwicklung M11 | PUNK- TUELL | | EUR | - 3 200,54 | 0,00 | - 3 200,54 |
| | Ländliche Entwicklung – unter das IVKS fallende ELER- Maßnahmen | 2020 | Beihilfefähige Höchstfläche (berechnet) – Antragsjahr 2019 IVKS ländliche Entwicklung M12 | PUNK- TUELL | | EUR | - 2 868,78 | 0,00 | - 2 868,78 |
| | Ländliche Entwicklung – unter das IVKS fallende ELER- Maßnahmen | 2020 | Beihilfefähige Höchstfläche (berechnet) – Antragsjahr 2019 IVKS ländliche Entwicklung M13 | PUNK- TUELL | | EUR | - 7 397,82 | 0,00 | -7 397,82 |
| | | | | | BG insgesamt: | EUR | -73 229,45 | 0,00 | - 73 229,45 |
| DE | Ländliche Entwicklung – ELER – LEADER | 2017 | Mangel bei 1 Schlüsselkontrolle | PAUS- CHAL | 5,00% | EUR | -72 280,21 | 0,00 | - 72 280,21 |
| | Ländliche Entwicklung – ELER – LEADER | 2018 | Mangel bei 1 Schlüsselkontrolle | PAUS- CHAL | 5,00% | EUR | - 596 582,30 | 0,00 | - 596 582,30 |
| | Ländliche Entwicklung – ELER – LEADER | 2019 | Mangel bei 1 Schlüsselkontrolle | PAUS- CHAL | 5,00% | EUR | - 762 719,01 | 0,00 | - 762 719,01 |

L 37/74

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

37/76

| | | | 1 | | | | | | |
|----|--|------|---|----------------|---------------|-----|--------------|----------|--------------|
| | Ländliche Entwicklung – unter das IVKS fallende ELER- Maßnahmen | 2019 | M13 – Antragsjahr 2018 – Fehlerhafte Berechnung der Zahlung | PUNK- TUELL | | EUR | - 194 286,84 | 0,00 | - 194 286,84 |
| | Ländliche Entwicklung – unter das IVKS fallende ELER- Maßnahmen | 2020 | M13 – Antragsjahr 2019 – Fehlerhafte Berechnung der Zahlung | PUNK- TUELL | | EUR | - 271 147,38 | 0,00 | - 271 147,38 |
| | | | | | LT insgesamt: | EUR | - 533 678,29 | - 0,22 | - 533 678,07 |
| PT | Ländliche Entwicklung – ELER – forstwirtschaftliche Maßnahmen | 2018 | HJ 2018 Mangel M8 | PUNK- TUELL | | EUR | - 380 798,16 | - 114,47 | - 380 683,69 |
| | Ländliche Entwicklung – ELER – Maßnahmen mit Pauschalbeihilfe | 2019 | HJ 2019 Mangel M6 | PUNK- TUELL | | EUR | - 16 924,06 | 0,00 | - 16 924,06 |
| | Ländliche Entwicklung – ELER – forstwirtschaftliche Maßnahmen | 2019 | HJ 2019 Mangel M8 | PUNK- TUELL | | EUR | - 204 827,39 | 0,00 | - 204 827,39 |
| | Ländliche Entwicklung – ELER – forstwirtschaftliche Maßnahmen | 2020 | HJ 2020 Mangel M8 | PUNK- TUELL | | EUR | - 308 488,53 | 0,00 | - 308 488,53 |
| | | | | | PT insgesamt: | EUR | - 911 038,14 | - 114,47 | - 910 923,67 |
| SK | Ländliche Entwicklung – unter das IVKS fallende ELER- Maßnahmen | 2018 | Mangel bei dem Berechnungsverfahren für Sanktionen im Rahmen von M13 bei Anwendung von degressiv gestaffelten Beihilfebeträgen – Antragsjahr 2017 | PUNK- TUELL | | EUR | - 19 180,02 | - 871,32 | - 18 308,70 |
| | Ländliche Entwicklung – unter das IVKS fallende ELER- Maßnahmen | 2019 | Mangel bei dem Berechnungsverfahren für Sanktionen im Rahmen von M13 bei Anwendung von degressiv gestaffelten Beihilfebeträgen – Antragsjahr 2018 | PUNK- TUELL | | EUR | - 21 987,05 | 0,00 | - 21 987,05 |

18.2.2022

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

L 37/77

| olatt |
|--------------|
| der |
| Europäischen |
| Union |

| - 52 551,95 | |
|-------------|--|
| | |

- 12 256,20

| Währung | Betrag | Abzüge | Finanzielle Auswirkungen |
|---------|--------------------|----------|-----------------------------|
| EUR | - 12 941 854,20 | - 993,55 | - 12 940 860,65 |

0,00

- 871,32

- 12 256,20

- 53 423,27

EUR

EUR

Mangel bei dem Berechnungsverfahren für Sanktionen im Rahmen von M13 bei Anwendung von degressiv gestaffelten Beihilfebeträgen – Antragsjahr 2019

PUNK-TUELL

SK

insgesamt:

Ländliche Entwicklung – unter das IVKS fallende ELER-Maßnahmen

2020

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2022/223 DER KOMMISSION

vom 16. Februar 2022

zur Annahme einer fünfzehnten aktualisierten Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der alpinen biogeografischen Region

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2022) 845)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (¹), insbesondere auf Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die in Artikel 1 Buchstabe c Ziffer iii der Richtlinie 92/43/EWG genannte alpine biogeografische Region umfasst gemäß der biogeografischen Karte, die der nach Artikel 20 der Richtlinie eingesetzte Ausschuss (im Folgenden "Habitatausschuss") am 20. April 2005 gebilligt hat, die Unionsgebiete der Alpen (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien), die Pyrenäen (Spanien und Frankreich), die Apenninen (Italien), das nördliche fennoskandische Gebirge (Finnland und Schweden), die Karpaten (Polen, Rumänien und Slowakei), das Dinarische Gebirge (Slowenien und Kroatien) und den Balkan, das Rila- und das Pirin-Gebirge, die Rhodopen und das Saschtinska-Sredna-Gora-Gebirge (Bulgarien).
- (2) Mit der Entscheidung 2004/69/EG der Kommission (²) wurde für die alpine biogeografische Region eine erste Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung im Sinne der Richtlinie 92/43/EWG verabschiedet. Diese Liste wurde zuletzt mit dem Durchführungsbeschluss (EU) 2021/165 der Kommission (³) aktualisiert.
- (3) Die in der Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der alpinen biogeografischen Region aufgeführten Gebiete sind Teil des Natura-2000-Netzes, das für den Schutz der biologischen Vielfalt in der Union von wesentlicher Bedeutung ist. Damit die konkrete Errichtung des Natura-2000-Netzes weiter voranschreiten kann, werden die Listen von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung im Rahmen einer dynamischen Anpassung regelmäßig überarbeitet.
- (4) Zwischen dem 10. August 2020 und dem 11. Februar 2021 haben die Mitgliedstaaten weitere Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung für die alpine biogeografische Region vorgeschlagen. Außerdem haben die Mitgliedstaaten Änderungen der gebietsbezogenen Angaben übermittelt, die in der Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der alpinen biogeografischen Region enthalten sind.
- (5) Auf der Grundlage des Entwurfs der Liste, der von der Kommission im Einvernehmen mit den einzelnen Mitgliedstaaten erstellt wurde und in dem die Gebiete mit prioritären natürlichen Lebensraumtypen oder prioritären Arten ausgewiesen sind, sollte eine aktualisierte Liste der Gebiete angenommen werden, die für die alpine biogeografische Region als Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung ausgewählt wurden. Artikel 4 Absatz 4 und Artikel 6 der Richtlinie 92/43/EWG finden auf die neu aufgenommenen Gebiete Anwendung.
- (6) Die Kenntnisse über Existenz und Verteilung von natürlichen Lebensraumtypen und Arten entwickeln sich aufgrund der Überwachung gemäß Artikel 11 der Richtlinie 92/43/EWG ständig weiter. Deshalb erfolgten Bewertung und Auswahl von Gebieten auf Unionsebene auf der Grundlage der besten zu der betreffenden Zeit verfügbaren Informationen.

⁽¹⁾ ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7.

⁽²) Entscheidung 2004/69/EG der Kommission vom 22. Dezember 2003 zur Verabschiedung der Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung für die alpine biogeografische Region gemäß der Richtlinie 92/43/EWG des Rates (ABl. L 14 vom 21.1.2004, S. 21).

⁽³⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2021/165 der Kommission vom 21. Januar 2021 zur Annahme einer vierzehnten aktualisierten Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der alpinen biogeografischen Region (ABL L 51 vom 15.2.2021, S. 702).

- (7) Einige Mitgliedstaaten haben nicht genug Gebiete vorgeschlagen, um die Anforderungen der Richtlinie 92/43/EWG im Hinblick auf bestimmte Lebensraumtypen und Arten zu erfüllen. Die Kenntnisse über Existenz und Verteilung einiger in Anhang I der Richtlinie 92/43/EWG genannter natürlicher Lebensraumtypen sowie einiger in Anhang II der Richtlinie genannter Arten sind nach wie vor unvollständig. Daher kann für diese Arten und Lebensraumtypen nicht davon ausgegangen werden, dass das Natura-2000-Netz vollständig ist.
- (8) Im Interesse der Klarheit und Transparenz ist der Durchführungsbeschluss (EU) 2021/165 aufzuheben.
- (9) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Habitatausschusses —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die im Anhang festgelegte fünfzehnte aktualisierte Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der alpinen biogeografischen Region wird angenommen.

Artikel 2

Der Durchführungsbeschluss (EU) 2021/165 wird aufgehoben.

Artikel 3

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 16. Februar 2022

Für die Kommission Virginijus SINKEVIČIUS Mitglied der Kommission **ANHANG**

TEIL 1

Fünfzehnte aktualisierte Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der alpinen biogeografischen Region

Jedes Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung (GGB) wird anhand der im Natura-2000-Format gelieferten Informationen, einschließlich kartografischer Darstellung, ausgewiesen. Diese Informationen wurden von den zuständigen nationalen Behörden gemäß Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/43/EWG übermittelt.

Der nachstehenden Tabelle können folgende Informationen entnommen werden:

- A: Code des GGB, der sich aus neun Zeichen zusammensetzt, von denen die ersten beiden der ISO-Code des betreffenden Mitgliedstaats sind;
- B: Bezeichnung des GGB;
- C:* = Vorhandensein von einem oder mehreren prioritären natürlichen Lebensraumtypen und/oder einer oder mehrerer prioritärer Arten im Sinne von Artikel 1 der Richtlinie 92/43/EWG;
- D: Fläche oder Länge des GGB in Hektar bzw. Kilometern;
- E: geografische Koordinaten des GGB (Längen- und Breitengrad) in Dezimalgraden.

Sämtliche Informationen der nachstehenden Unionsliste basieren auf den von Bulgarien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Italien, Österreich, Polen, Rumänien, Slowenien, der Slowakei, Finnland und Schweden vorgeschlagenen, übermittelten und validierten Daten.

| A | В | С | D | | E | |
|--------------|---------------------|---|--|--|----------------------------------|-------------|
| Code des GGB | Bezeichnung des GGB | * | Fläche des GGB (ha) Länge des GGB (km) | | Geografische Koordinaten des GGB | |
| | | | | | Längengrad | Breitengrad |

ANHANG TEIL 2

Länge des GGB Bezeichnung des GGB Fläche des GGB (ha) Code des GGB Priorität Längengrad Breitengrad (km) Ötscher - Dürrenstein AT1203A00 42 616.04 15.1111 47,8403 Wienerwald - Thermenregion AT1211A00 51 907,57 0 16,125 48,1472 Nordöstliche Randalpen: Hohe Wand - Schneeberg - Rax 15,9833 AT1212A00 63 959,82 0 47,8833 Niederösterreichische Alpenvorlandflüsse AT1219000 7 024,54 0 15,2694 48,1833 Hohe Tauern, Kärnten I 0 AT2101000 41 606,47 12,8 47 Nockberge 0 AT2102000 7 984.5 13,75 46,8833 Hörfeld Moor - Kärntner Anteil 88 0 AT2103000 14.5167 47.0078 Sablatnig Moor AT2104000 101.7 14,6028 46,575 AT2105000 Vellacher Kotschna 586 0 14,5667 46,3833 12,9206 399 0 AT2106000 Mussen 46,7139 Inneres Pöllatal AT2108000 3 1 9 8 0 13,4667 47,0592 Wolayersee und Umgebung 0 12,8833 AT2109000 1940 46,6167 Großedlinger Teich 0 AT2110000 14,8436 46,7967 Völkermarkter Stausee 0 AT2111000 84.35 14,5667 46,6292 Villacher Alpe (Dobratsch) AT2112000 2 3 2 7 0 13.6833 46,5972 Flachwasserbiotop Neudenstein AT2113000 18 14,5861 46,6419 AT2114000 Obere Drau 1030 0 13,2333 46,75 Hochmoor bei St. Lorenzen 0 13,9194 AT2115000 48 46,8639 AT2116000 Görtschacher Moos - Obermoos im Gailtal 1 242 0 13,5 46,6 59 0 AT2117000 Turner See 14,575 46,5833 Gail im Lesachtal AT2118000 57.7 12,9333 46,6792 Gut Walterskirchen 32 0 14.1972 AT2119000 46,6194 Schütt - Graschelitzen 2 3 0 7 0 13,6833 AT2120000 46,5833

L 37/85

| AT2206000 | Ödensee | * | 234,21 | 0 | 13,8326 | 47,5633 |
|-----------|--|---|------------|---|-----------|-----------|
| AT2207000 | NSG Hörfeld | | 47,49 | 0 | 14,51 | 47,018889 |
| AT2208000 | Lafnitztal - Neudauer Teiche | * | 1 162,64 | 0 | 16,0703 | 47,2067 |
| AT2209001 | Steilhangmoor im Untertal | * | 14,24 | 0 | 13,703889 | 47,356111 |
| AT2209002 | Patzenkar | * | 130,48 | 0 | 13,658056 | 47,321111 |
| AT2209003 | Hochlagen der südöstlichen Schladminger Tauern | * | 6 498,91 | 0 | 13,996944 | 47,253056 |
| AT2209004 | Hochlagen der östlichen Wölzer Tauern und Seckauer Alpen | * | 14 060,51 | 0 | 14,5416 | 47,3824 |
| AT2210000 | Ennstaler Alpen/Gesäuse | * | 14 529,94 | 0 | 14,612778 | 47,552778 |
| AT2212000 | NSG Wörschacher Moos und ennsnahe Bereiche | * | 401 | 0 | 14,183056 | 47,553889 |
| AT2215000 | Teile der Eisenerzer Alpen | * | 4 391,29 | 0 | 14,913889 | 47,493056 |
| AT2216000 | Kirchkogel bei Pernegg | | 51,92 | 0 | 15,3302 | 47,3487 |
| AT2217000 | Peggauer Wand | | 38,57 | 0 | 15,3508 | 47,2119 |
| AT2219000 | Teile des steirischen Nockgebietes | * | 1 998,4024 | 0 | 13,8267 | 46,9416 |
| AT2221000 | Gamperlacke | * | 86,3 | 0 | 14,278056 | 47,555 |
| AT2223000 | Pölshof bei Pöls | * | 7,86 | 0 | 14,605833 | 47,226944 |
| AT2224000 | Zlaimmöser-Moore / Weißenbachalm | * | 17,458 | 0 | 13,893 | 47,6036 |
| AT2226001 | Dürnberger Moor | * | 45,15 | 0 | 14,353333 | 47,096944 |
| AT2226002 | Furtner Teich | * | 32,03 | 0 | 14,391111 | 47,091111 |
| AT2227000 | Schluchtwald der Gulling | * | 149,83 | 0 | 14,188056 | 47,496111 |
| AT2228000 | Ramsauer Torf | * | 2,3 | 0 | 13,68 | 47,403889 |
| AT2231000 | Weizklamm | * | 170,93 | 0 | 15,5789 | 47,2691 |
| AT2232000 | Buchenwälder bei Bruck an der Mur | | 106,72 | | 15,3037 | 47,3813 |
| AT2233000 | Raabklamm | * | 554,93 | 0 | 15,541944 | 47,241111 |
| AT2234000 | Breitenau - Lantsch | | 7,19 | 0 | 15,4168 | 47,3869 |
| AT2235000 | Hochwechsel | * | 493,12 | | 15,9275 | 47,5222 |

| AT2236000 | Ober- und Mittellauf der Mur mit Puxer Auwald, Puxer Wand und Gulsen | * | 1 318,03 | 0 | 14,5922 | 47,1962 |
|-----------|--|---|-----------|---|-----------|-----------|
| AT2237000 | Dieslingsee | * | 3,06 | | 13,9441 | 46,9536 |
| AT2238000 | Gersdorfer Altarm | * | 8,41 | 0 | 13,965 | 47,451944 |
| AT2239000 | Hintere Pölsenalm | * | 2,4 | 0 | 14,2597 | 47,3352 |
| AT2240000 | Ennsaltarme bei Niederstuttern | * | 69,66 | 0 | 14,081111 | 47,516111 |
| AT2241000 | Südlich gelegene Talbereiche der Göstlinger Alpen | | 600,22 | 0 | 14,9818 | 47,6989 |
| AT2243000 | Totes Gebirge mit Altausseer See | * | 23 964,45 | 0 | 13,9697 | 47,656 |
| AT2244000 | Flaumeichenwälder im Grazer Bergland | * | 4,54 | 0 | 15,38 | 47,115 |
| AT2249000 | Teile der nördlichen Zuflüsse der Walster im Mariazeller Land | | 4,94 | 0 | 15,3653 | 47,8144 |
| AT2251000 | Plannerkessel | * | 1,77 | 0 | 14,1812 | 47,3964 |
| AT2252000 | Oberlauf des Schirningbaches mit Zubringerbächen sowie Unterlauf des Enzenbaches | | 29,31 | 0 | 15,2702 | 47,1069 |
| AT2253000 | Mitterndorfer Biotopverbund und Bergmähwiesen bei Bad Mitterndorf | * | 262,5 | 0 | 13,9104 | 47,5628 |
| AT2254000 | Serpentingebiete bei Kraubath an der Mur | | 36,59 | | 14,9682 | 47,2918 |
| AT3101000 | Dachstein | * | 14 57 5 | 0 | 13,6667 | 47,5 |
| AT3104000 | Radinger Moorwiesen | | 3 | 0 | 14,3014 | 47,7367 |
| AT3111000 | Nationalpark Kalkalpen und Umgebung | * | 22 122,83 | 0 | 14,3667 | 47,7667 |
| AT3116000 | Kalksteinmauer und Orchideenwiese Laussa | * | 103 | 0 | 14,4361 | 47,9556 |
| AT3117000 | Mond- und Attersee | | 6 135 | 0 | 13,4833 | 47,7917 |
| AT3128000 | Bäche in den Steyr- und Ennstaler Voralpen | * | 505,17 | 0 | 14,2929 | 47,9511 |
| AT3130000 | Hornspitzmoore | * | 43,3 | 0 | 13,4966 | 47,5689 |
| AT3133000 | Mösl im Ebenthal | * | 2,34 | 0 | 14,4188 | 47,7024 |
| AT3134000 | Planwiesen | | 110,3 | 0 | 14,2032 | 47,8789 |
| AT3135000 | Quellflur bei Grueb | * | 4,32 | 0 | 13,2993 | 47,8759 |
| AT3136000 | Mittlere Steyr | * | 122 | 0 | 14,237354 | 47,908173 |
| AT3138000 | Schluchtwälder der Steyr- und Ennstaler Voralpen | * | 775 | 0 | 14,2178 | 47,823 |

| AT3142000 | Egelsee und Egelseemoor in Unterach | | 4,14 | 0 | 13,5043 | 47,8326 |
|-----------|---|---|--------|---|----------|----------|
| AT3143000 | Offensee und angrenzendes Verlandungsmoor | * | 65,95 | 0 | 13,8386 | 47,754 |
| AT3144000 | Goiserer Weißenbachtal | * | 1 056 | 0 | 13,5076 | 47,6543 |
| AT3145000 | Röll | * | 327,2 | 0 | 13,9693 | 47,7237 |
| AT3146000 | Teichlboden | | 1,66 | 0 | 14,2919 | 47,6502 |
| AT3148000 | Burgberg Losenstein | * | 1,83 | 0 | 14,4373 | 47,9239 |
| AT3151000 | Tuffquelle und Hangwald in Loiben | * | 1,39 | 0 | 14,64518 | 47,83584 |
| AT3153000 | Kalktuffquelle in Vorderstoder | * | 1,12 | 0 | 14,20616 | 47,70964 |
| AT3203010 | Winklmoos | * | 78,08 | 0 | 12,5914 | 47,6506 |
| AT3204002 | Sieben-Möser/Gerlosplatte | * | 168,57 | 0 | 12,1447 | 47,2392 |
| AT3205021 | Obertauern-Hundsfeldmoor | * | 99,36 | 0 | 13,5634 | 47,2561 |
| AT3206007 | Bluntautal | * | 433,8 | 0 | 13,13 | 47,5758 |
| AT3207020 | Seetaler See | * | 214,54 | 0 | 13,9347 | 47,1506 |
| AT3208118 | Schwarzbergklamm | * | 14,07 | 0 | 12,6189 | 47,6328 |
| AT3210001 | Hohe Tauern, Salzburg | * | 80 505 | 0 | 12,7461 | 47,1353 |
| AT3211012 | Kalkhochalpen, Salzburg | * | 23 725 | 0 | 13,0997 | 47,5028 |
| AT3212111 | Tauglgries | * | 50,65 | 0 | 13,1447 | 47,6589 |
| AT3213003 | Gerzkopf | * | 90,83 | 0 | 13,4297 | 47,4619 |
| AT3214000 | Rotmoos-Käfertal | * | 168,74 | 0 | 12,7858 | 47,1247 |
| AT3222000 | Moore am Überling | * | 38,41 | 0 | 13,9025 | 47,1736 |
| AT3224000 | Entrische Kirche | | 6,39 | 2 | 13,0856 | 47,28 |
| AT3226000 | Zinkenbach-Karlgraben | * | 100,41 | 0 | 13,355 | 47,6767 |
| AT3227000 | Untersberg-Vorland | * | 193,23 | 0 | 12,9481 | 47,7547 |
| AT3230000 | Zeller See Südufer | | 32,35 | 0 | 12,81 | 47,3 |
| AT3231000 | Mooshamer Moos Ost | | 3,19 | 0 | 13,72 | 47,1 |
| AT3232000 | Kopfweiden am Almkanal | * | 1,77 | 0 | 13,04 | 47,77 |

| AT3308000 | Schwemm | * | 65,68 | 0 | 12,2981 | 47,6586 |
|-----------|--|---|----------|-----|---------|---------|
| AT3309000 | Tiroler Lech | * | 4 146,9 | 0 | 10,54 | 47,3442 |
| AT3310000 | Arzler Pitzeklamm | * | 31,2 | 0 | 10,7758 | 47,2108 |
| AT3311000 | Engelswand | | 39,8 | 0 | 10,9194 | 47,1639 |
| AT3313000 | Fließer Sonnenhänge | | 88,84 | 0 | 10,6194 | 47,1167 |
| AT3314000 | Osttiroler Gletscherflüsse Isel, Schwarzach und Kalserbach | | 306,07 | 0 | 12,5632 | 46,9545 |
| AT3315000 | Sinesbrunn | * | 51,84 | 0 | 10,8042 | 47,2992 |
| AT3316000 | Tiefer-Wald | | 1,73 | 0 | 10,4886 | 46,8743 |
| AT3317000 | Padeilemähder | | 32 | | 11,3718 | 47,0924 |
| AT3318000 | Bergmähwiesen in Obernberg am Brenner | * | 132,03 | | 11,4282 | 47,0338 |
| AT3401000 | Naturschutzgebiet Rohrach | * | 48,19 | 0 | 9,8161 | 47,5878 |
| AT3402000 | Rheindelta | * | 2 065,65 | 0 | 9,6408 | 47,5008 |
| AT3403000 | Mehrerauer Seeufer - Mündung der Bregenzerach | * | 118,03 | 0 | 9,7031 | 47,5072 |
| AT3405000 | Bregenzerachschlucht | * | 434,02 | 9,5 | 9,8222 | 47,4926 |
| AT3406000 | Witmoos | * | 18,19 | 0 | 9,8475 | 47,5033 |
| AT3407000 | Fohramoos | * | 54,3 | 0 | 9,8039 | 47,4203 |
| AT3408000 | Bangs - Matschels | * | 447,42 | 0 | 9,5389 | 47,2722 |
| AT3409000 | Ludescherberg | * | 377,35 | 0 | 9,8018 | 47,1977 |
| AT3410000 | Gadental | * | 1 543,77 | 0 | 9,9964 | 47,225 |
| AT3413000 | Wiegensee | * | 64,74 | 0 | 10,095 | 46,9769 |
| AT3414000 | Leiblach | * | 21,45 | 0 | 9,7348 | 47,5322 |
| AT3415000 | Alpenmannstreu Gamperdonatal | * | 37,61 | 0 | 9,6539 | 47,0856 |
| AT3416000 | Spirkenwälder Saminatal | * | 477,57 | 0 | 9,6097 | 47,1641 |
| AT3417000 | Spirkenwälder Brandnertal | * | 104,74 | 0 | 9,7525 | 47,125 |
| AT3418000 | Spirkenwald Oberer Tritt | * | 12,7 | 0 | 9,7086 | 47,1356 |
| AT3419000 | Spirkenwälder Innergamp | * | 43,87 | 0 | 9,6468 | 47,1581 |
| AT3420000 | Unter-Überlut | * | 22,85 | 0 | 9,9717 | 47,2522 |

| BG0000399 | Bulgarka | * | 24 009,0341 | 0 | 25,3974 | 42,7638 |
|-----------|--|---|--------------|---|-----------|-----------|
| BG0000494 | Tsentralen Balkan | * | 72 021,0722 | 0 | 24,731944 | 42,738333 |
| BG0000495 | Rila | * | 77 927,168 | 0 | 23,5225 | 42,144444 |
| BG0000496 | Rilski manastir | * | 25 299,8005 | 0 | 23,364722 | 42,124167 |
| BG0000625 | Izvoro | * | 7,038 | 0 | 23,432222 | 41,858056 |
| BG0000626 | Krushe | * | 291,873 | 0 | 23,376944 | 41,859722 |
| BG0000636 | Niska Rila | * | 37 191,67 | | 23,4255 | 42,2611 |
| BG0001021 | Reka Mesta | * | 19 401,6899 | 0 | 23,662222 | 41,713056 |
| BG0001028 | Sreden Pirin - Alibotush | * | 68 934,385 | 0 | 23,566667 | 41,510556 |
| BG0001030 | Rodopi - Zapadni | * | 272 851,406 | 0 | 24,229444 | 41,752778 |
| BG0001031 | Rodopi - Sredni | * | 155 107,6837 | 0 | 25,0531 | 41,83 |
| BG0001040 | Zapadna Stara planina i Predbalkan | * | 219 753,2598 | 0 | 22,9183 | 43,3411 |
| BG0001042 | Iskarski prolom - Rzhana | * | 22 693,26 | 0 | 23,496944 | 43,028611 |
| BG0001043 | Etropole - Baylovo | * | 27 448,2536 | 0 | 23,88 | 42,722778 |
| BG0001386 | Yadenitsa | * | 17 016,2128 | 0 | 24,006389 | 42,105 |
| BG0001389 | Sredna gora | * | 110 373,64 | 0 | 24,280833 | 42,586389 |
| BG0001493 | Tsentralen Balkan - bufer | * | 138 363,8244 | 0 | 24,740556 | 42,800833 |
| DE8236371 | Flyschberge bei Bad Wiessee | * | 956,48 | 0 | 11,6775 | 47,7125 |
| DE8238301 | Standortübungsplatz St.Margarethen/Brannenburg | * | 60,3 | 0 | 12,0756 | 47,7286 |
| DE8239371 | Hochriesgebiet und Hangwälder im Aschauer Tal | * | 1 825,73 | 0 | 12,265 | 47,7431 |
| DE8239372 | Geigelstein und Achentaldurchbruch | * | 3 207,23 | 0 | 12,3372 | 47,7103 |
| DE8240371 | Mettenhamer Filz, Süssener und Lanzinger Moos mit Extensivwiesen | * | 149,46 | 0 | 12,4442 | 47,7489 |
| DE8241371 | Extensivwiesen um Ruhpolding | | 105,61 | 0 | 12,6272 | 47,7581 |
| DE8241372 | Östliche Chiemgauer Alpen | * | 12 932,87 | 0 | 12,67 | 47,7056 |
| DE8325301 | Lindenberger Moos | * | 101,77 | 0 | 9,8667 | 47,6047 |
| DE8332303 | Bergsturzgebiet 'Im Gsott' | * | 91,52 | 0 | 11,0953 | 47,6497 |
| DE8332304 | Ammertaler Wiesmahdhänge | * | 449,43 | 0 | 11,0561 | 47,6156 |

DE8333371

DE8334302

DE8334372

DE8334373

DE8336371

DE8342301

DE8342302

DE8343303

DE8343371

DE8343372

DE8424302

DE8426301

DE8426302

DE8427301

DE8429303

DE8429304

DE8430303

DE8431371

DE8432301

DE8432302

DE8433301

DE8433371

DE8434372

DE8525301

Untersberg

Grünten

Aggenstein

Ammergebirge

Estergebirge

| DE8526301 | Wildflusssystem Bolgenach | * | 163,81 | 0 | 10,1344 | 47,4444 |
|-----------|--|---|-------------|---|----------|---------|
| DE8526302 | Piesenkopfmoore | * | 781,49 | 0 | 10,1389 | 47,4167 |
| DE8527301 | Hörnergruppe | * | 1 179,17 | 0 | 10,1692 | 47,4656 |
| DE8527371 | Schönberger Ach | * | 29,69 | 0 | 10,2164 | 47,4364 |
| DE8528301 | Allgäuer Hochalpen | * | 21 222,9 | 0 | 10,3225 | 47,3889 |
| DE8532371 | Wettersteingebirge | * | 4 256,15 | 0 | 11,09 | 47,4169 |
| DE8533301 | Mittenwalder Buckelwiesen | * | 1 904,09 | 0 | 11,2411 | 47,4603 |
| DE8626301 | Hoher Ifen | * | 2 453,38 | 0 | 10,1483 | 47,3806 |
| DE8627301 | Engenkopfmoor | * | 94,24 | 0 | 10,2094 | 47,3967 |
| DE8627302 | Schlappolt | * | 196,08 | 0 | 10,2297 | 47,3631 |
| ES0000016 | Ordesa y Monte Perdido | * | 15 797,2762 | 0 | - 0,0319 | 42,64 |
| ES0000018 | Prepirineu Central català | * | 57 074,77 | 0 | 1,6883 | 42,255 |
| ES0000022 | Aigüestortes | * | 56 120,73 | 0 | 0,9454 | 42,5536 |
| ES0000123 | Larra-Aztaparreta | * | 3 922,85 | 0 | - 0,7914 | 42,9392 |
| ES0000126 | Roncesvalles-Selva de Irati | * | 18 077,73 | 0 | - 1,0599 | 42,9676 |
| ES0000129 | Sierra de Artxuga, Zarikieta y Montes de Areta | * | 19 530,14 | 0 | - 1,3317 | 42,842 |
| ES0000130 | Sierra de Arrigorrieta y Peña Ezkaurre | * | 6 377,99 | 0 | - 0,886 | 42,8305 |
| ES0000149 | Posets - Maladeta | * | 34 433,5568 | 0 | 0,5308 | 42,64 |
| ES2200009 | Larrondo-Lakartxela | * | 2 614,1 | 0 | - 0,8859 | 42,9381 |
| ES2200012 | Río Salazar | * | 414,55 | 0 | - 1,2477 | 42,6566 |
| ES2200018 | Belate | * | 26 067,44 | 0 | - 1,6689 | 43,0617 |
| ES2200019 | Monte Alduide | * | 9 028,69 | 0 | - 1,4561 | 43,0307 |
| ES2200025 | Sistema fluvial de los ríos Irati, Urrobi y Erro | * | 1 101,04 | 0 | - 1,3701 | 42,7438 |
| ES2200027 | Ríos Eska y Biniés | * | 288,67 | 0 | - 0,8651 | 42,9241 |
| ES2410001 | Los Valles - Sur | * | 22 913,2699 | 0 | - 0,7686 | 42,7439 |
| ES2410002 | Pico y Turberas del Anayet | | 408,3368 | 0 | - 0,4394 | 42,7844 |
| ES2410003 | Los Valles | * | 27 066,1992 | 0 | - 0,68 | 42,81 |

Amtsblatt der Europäischen Union

| ES2410054 | Sierra Ferrera | * | 8 023,2371 | 0 | 0,2669 | 42,4808 |
|-----------|---|---|------------|----|----------|---------|
| ES2410055 | Sierra de Arro | * | 1 459,8995 | 0 | 0,2303 | 42,4219 |
| ES2410056 | Sierra de Chía - Congosto de Seira | * | 8 666,8584 | 0 | 0,4161 | 42,51 |
| ES2410059 | El Turbón | * | 2 822,036 | 0 | 0,5067 | 42,4194 |
| ES2410150 | Cueva de Los Moros | | 0,0625 | 0 | - 0,5278 | 42,6861 |
| ES2410154 | Turberas del Macizo de Los Infiernos | | 50,2655 | 0 | - 0,2697 | 42,7708 |
| ES2410155 | Turberas de Acumuer | | 13,3023 | 0 | - 0,4283 | 42,7072 |
| ES5120002 | Capçaleres del Ter i del Freser | * | 14 733,2 | 0 | 2,2167 | 42,3846 |
| ES5120003 | Serra Cavallera | * | 6 186,02 | 0 | 2,2334 | 42,2903 |
| ES5120019 | Riberes de l'Alt Ter | * | 409,83 | 41 | 2,294 | 42,2324 |
| ES5120022 | Riu Duran | * | 102,73 | 91 | 1,7955 | 42,4235 |
| ES5120024 | Montgrony | * | 3 803,8 | 0 | 2,0831 | 42,2822 |
| ES5120026 | Tossa Plana de Lles-Puigpedrós | * | 13 305,56 | 0 | 1,6695 | 42,4497 |
| ES5120027 | Rasos de Tubau | | 644,53 | 0 | 2,0472 | 42,2239 |
| ES5120028 | Vall del Rigart | * | 210,26 | 0 | 2,1203 | 42,3133 |
| ES5130002 | Riu Verneda | * | 75,47 | 97 | 1,6711 | 42,3908 |
| ES5130003 | Alt Pallars | * | 77 183,2 | 0 | 1,034 | 42,7159 |
| ES5130004 | Baish Aran | * | 12 444,98 | 0 | 0,788 | 42,799 |
| ES5130005 | Era Artiga de Lin - Eth Portilhon | * | 7 047,87 | 0 | 0,7168 | 42,6713 |
| ES5130006 | Estanho de Vielha | * | 28,88 | 0 | 0,8144 | 42,7095 |
| ES5130007 | Riberes de l'Alt Segre | * | 216,62 | 23 | 1,8499 | 42,3915 |
| ES5130010 | Serra de Boumort-Collegats | * | 18 414,83 | 0 | 1,1003 | 42,2367 |
| ES5130011 | Riu de la Llosa | * | 84,12 | 0 | 7,7015 | 42,4255 |
| ES5130012 | Vall Alta de Serradell-Serra de Sant Gervàs | * | 12 920,99 | 0 | 0,8124 | 42,2305 |
| ES5130015 | Serres del Montsec, Sant Mamet i Mitjana | * | 32 423,71 | 0 | 0,8722 | 42,0303 |
| ES5130019 | Estany de Montcortès | * | 45,01 | 0 | 0,9947 | 42,3319 |
| ES5130022 | La Torrassa | * | 59,58 | 0 | 1,1331 | 42,6064 |

Amtsblatt der Europäischen Union

| FI1302009 | Kirkkotupien niitty | * | 1,1 | 27,0092 | 69,8636 |
|-----------|--|---|--------|-----------|----------|
| FI1302010 | Luomusjoen kuolpuna | | 2 | 26,1361 | 69,395 |
| FI1302011 | Välimaan kenttä | * | 2 | 27,4925 | 70,0197 |
| FI1302012 | Pappilan niitty | * | 3,2 | 27,0089 | 69,8619 |
| FI1302013 | Mieraslompolon kenttä | * | 2,2 | 27,2058 | 69,5931 |
| FR7200742 | Massif du Moulle de Jaout | * | 16 350 | - 0,3387 | 43,02546 |
| FR7200743 | Massif du Ger et du Lurien | * | 13 484 | - 0,37045 | 42,89004 |
| FR7200744 | Massif de Sesques et de l'Ossau | * | 25 794 | - 0,50082 | 42,89767 |
| FR7200745 | Massif du Montagnon | * | 8 694 | - 0,51696 | 43,02886 |
| FR7200746 | Massif de l'Anie et d'Espelunguère | * | 14 253 | - 0,63427 | 42,87014 |
| FR7200747 | Massif du Layens | * | 5 597 | - 0,64662 | 43,05104 |
| FR7200749 | Montagnes du Barétous | * | 14 421 | - 0,81359 | 43,04565 |
| FR7200750 | Montagnes de la Haute Soule | * | 14 360 | - 0,98068 | 42,9946 |
| FR7200751 | Montagnes du Pic des Escaliers | * | 8 600 | - 0,98413 | 43,0554 |
| FR7200752 | Massif des Arbailles | * | 12 784 | - 1,02051 | 43,12301 |
| FR7200753 | Forêt d'Iraty | * | 2 500 | - 1,07507 | 43,03008 |
| FR7200754 | Montagnes de Saint-Jean-Pied-de-Port | * | 11 760 | - 1,19827 | 43,07172 |
| FR7200781 | Gave de Pau | * | 8 194 | -0,51334 | 43,35721 |
| FR7200786 | La Nive | * | 9 473 | - 1,37981 | 43,26424 |
| FR7200790 | Le Saison (cours d'eau) | * | 2 200 | - 0,87361 | 43,2375 |
| FR7200791 | Le Gave d'Oloron (cours d'eau) et marais de Labastide-Villefranche | * | 2 547 | - 0,99109 | 43,43379 |
| FR7200792 | Le Gave d'Aspe et le Lourdios (cours d'eau) | * | 1 595 | - 0,59097 | 43,12076 |
| FR7200793 | Le Gave d'Ossau | * | 2 300 | - 0,41833 | 43,07806 |
| FR7300821 | Vallée de l'Isard, mail de Bulard, pics de Maubermé, de Serre-Haute et du Crabère | * | 6 428 | 0,92056 | 42,83333 |
| FR7300822 | Vallée du Riberot et massif du Mont Valier | * | 7 745 | 1,06333 | 42,81167 |
| FR7300825 | Mont Ceint, mont Béas, tourbière de Bernadouze | * | 2 218 | 1,4 | 42,7944 |

| FR7300827 | Vallée de l'Aston | * | 14 961 | 1,66 | 42,69333 |
|-----------|---|---|---------|-----------|----------|
| FR7300829 | Quiès calcaires de Tarascon-sur-Ariège et grotte de la Petite Caougno | | 2 478 | 1,65056 | 42,82194 |
| FR7300831 | Quérigut, Laurenti, Rabassolles, Balbonne, la Bruyante, haute vallée de l'Oriège | * | 10 255 | 2,03417 | 42,67472 |
| FR7300838 | Grotte de Montseron | * | 1 | 1,32802 | 43,02 |
| FR7300839 | Grotte du Ker de Massat | * | 1 | 1,32459 | 42,9 |
| FR7300841 | Queirs du Mas d'Azil et de Camarade, grottes du Mas d'Azil et de la carrière de Sabarat | * | 1 629 | 1,33556 | 43,07972 |
| FR7300842 | Pechs de Foix, Soula et Roquefixade, grotte de l'Herm | * | 2 211 | 1,65944 | 42,94694 |
| FR7300880 | Haute vallée d'Oô | * | 3 407 | 0,5025 | 42,73056 |
| FR7300881 | Haute vallée de la Pique | * | 8 251 | 0,59333 | 42,72417 |
| FR7300883 | Haute vallée de la Garonne | * | 11 134 | 0,78 | 42,87778 |
| FR7300884 | Zones rupestres xérothermiques du bassin de Marignac, Saint-Béat, pic du Gar, montagne de Rié | * | 7 680 | 0,72667 | 42,95 |
| FR7300920 | Granquet-Pibeste et Soum d'Ech | * | 7 259 | - 0,15361 | 43,05833 |
| FR7300921 | Gabizos (et vallée d'Arrens, versant sud-est du Gabizos) | * | 2 996 | - 0,27167 | 42,92889 |
| FR7300922 | Gaves de Pau et de Cauterets (et gorge de Cauterets) | * | 482 | - 0,0895 | 42,98624 |
| FR7300923 | Moun Né de Cauterets, pic de Cabaliros | * | 3 703 | - 0,14222 | 42,92417 |
| FR7300924 | Péguère, Barbat, Cambalès | * | 4 651 | - 0,17694 | 42,85194 |
| FR7300925 | Gaube, Vignemale | * | 7 378 | - 0,14306 | 42,81028 |
| FR7300926 | Ossoue, Aspé, Cestrède | * | 5 214 | - 0,05417 | 42,76167 |
| FR7300927 | Estaubé, Gavarnie, Troumouse et Barroude | * | 9 479 | 0,055 | 42,7325 |
| FR7300928 | Pic Long Campbielh | * | 8 174 | 0,11806 | 42,79056 |
| FR7300929 | Néouvielle | * | 6 176 | 0,15056 | 42,865 |
| FR7300930 | Barèges, Ayré, Piquette | * | 1 448 | 0,09306 | 42,87306 |
| FR7300931 | Lac Bleu Léviste | * | 6 942 | 0,035 | 42,92444 |
| FR7300932 | Liset de Hount Blanque | * | 4 0 5 9 | 0,16917 | 42,95667 |
| FR7300933 | Hautes-Baronnies, Coume de Pailhas | * | 300 | 0,25 | 43,00528 |

| FR7300934 | Rioumajou et Moudang | * | 9 522 | 0,28583 | 42,74028 |
|-----------|--|---|---------|---------|----------|
| FR7300935 | Haut-Louron : Aygues Tortes, Caillauas, Gourgs Blancs, Gorges de Clarabide, pics des Pichadères et d'Estiouère, montagne de Tramadits | * | 5 439 | 0,42222 | 42,73306 |
| FR7301822 | Garonne, Ariège, Hers, Salat, Pique et Neste | * | 9 581 | 1,83139 | 43,08389 |
| FR8201680 | Landes, pelouses, forêts et prairies humides de Lus-la-Croix-Haute | * | 3 637,4 | 5,72685 | 44,6768 |
| FR8201681 | Gervanne et rebord occidental du Vercors | * | 18 150 | 5,15847 | 44,8155 |
| FR8201682 | Rebord méridional du Vercors | * | 4 724 | 5,24598 | 44,8725 |
| FR8201692 | Monts du matin, combe Laval et val Sainte-Marie | * | 2 339 | 5,18959 | 44,9883 |
| FR8201698 | Contamines Montjoie - Miage - Tré la Tête | * | 5 537,3 | 6,74972 | 45,77917 |
| FR8201699 | Aiguilles Rouges | * | 9 048,7 | 6,85528 | 45,98167 |
| FR8201700 | Haut Giffre | * | 12 409 | 6,82417 | 46,04028 |
| FR8201701 | Les Aravis | * | 8 890,7 | 6,55111 | 45,9675 |
| FR8201702 | Plateau de Beauregard | * | 413 | 6,39028 | 45,88417 |
| FR8201703 | Massif de la Tournette | * | 4 649,8 | 6,27667 | 45,83361 |
| FR8201704 | Les Frettes - Massif des Glières | * | 8 069,8 | 6,31937 | 45,95639 |
| FR8201705 | Massif du Bargy | * | 3 847 | 6,47125 | 45,9985 |
| FR8201706 | Roc d'Enfer | * | 4 047 | 6,59832 | 46,1873 |
| FR8201707 | Plateau de Loëx | * | 1 231 | 6,65332 | 46,1246 |
| FR8201708 | Mont de Grange | | 1 254 | 6,80439 | 46,2611 |
| FR8201709 | Cornettes de Bise | * | 1 548,4 | 6,78417 | 46,32083 |
| FR8201710 | Massif des Voirons | * | 978 | 6,35417 | 46,20722 |
| FR8201712 | Le Salève | * | 4 427 | 6,16306 | 46,10917 |
| FR8201715 | Vallée de l'Arve | * | 757 | 6,34825 | 46,1112 |
| FR8201719 | Delta de la Dranse | * | 53 | 6,51583 | 46,39861 |
| FR8201720 | Cluse du Lac d'Annecy | * | 282 | 6,22639 | 45,79222 |
| FR8201722 | Zones humides du Bas Chablais | * | 282 | 6,435 | 46,33556 |

| FR8201723 | Plateau Gavot | * | 165 | 6,65528 | 46,37694 |
|-----------|---|---|----------|---------|----------|
| FR8201724 | Marais de Chilly et de Marival | * | 38 | 6,3025 | 46,29194 |
| FR8201732 | Tourbières du Luitel et leur bassin versant | * | 306,8 | 5,85694 | 45,08944 |
| FR8201733 | Cembraie, pelouses, lacs et tourbières de Belledonne, de Chamrousse au Grand Colon | * | 2 662 | 5,92603 | 45,1335 |
| FR8201735 | Landes, tourbières et habitats rocheux du Massif du Taillefer | * | 3 697 | 5,91756 | 45,0517 |
| FR8201736 | Marais à Laiche bicolore, prairies de fauche et habitats rocheux du Vallon du Ferrand et du Plateau d'Emparis | * | 2 412 | 6,2075 | 45,0758 |
| FR8201738 | Plaine de Bourg d'Oisans et ses versants | * | 3 473 | 6,02721 | 45,0643 |
| FR8201740 | Hauts de Chartreuse | * | 4 423 | 5,88822 | 45,3923 |
| FR8201741 | Ubacs du Charmant Som et gorges du Guiers Mort | * | 2 329 | 5,755 | 45,3311 |
| FR8201743 | La Bourne | * | 2 805 | 5,39347 | 45,0694 |
| FR8201744 | Hauts plateaux et contreforts du Vercors oriental | * | 20 953,4 | 5,50992 | 44,84845 |
| FR8201745 | Pelouses, forêts remarquables et habitats rocheux du Plateau du Sornin | * | 1 312 | 5,60879 | 45,1998 |
| FR8201747 | Massif de l'Obiou et gorges de la Souloise | * | 3 743 | 5,88806 | 44,7775 |
| FR8201751 | Massif de la Muzelle | * | 16 896 | 6,06266 | 44,9288 |
| FR8201753 | Forêts, landes et prairies de fauche des versants du Col d'Ornon | * | 4 814 | 5,96826 | 44,9823 |
| FR8201770 | Réseau de zones humides, pelouses, landes et falaises de l'avant-pays savoyard | * | 3 151 | 5,7107 | 45,6644 |
| FR8201772 | Réseau de zones humides de l'Albanais | * | 599 | 5,95438 | 45,7667 |
| FR8201773 | Réseau de zones humides dans la Combe de Savoie et la moyenne vallée de l'Isère | * | 876,8 | 6,14376 | 45,53395 |
| FR8201774 | Tourbière des Creusates | * | 12 | 6,02944 | 45,68694 |
| FR8201775 | Rebord méridional du Massif des Bauges | * | 1 169,9 | 6,02417 | 45,52472 |
| FR8201776 | Tourbière et lac des Saisies | * | 288 | 6,51889 | 45,77083 |
| FR8201777 | Adrets de Tarentaise | * | 983 | 6,69013 | 45,5964 |
| FR8201778 | Landes, prairies et habitats rocheux du massif du mont Thabor | * | 4 790 | 6,56723 | 45,1271 |
| FR8201779 | Formations forestières et herbacées des Alpes internes | * | 1 560,1 | 6,87 | 45,29389 |

. 37/104

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

Amtsblatt der Europäischen Union

| IT3110043 | Prati Aridi Rocciosi di Sant`Ottilia | | 0,12 | 0 | 10,618 | 46,6127 |
|-----------|---|---|--------|---|-----------|-----------|
| IT3110044 | Biotopo Sonnenberg Vegetazione Steppica Schlanderser Leiten | * | 25 | 0 | 10,7923 | 46,6283 |
| IT3110045 | Biotopo Sonnenberg Vegetazione Steppica Kortscher Leiten | * | 56 | 0 | 10,7314 | 46,6369 |
| IT3110046 | Biotopo Palude della Volpe | * | 4,04 | 0 | 11,2389 | 46,503 |
| IT3110048 | Prati dell'Armentara | * | 342 | 0 | 11,9267 | 46,6261 |
| IT3110049 | Parco Naturale Fanes - Senes - Braies | * | 25 453 | 0 | 12,0567 | 46,6531 |
| IT3110050 | Parco Naturale Tre Cime | * | 11 892 | 0 | 12,2992 | 46,6667 |
| IT3110051 | Biotopo Ahrau di Stegona | * | 18 | 0 | 11,9275 | 46,805 |
| IT3110052 | Biotopo Bigleidermoos - Biotop Bigleidermoos | * | 5,04 | 0 | 11,342 | 46,3705 |
| IT3110053 | Biotopo Tartscher Bühel - Biotop Tartscher Bühel | * | 22 | 0 | 10,5591 | 46,6786 |
| IT3110054 | Gaulschlucht | * | 66 | 0 | 11,1262 | 46,6083 |
| IT3110055 | Schgumser Möser | * | 24 | 0 | 10,6538 | 46,6125 |
| IT3120001 | Alta Val di Rabbi | * | 4 434 | 0 | 10,757222 | 46,439722 |
| IT3120002 | Alta Val La Mare | * | 5 819 | 0 | 10,672222 | 46,418611 |
| IT3120003 | Alta Val del Monte | * | 4 464 | 0 | 10,591111 | 46,3675 |
| IT3120015 | Tre Cime Monte Bondone | * | 223 | 0 | 11,037222 | 46,001667 |
| IT3120017 | Campobrun | * | 426 | 0 | 11,131111 | 45,705278 |
| IT3120018 | Scanuppia | * | 529 | 0 | 11,163333 | 45,963333 |
| IT3120019 | Lago Nero | * | 3,08 | 0 | 11,3154 | 46,2836 |
| IT3120020 | Palu' Longa | * | 5,93 | 0 | 11,368333 | 46,296111 |
| IT3120021 | Lago delle Buse | | 18 | 0 | 11,454722 | 46,179722 |
| IT3120022 | Palu' dei Mugheri | * | 9,06 | 0 | 11,696111 | 46,298889 |
| IT3120023 | Sorte di Bellamonte | * | 11 | 0 | 11,672222 | 46,309444 |
| IT3120024 | Zona Umida Valfloriana | * | 203 | 0 | 11,3825 | 46,226389 |
| IT3120027 | Canzenagol | * | 3,39 | 0 | 11,6077 | 46,2719 |
| IT3120028 | Pra delle Nasse | * | 8,08 | 0 | 11,79057 | 46,2642 |

37/116

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

Amtsblatt der Europäischen Union

37/120

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

| IT3230005 | Gruppo Marmolada | * | 1 305 | 20 | 11,8725 | 46,426667 |
|-----------|---|---|--------|-----|-----------|-----------|
| IT3230006 | Val Visdende - Monte Peralba - Quaterna' | * | 14 165 | 73 | 12,595278 | 46,631389 |
| IT3230017 | Monte Pelmo - Mondeval - Formin | * | 11 065 | 89 | 12,125 | 46,456111 |
| IT3230019 | Lago di Misurina | | 75 | 5 | 12,259722 | 46,583333 |
| IT3230022 | Massiccio del Grappa | * | 22 473 | 142 | 11,808889 | 45,898333 |
| IT3230025 | Gruppo del Visentin: M. Faverghera - M. Cor | * | 1 562 | 24 | 12,302778 | 46,065278 |
| IT3230026 | Passo di San Boldo | * | 38 | 3 | 12,173889 | 46,003889 |
| IT3230027 | Monte Dolada Versante S.E. | * | 659 | 13 | 12,339722 | 46,196389 |
| IT3230031 | Val Tovanella Bosconero | * | 8 845 | 53 | 12,283333 | 46,339722 |
| IT3230035 | Valli del Cismon - Vanoi: Monte Coppolo | * | 2 845 | 29 | 11,726667 | 46,078611 |
| IT3230042 | Torbiera di Lipoi | * | 65 | 5 | 11,956667 | 46,038611 |
| IT3230043 | Pale di San Martino: Focobon, Pape - San Lucano, Agner - Croda Granda | * | 10 909 | 66 | 11,906111 | 46,304167 |
| IT3230044 | Fontane di Nogare' | * | 212 | 9 | 12,242222 | 46,151111 |
| IT3230045 | Torbiera di Antole | | 25 | 3 | 12,1753 | 46,13758 |
| IT3230047 | Lago di Santa Croce | | 788 | 14 | 12,338056 | 46,113611 |
| IT3230060 | Torbiere di Danta | * | 205 | 11 | 12,499167 | 46,563333 |
| IT3230063 | Torbiere di Lac Torond | * | 38 | 3 | 11,991389 | 46,238056 |
| IT3230067 | Aree palustri di Melere - Monte Gal e boschi di Col d'Ongia | * | 111 | 8 | 12,215278 | 46,046944 |
| IT3230068 | Valpiana - Valmorel (Aree palustri) | | 126 | 6 | 12,227222 | 46,074444 |
| IT3230071 | Dolomiti di Ampezzo | * | 11 362 | 77 | 12,105556 | 46,595278 |
| IT3230077 | Foresta del Cansiglio | * | 5 060 | 44 | 12,410278 | 46,081944 |
| IT3230078 | Gruppo del Popera - Dolomiti di Auronzo e di Val Comelico | * | 8 924 | 73 | 12,386389 | 46,6025 |
| IT3230080 | Val Talagona - Gruppo Monte Cridola - Monte Duranno | * | 12 252 | 68 | 12,418056 | 46,393333 |
| IT3230081 | Gruppo Antelao - Marmarole - Sorapis | * | 17 069 | 74 | 12,289444 | 46,502222 |
| IT3230083 | Dolomiti Feltrine e Bellunesi | * | 31 383 | 178 | 12,050833 | 46,186111 |

| IT3230084 | Civetta - Cime di San Sebastiano | * | 6 597 | 68 | 12,079722 | 46,349722 |
|-----------|---|---|---------|-----|-----------|-----------|
| IT3230085 | Comelico - Bosco della Digola - Brentoni - Tudaio | * | 12 085 | 89 | 12,587222 | 46,516944 |
| IT3230088 | Fiume Piave dai Maserot alle grave di Pederobba | * | 3 236 | 121 | 12,07072 | 46,0791 |
| IT3230090 | Cima Campo - Monte Celado | * | 1 812 | 24 | 11,708056 | 45,999444 |
| IT3240003 | Monte Cesen | * | 3 697 | 32 | 12,011667 | 45,953889 |
| IT3310001 | Dolomiti Friulane | * | 36 740 | 0 | 12,5411 | 46,3239 |
| IT3310002 | Val Colvera di Jof | * | 396 | 0 | 12,6783 | 46,2006 |
| IT3310003 | Monte Ciaurlec e Forra del Torrente Cosa | * | 875 | 0 | 12,8703 | 46,2339 |
| IT3310004 | Forra del Torrente Cellina | * | 289 | 0 | 12,6075 | 46,1839 |
| IT3310006 | Foresta del Cansiglio | * | 2 713 | 0 | 12,4436 | 46,0611 |
| IT3320001 | Gruppo del Monte Coglians | * | 5 405 | 0 | 12,81 | 46,6203 |
| IT3320002 | Monti Dimon e Paularo | * | 702 | 0 | 13,0733 | 46,5642 |
| IT3320003 | Creta di Aip e Sella di Lanza | * | 3 894 | 0 | 13,1767 | 46,5611 |
| IT3320004 | Monte Auernig e Monte Corona | * | 465 | 0 | 13,3344 | 46,5561 |
| IT3320005 | Valloni di Rio Bianco e di Malborghetto | * | 4 662 | 0 | 13,4122 | 46,5397 |
| IT3320006 | Conca di Fusine | * | 3 7 3 8 | 0 | 13,6589 | 46,4689 |
| IT3320007 | Monti Bivera e Clapsavon | * | 1 832 | 0 | 12,6322 | 46,4472 |
| IT3320008 | Col Gentile | * | 1 038 | 0 | 12,8072 | 46,4597 |
| IT3320009 | Zuc dal Bor | * | 1 415 | 0 | 13,2389 | 46,4611 |
| IT3320010 | Jof di Montasio e Jof Fuart | * | 7 999 | 0 | 13,4881 | 46,4331 |
| IT3320011 | Monti Verzegnis e Valcalda | * | 2 406 | 0 | 12,8644 | 46,3572 |
| IT3320012 | Prealpi Giulie Settentrionali | * | 9 592 | 0 | 13,2203 | 46,3519 |
| IT3320013 | Lago Minisini e Rivoli Bianchi | * | 402 | 0 | 13,1375 | 46,3083 |
| IT3320014 | Torrente Lerada | * | 365 | 0 | 13,3933 | 46,2114 |
| IT3320015 | Valle del Medio Tagliamento | * | 3 580 | 0 | 13,0419 | 46,2372 |
| IT3320016 | Forra del Cornappo | * | 299 | 0 | 13,2969 | 46,2425 |
| IT3320017 | Rio Bianco di Taipana e Gran Monte | * | 1 721 | 0 | 13,3489 | 46,2797 |

L 37/122

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

IT3320018

IT3320019

IT3320040

IT6020002

IT6020025

IT6050017

IT6050018

IT6050020

IT7110099

IT7110100

IT7110101

IT7110202

IT7110204

IT7110205

IT7120201

IT7140043

IT7140203

PLC120001

PLC120002

PLC120003

PLC180001

PLH120001

PLH120002

PLH120012

PLH120018

PLH120019

PLH120024

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

Amtsblatt der Europäischen Union

| SI3000315 | Žičnica s pritoki | * | 10,896 | 0 | 15,4029 | 46,3103 |
|-----------|------------------------------|---|-----------|---|-----------|-----------|
| SI3000320 | Tržiščica s pritoki | * | 15,483 | 0 | 14,689 | 45,7676 |
| SI3000322 | Sopot s pritoki | * | 4,802 | 0 | 14,8633 | 46,3689 |
| SI3000323 | Cerkniščica | * | 12,803 | 0 | 14,4926 | 45,8098 |
| SI3000324 | Črni potok | * | 36,603 | 0 | 14,9932 | 46,5203 |
| SI3000325 | Potok Reka s pritoki | * | 11,252 | 0 | 14,1826 | 45,943 |
| SI3000327 | Domaček | * | 1,645 | 0 | 13,6403 | 46,0754 |
| SI3000334 | Berje - Zasip | * | 168,377 | 0 | 14,1139 | 46,393 |
| SI3000335 | Polhograjsko hribovje | * | 2 965,092 | 0 | 14,2416 | 46,041 |
| SI3000342 | Cereja | * | 2,809 | 0 | 14,6313 | 45,8233 |
| SI3000348 | Bohinjska Bistrica in Jereka | * | 727,26 | 0 | 13,9338 | 46,2743 |
| SI3000349 | Peračica | * | 10,904 | 0 | 14,2271 | 46,3389 |
| SI3000350 | Mavelščica - povirni del | * | 9,768 | 0 | 14,3998 | 46,0948 |
| SI3000351 | Ročevnica | * | 1,064 | 0 | 14,2833 | 46,3505 |
| SI3000353 | Ščurkov potok | * | 2,633 | 0 | 14,5832 | 45,8763 |
| SI3000359 | Lučnica | * | 8,973 | 0 | 14,7263 | 46,3334 |
| SI3000360 | Dreta | * | 14,829 | 0 | 14,7791 | 46,2829 |
| SI3000363 | Drameljski potok | * | 3,426 | 0 | 15,3842 | 46,2889 |
| SI3000372 | Kanomljica s pritoki | * | 16,183 | 0 | 13,9314 | 46,0435 |
| SI3000373 | Kovnišca | * | 2,196 | 0 | 14,3355 | 46,0325 |
| SI3000374 | Tičnica | * | 1,658 | 0 | 14,3187 | 46,0295 |
| SI3000381 | Slatnik | | 118,572 | 0 | 13,9962 | 46,2393 |
| SI3000383 | Jamnikova in Strevčeva peč | | 88,412 | 0 | 14,6526 | 46,426 |
| SI3000384 | Huda peč | | 18,834 | 0 | 14,6806 | 46,4275 |
| SI3000385 | Robnik | | 26,757 | 0 | 14,7267 | 46,4428 |
| SKUEV0001 | Tri peniažky | * | 140,511 | 0 | 20,225711 | 48,617863 |
| SKUEV0002 | Lúky pod Ukorovou | | 12,13 | 0 | 20,131292 | 48,698898 |

18.2.2022

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

L 37/139

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

Amtsblatt der Europäischen Union

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

Amtsblatt der Europäischen Union

Amtsblatt der Europäischen Union

SKUEV0941

48,838585

49,090324

49,083883

17,800619

18,142625

18,174228

433,7957

1,2465

59,7809

Holubyho kopanice

Brezovská dolina

Vršatské bradlá

SKUEV2367

SKUEV2368

SKUEV2376

| ar obarocueri | nron aischen |
|---------------|--------------|
| CIHOLI | nion |

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2022/224 DER KOMMISSION

vom 16. Februar 2022

zur Annahme einer dreizehnten aktualisierten Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der pannonischen biogeografischen Region

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2022) 871)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION -

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (¹), insbesondere auf Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die in Artikel 1 Buchstabe c Ziffer iii der Richtlinie 92/43/EWG genannte pannonische biogeografische Region umfasst gemäß der biogeografischen Karte, die der nach Artikel 20 der Richtlinie eingesetzte Ausschuss (im Folgenden "Habitatausschuss") am 20. April 2005 gebilligt hat, Teile der Unionsgebiete Tschechien, Rumänien und Slowakei und das Unionsgebiet Ungarn.
- (2) Mit der Entscheidung 2008/26/EG der Kommission (²) wurde für die pannonische biogeografische Region eine erste Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung im Sinne der Richtlinie 92/43/EWG verabschiedet. Diese Liste wurde zuletzt mit dem Durchführungsbeschluss (EU) 2021/160 der Kommission (³) aktualisiert.
- (3) Die in der Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der pannonischen biogeografischen Region aufgeführten Gebiete sind Teil des Natura-2000-Netzes, das für den Schutz der biologischen Vielfalt in der Union von wesentlicher Bedeutung ist. Damit die konkrete Errichtung des Natura-2000-Netzes weiter voranschreiten kann, werden die Listen von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung im Rahmen einer dynamischen Anpassung regelmäßig überarbeitet.
- (4) Zwischen dem 10. August 2020 und dem 11. Februar 2021 haben die Mitgliedstaaten weitere Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung für die pannonische biogeografische Region vorgeschlagen. Außerdem haben die Mitgliedstaaten Änderungen der gebietsbezogenen Angaben übermittelt, die in der Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der pannonischen biogeografischen Region enthalten sind.
- (5) Auf der Grundlage des Entwurfs der Liste, der von der Kommission im Einvernehmen mit den einzelnen Mitgliedstaaten erstellt wurde und in dem die Gebiete mit prioritären natürlichen Lebensraumtypen oder prioritären Arten ausgewiesen sind, sollte eine aktualisierte Liste der Gebiete angenommen werden, die für die pannonische biogeografische Region als Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung ausgewählt wurden. Artikel 4 Absatz 4 und Artikel 6 der Richtlinie 92/43/EWG finden auf die neu aufgenommenen Gebiete Anwendung.
- (6) Die Kenntnisse über Existenz und Verteilung von natürlichen Lebensraumtypen und Arten entwickeln sich aufgrund der Überwachung gemäß Artikel 11 der Richtlinie 92/43/EWG ständig weiter. Deshalb erfolgten Bewertung und Auswahl von Gebieten auf Unionsebene auf der Grundlage der besten zu der betreffenden Zeit verfügbaren Informationen.
- (7) Einige Mitgliedstaaten haben nicht genug Gebiete vorgeschlagen, um die Anforderungen der Richtlinie 92/43/EWG im Hinblick auf bestimmte Lebensraumtypen und Arten zu erfüllen. Die Kenntnisse über Existenz und Verteilung einiger in Anhang I der Richtlinie 92/43/EWG genannter natürlicher Lebensraumtypen sowie einiger in Anhang II der Richtlinie genannter Arten sind nach wie vor unvollständig. Daher kann für diese Arten und Lebensraumtypen nicht davon ausgegangen werden, dass das Natura-2000-Netz vollständig ist.

⁽¹⁾ ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7.

⁽²⁾ Entscheidung 2008/26/EG der Kommission vom 13. November 2007 zur Festlegung der Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der pannonischen biogeografischen Region gemäß der Richtlinie 92/43/EWG des Rates (ABl. L 12 vom 15.1.2008, S. 678).

⁽³) Durchführungsbeschluss (EU) 2021/160 der Kommission vom 21. Januar 2021 zur Annahme einer zwölften aktualisierten Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der pannonischen biogeografischen Region (ABl. L 51 vom 15.2.2021, S. 298).

- (8) Im Interesse der Klarheit und Transparenz ist der Durchführungsbeschluss (EU) 2021/160 aufzuheben.
- (9) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Habitatausschusses —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die im Anhang festgelegte dreizehnte aktualisierte Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der pannonischen biogeografischen Region wird angenommen.

Artikel 2

Der Durchführungsbeschluss (EU) 2021/160 wird aufgehoben.

Artikel 3

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 16. Februar 2022

Für die Kommission Virginijus SINKEVIČIUS Mitglied der Kommission **ANHANG**

TEIL 1

Dreizehnte aktualisierte Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der pannonischen biogeografischen Region

Jedes Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung (GGB) wird anhand der im Natura-2000-Format gelieferten Informationen, einschließlich kartografischer Darstellung, ausgewiesen. Diese Informationen wurden von den zuständigen nationalen Behörden gemäß Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/43/EWG übermittelt.

Der nachstehenden Tabelle können folgende Informationen entnommen werden:

- A: Code des GGB, der sich aus neun Zeichen zusammensetzt, von denen die ersten beiden der ISO-Code des betreffenden Mitgliedstaats sind;
- B: Bezeichnung des GGB;
- C:* = Vorhandensein von einem oder mehreren prioritären natürlichen Lebensraumtypen und/oder einer oder mehrerer prioritärer Arten im Sinne von Artikel 1 der Richtlinie 92/43/EWG;
- D: Fläche oder Länge des GGB in Hektar bzw. Kilometern;
- E: geografische Koordinaten des GGB (Längen- und Breitengrad) in Dezimalgraden.

Sämtliche Informationen der nachstehenden Unionsliste basieren auf den von Tschechien, Ungarn, Rumänien und der Slowakei vorgeschlagenen, übermittelten und validierten Daten.

| A | В | С | D | | Е | |
|--------------|---------------------|---|--|--|----------------------------------|-------------|
| Code des GGB | Bezeichnung des GGB | * | Fläche des GGB (ha) Länge des GGB (km) | | Geografische Koordinaten des GGB | |
| | | | | | Längengrad | Breitengrad |

ANHANG TEIL 2

Fläche des GGB Länge des GGB Code des GGB Bezeichnung des GGB Priorität Längengrad Breitengrad (km) (ha) Bezourek 2.086 16,550278 49.091667 CZ0620001 Člupy CZ0620002 17,979 16,950556 49,149167 Dyjské svahy 16,121667 CZ0620003 7,7758 48,838889 CZ0620004 Fládnitzské vřesoviště 5,531 15,9825 48,805556 16,673333 Hochberk 35,0285 CZ0620005 48,940556 CZ0620006 Kameníky 6,6157 16,678611 48,738056 Kamenná hora u Derflic CZ0620007 8.3531 16.151667 48.814722 Klínky 16,779444 48,933611 CZ0620008 4,3725 Lednické rybníky 16,721389 48,772778 CZ0620009 617,8305 Modřické rameno CZ0620010 6,3526 16,62 49,135278 Nové hory 16,634444 CZ0620011 11,5934 49,046667 CZ0620013 Pod Šibeničním kopcem 16,148889 3,5632 48,953056 Přední kopaniny CZ0620014 8,8987 16,742778 48,956667 Rašovický zlom - Chobot CZ0620016 12,9313 16,930833 49,125833 CZ0620017 Stračí 3,254 16.812778 48,936667 Větrníky CZ0620018 32,3536 16,980278 49,195833 Váté písky CZ0620024 63,432 17,253889 48,919444 Slanisko Dobré Pole 48,822222 CZ0620031 3,696 16,531667 16,773056 CZ0620037 Sivický les 236,5309 49,218333 Skalky u Sedlece 58,792 16,677222 CZ0620048 48,770556 Paví kopec CZ0620049 3,7723 16,693333 48,763611 Šlapanické slepence 8.291 CZ0620051 16,721111 49.172222 CZ0620055 Vrbický hájek 115,3909 16,914722 48,915

| CZ0620056 | Výrovické kopce | | 16,0041 | 16,115 | 48,925833 | 10.7. |
|-----------|--------------------------|---|----------|-----------|-----------|-------------------------|
| CZ0620073 | Bzenecká střelnice | | 28,7441 | 17,271111 | 48,955833 | 10.2.20 |
| CZ0620076 | Zřídla u Nesvačilky | * | 4,6784 | 16,770833 | 49,080278 | ' |
| CZ0620078 | Jezero | | 9,5448 | 17,178611 | 48,951389 | - |
| CZ0620084 | Vranovický a Plačkův les | * | 293,507 | 16,607778 | 48,948333 | t |
| CZ0620103 | Věteřovská vrchovina | * | 496,3278 | 17,049167 | 49,024167 | |
| CZ0620147 | Miroslavské kopce | * | 30,8328 | 16,300833 | 48,93 | |
| CZ0620154 | Načeratický kopec | | 127,1258 | 16,099167 | 48,832222 | |
| CZ0620158 | Rumunská bažantnice | * | 90,3571 | 16,693889 | 49,033333 | |
| CZ0620162 | Ječmeniště | * | 61,7722 | 16,136389 | 48,753889 | |
| CZ0620169 | Ochůzky - Nedánov | * | 472,312 | 16,835833 | 48,985556 | иноран же пирражим отко |
| CZ0620177 | Kapánsko | * | 706,2934 | 17,011667 | 48,88 | סומנו |
| CZ0620181 | Valtrovický luh | * | 66,921 | 16,2175 | 48,7975 | 2 |
| CZ0620187 | Slanisko Novosedly | * | 2,085 | 16,497778 | 48,839444 | 10141 |
| CZ0620416 | Jaroslavické komory | | 0,9766 | 16,240833 | 48,761944 |)alsc1 |
| CZ0620417 | Kobylská skála | * | 6,8696 | 16,923611 | 48,943611 | |
| CZ0620418 | Hluboké louky | | 7,9017 | 16,031111 | 48,787778 | |
| CZ0620419 | Na Adamcích | * | 15,0601 | 17 | 49,006667 | |
| CZ0622007 | Horky u Milotic | | 18,8863 | 17,134444 | 48,944444 | |
| CZ0622009 | Hovoranské louky | * | 10,0038 | 16,973056 | 48,965278 | |
| CZ0622017 | Louky pod Kumstátem | | 7,3943 | 16,923056 | 48,993611 | |
| CZ0622026 | Trkmanské louky | | 19,0259 | 16,835833 | 48,858333 | |
| CZ0622037 | Trkmanec - Rybníčky | | 44,3319 | 16,844167 | 48,865278 | |
| CZ0622167 | Žebětín | | 1,4971 | 16,443889 | 49,0825 | |
| CZ0622168 | Mušenice | | 14,3972 | 16,941667 | 49,116944 | |
| CZ0622169 | Na Kocourkách | | 2,9895 | 16,249722 | 48,998889 | - |
| CZ0622181 | Červené stráně | * | 4,7212 | 16,418056 | 49,075 | 5//101 |

Amtsblatt der Europäischen Union

| CZ0623772 | Božický mokřad | | 8,8302 | 16,284167 | 48,837778 | 18.2. |
|-----------|---------------------------------|---|------------|-----------|-----------|----------------------------------|
| CZ0623775 | Bučovice - zámek | | 0,3213 | 17,001111 | 49,149167 | 18.2.2022 |
| CZ0623778 | Emin zámeček | | 0,1186 | 16,357222 | 48,828333 | |
| CZ0623781 | Klentnice - kostel svatého Jiří | | 0,0211 | 16,644444 | 48,843611 | |
| CZ0623782 | Rybniční zámeček | | 0,021 | 16,795833 | 48,784444 | DE |
| CZ0623788 | Popice - fara | | 0,0341 | 16,015278 | 48,821667 | |
| CZ0623793 | Úvalský rybník | | 12,6068 | 16,712222 | 48,745556 | |
| CZ0623797 | Strážnicko | | 181,4488 | 17,2725 | 48,895 | |
| CZ0623798 | Božické rybníky | * | 57,4479 | 16,262222 | 48,826111 | |
| CZ0623799 | Drnholecký luh | | 149,0862 | 16,477778 | 48,841667 | |
| CZ0623800 | Knížecí les | | 11,3785 | 16,638333 | 49 | Amts |
| CZ0623801 | Přísnotický les | | 10,7562 | 16,622778 | 49,009444 | Amtsblatt der Europäischen Union |
| CZ0623803 | Bezručova alej | * | 5,071 | 16,778889 | 48,769444 | der |
| CZ0624001 | Meandry Dyje | | 232,1792 | 16,18 | 48,808889 | Euroj |
| CZ0624020 | Stránská skála | * | 15,5394 | 16,675556 | 49,190556 | öäiscl |
| CZ0624043 | Stolová hora | * | 77,1183 | 16,638889 | 48,841111 | nen (|
| CZ0624060 | Pouzdřanská step - Kolby | * | 177,421 | 16,639722 | 48,9475 | Jnion |
| CZ0624062 | Černecký a Milonický hájek | * | 204,0365 | 17,043333 | 49,15 | |
| CZ0624064 | Krumlovský les | * | 1 945,5222 | 16,376389 | 49,041944 | |
| CZ0624068 | Strážnická Morava | * | 658,6114 | 17,278611 | 48,911111 | |
| CZ0624070 | Hodonínská doubrava | * | 3 029,0835 | 17,100556 | 48,8975 | |
| CZ0624071 | Očov | * | 287,827 | 17,166389 | 48,858056 | |
| CZ0624072 | Čertoryje | * | 4 855,0568 | 17,392778 | 48,847778 | |
| CZ0624096 | Podyjí | * | 6 273,1347 | 15,896111 | 48,851667 | |
| CZ0624097 | Šévy | | 8,0822 | 16,9725 | 49,135278 | |
| CZ0624098 | Turold | | 16,8382 | 16,639722 | 48,818611 | L 37 |
| CZ0624099 | Niva Dyje | * | 3 249,0428 | 16,801944 | 48,806667 | 37/163 |

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

18.2.2022

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

L 37/165

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

Amtsblatt der Europäischen Union

HUBN20068

HUBN20069

HUBN20071

HUBN20072

HUBN20073

HUBN20074

HUBN20075

HUBN20077

HUBN20078

HUBN20079

HUBN20081

HUBN20082

HUBN20084

HUBN20085

HUBN20087

HUBN20088

HUBN20089

HUBN20090

HUBN20092

HUBN20093

HUBN21094

HUBN21095

HUBN22096

HUDD20001

HUDD20003

HUDD20004

HUDD20006

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

Amtsblatt der Europäischen Union

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

37/178

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

| SKUEV0074 | Dubník | * | 171,851 | 0 | 17,786111 | 48,321111 |
|-----------|-----------------------|---|-----------|---|-----------|-----------|
| SKUEV0075 | Klátovské rameno | * | 272,125 | 0 | 17,703889 | 48,021944 |
| SKUEV0076 | Bokrošské slanisko | * | 9,999 | 0 | 18,256944 | 47,748889 |
| SKUEV0077 | Dunajské trstiny | * | 169,196 | 0 | 17,852222 | 47,773056 |
| SKUEV0078 | Mostová | * | 22,5 | 0 | 17,905 | 47,768889 |
| SKUEV0079 | Horný háj | * | 72,98 | 0 | 18,245556 | 48,174444 |
| SKUEV0080 | Juhásove slance | * | 41,8435 | 0 | 17,878053 | 48,235219 |
| SKUEV0083 | Eliášovský les | | 30,64 | 0 | 17,504021 | 48,115604 |
| SKUEV0084 | Zátoň | * | 81,549 | 0 | 18,201389 | 48,023056 |
| SKUEV0085 | Dolný háj | * | 58,24 | 0 | 18,216944 | 48,165 |
| SKUEV0086 | Krivé hrabiny | | 83,041 | 0 | 18,381667 | 48,025 |
| SKUEV0087 | Osminy | * | 98,84 | 0 | 18,358056 | 48,094167 |
| SKUEV0088 | Síky | * | 32,753 | 0 | 17,898056 | 48,221389 |
| SKUEV0089 | Martinský les | * | 994,155 | 0 | 17,381944 | 48,261389 |
| SKUEV0090 | Dunajské luhy | * | 4 542,025 | 0 | 17,468056 | 47,904722 |
| SKUEV0091 | Ploská hora | * | 26,628 | 0 | 18,746667 | 47,860833 |
| SKUEV0092 | Dolnovážske luhy | * | 208,73 | 0 | 18,108443 | 47,796852 |
| SKUEV0093 | Severný Bodícky kanál | * | 24,129 | 0 | 17,499167 | 47,9075 |
| SKUEV0094 | Veľký les | * | 46,095 | 0 | 18,213333 | 48,119444 |
| SKUEV0095 | Panské lúky | * | 68,711 | 0 | 18,039722 | 48,102778 |
| SKUEV0096 | Šurianske slaniská | * | 169,4038 | 0 | 18,122276 | 48,080957 |
| SKUEV0097 | Palárikovské lúky | * | 16,9313 | 0 | 18,074448 | 48,066342 |
| SKUEV0098 | Nesvadské piesky | * | 17,05 | 0 | 18,155496 | 47,922438 |
| SKUEV0099 | Pavelské slanisko | * | 18,6104 | 0 | 18,001863 | 47,771505 |
| SKUEV0100 | Chotínske piesky | * | 7,131 | 0 | 18,214444 | 47,812222 |
| SKUEV0113 | Dlhé lúky | | 16,992 | 0 | 16,965 | 48,551389 |
| SKUEV0115 | Bahno | | 49,65 | 0 | 17,270165 | 48,623273 |
| | • | | | | | |

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

L 37/185

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

. 37/187

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

| SKUEV0361 | Vodokáš | | 137,218 | 0 | 20,008056 | 48,206667 |
|-----------|-----------------------|---|----------|---|-----------|-----------|
| SKUEV0362 | Pieskovcové chrbty | * | 98,67 | 0 | 20,145278 | 48,268056 |
| SKUEV0363 | Ťahan | | 309,1059 | 0 | 20,106612 | 48,373199 |
| SKUEV0365 | Dálovský močiar | | 82,4501 | 0 | 19,610362 | 48,243433 |
| SKUEV0392 | Brezovská stráň | * | 65,91 | 0 | 19,002252 | 48,168679 |
| SKUEV0393 | Dunaj | * | 1 425,66 | 0 | 18,620494 | 47,778522 |
| SKUEV0395 | Pohrebište | * | 85,014 | 0 | 18,285278 | 47,770556 |
| SKUEV0502 | Štokeravská vápenka | | 12,84 | 0 | 17,003792 | 48,202499 |
| SKUEV0512 | Mokrý les | * | 171,839 | 0 | 16,953889 | 48,337222 |
| SKUEV0513 | Bencov mlyn | * | 19,987 | 0 | 16,911944 | 48,338611 |
| SKUEV0523 | Lakšárska duna | * | 5,277 | 0 | 17,175833 | 48,5825 |
| SKUEV0526 | Kalaštovský potok | * | 44,86 | 0 | 17,244737 | 48,642411 |
| SKUEV0527 | Gachovec | * | 30,238 | 0 | 17,209722 | 48,595 |
| SKUEV0552 | Lohotský močiar | * | 22,019 | 0 | 18,012778 | 47,8575 |
| SKUEV0669 | Drieňové | * | 90,879 | 0 | 20,041944 | 48,213611 |
| SKUEV0800 | Devínska hradná skala | * | 4,3959 | | 16,978371 | 48,173217 |
| SKUEV0814 | Hubovo | * | 224,8161 | | 20,398969 | 48,39685 |
| SKUEV0816 | Horný tok Ipľa | | 119,7744 | | 19,6906 | 48,280915 |
| SKUEV0817 | Rimava a Slaná | | 48,387 | | 20,23601 | 48,291961 |
| SKUEV0819 | Vážsky Dunaj | * | 756,1337 | | 18,062506 | 47,844013 |
| SKUEV0820 | Dolný tok Hrona | * | 587,3242 | | 18,668884 | 47,878337 |
| SKUEV0822 | Malý Dunaj | * | 1 738,44 | | 17,596858 | 48,079564 |
| SKUEV0823 | Sovie vinohrady | * | 9,7954 | | 18,716985 | 47,8873 |
| SKUEV0824 | Dolný tok Ipľa | * | 200,6613 | | 18,775972 | 47,89413 |
| SKUEV0841 | Dolný tok Tople | | 13,7162 | | 21,745489 | 48,750365 |
| SKUEV0843 | Dolný tok Ondavy | | 79,2396 | | 21,81648 | 48,491457 |
| SKUEV0844 | Dolný tok Laborca | * | 97,3741 | | 21,929407 | 48,549935 |
| • | | | | | | |

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

L 37/189

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

L 37/191

48,653095

48,071477

48,84288

48,227291

48,18006

47,741473

20,200277

18,377645

17,165926

20,111646

19,001799

18,300021

| | | _ |
|--|--|-----------|
| | | 18.2.2022 |
| | | 022 |

63,2139

143,2841

106,0304

555,3824

354,1253

667,2966

SKUEV2285

SKUEV2294

SKUEV2315

SKUEV2357

SKUEV2392

SKUEV2393

Alúvium Muráňa

Cerová vrchovina

Brezovská stráň

Dunaj

Skalické alúvium Moravy

Bagovský vrch

ISSN 1977-0642 (elektronische Ausgabe) ISSN 1725-2539 (Papierausgabe)



